

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE L

FINANZEN UND STEUERN

Reihe 5

Sonderbeiträge zur Finanzstatistik

**Sozialaufwand von Bund,
Ländern und Gemeinden (Gv.)**

1966 bis 1969



Bestellnummer: 300500 — 690003

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

Erschienen im Juli 1973

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: 4,— DM

Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Veröffentlichung wird die Berichterstattung über die staatlichen und kommunalen Aufwendungen auf dem Gebiet der Sozialen Sicherung an Hand der Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik für 1966 bis 1969 fortgesetzt. Wie in Abschnitt III des Textteils näher erläutert wird, beruht die Darstellung noch auf der bisherigen Methode der Finanzstatistik seit 1963. Die sich aus dem neugestalteten finanzstatistischen Konzept ab 1970 ergebenden methodischen und systematischen Änderungen sind also nicht berücksichtigt.

Die ausführliche textliche Kommentierung unterrichtet auch über Rechtsvorschriften, Struktur und Organisation der behandelten Aufgabenbereiche der Sozialen Sicherung. In den Tabellenteil wurden ergänzende Sonderübersichten über den Zahlungsverkehr (Tabellen B 1 und B 2) und den kommunalen Bereich (Tabellen C 1 und C 2) eingefügt; im übrigen ist er gegenüber dem vorangegangenen Bericht – Fachserie L, Reihe 5 „Sozialaufwand von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) 1961 bis 1965“ – gestrafft worden.

Diese Veröffentlichung wurde in der Abteilung „Finanzen und Steuern, Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit“ des Ltd. Regierungsdirektors Günther von Herrn Michel in der Gruppe des Ltd. Regierungsdirektors Dr. Spellerberg bearbeitet.

Inhalt

Seite

Textteil

I. Gesamtüberblick	5
II. Überblick über die einzelnen Aufgabenbereiche	
A. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe	
1. Sozialhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege)	5
2. Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Jugendhilfe)	7
B. Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	8
C. Kriegsopferversorgung	8
D. Arbeit und Sozialversicherung	
1. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung	9
2. Sozialversicherung	9
3. Betriebliche Altersfürsorge	11
4. Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht	11
E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen	
1. Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	11
2. Wohngeld	12
3. Kindergeld	12
4. Übrige soziale Maßnahmen	12
F. Ausgaben und Einnahmen des Lastenausgleichsfonds	13
III. Methodische Hinweise	14
IV. Für die Finanzwirtschaft wichtige gesetzliche Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialen Sicherung (Auswahl)	14
V. Erläuterungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen	16
Tabelle nte il (lt. besonderem Verzeichnis)	20

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden

I. Gesamtüberblick

Entsprechend der finanzstatistischen Abgrenzung umfaßt der Hauptaufgabenbereich „Soziale Sicherung“ bis zum Rechnungsjahr 1969 einschl. die staatlichen und kommunalen Aufwendungen für die in der nachfolgenden Texttabelle 1 aufgeführten Teilbereiche.

Nicht berücksichtigt sind – wie in den vorangegangenen Berichten – die von den Trägern der Sozialversicherung geleisteten Sozialausgaben (vgl. auch III. Methodische Hinweise).

Im Jahre 1969 haben der Bund, der Lastenausgleichsfonds, das ERP-Sondervermögen sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebietes nach den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik insgesamt 33 105,4 Mill.DM für die oben abgegrenzte Soziale Sicherung aufgewendet, das sind 13,9 % mehr als im Jahre 1966. Damit blieb die Zuwachsrate der gesamten staatlichen und kommunalen Sozialleistungen im Berichtszeitraum 1966 bis 1969 erheblich hinter der Steigerung des Ausgabevolumens aller öffentlichen Haushalte (+ 27,2 %) und auch hinter der Zunahme des Bruttosozialprodukts (+ 23,0 %) zurück. In dem zurückliegenden vergleichbaren Zeitraum von 1962 bis 1965 übertraf dagegen die Zunahme der Sozialleistungen mit 32,9 % die der gesamten öffentlichen Ausgaben (+ 29,4 %) und die des Bruttosozialprodukts (+ 27,9 %). Maßgeblich für das abgeschwächte Wachstum der Sozialleistungen im Berichtszeitraum waren die in den Jahren 1966 und 1967 einsetzende Wirtschaftskrisis und die im Zusammenhang hiermit ergriffenen finanziellen Maßnahmen, die auf der anderen Seite eine gewisse Entlastung des Bundeshaushalts hinsichtlich der konsumtiven Ausgaben erforderlich machten. Jedoch bereits in den Jahren 1970 und 1971 hat der Sozialaufwand – vor allem aufgrund vielseitig verbesserter Leistungen – wieder erheblich zugenommen.

Für die einzelnen Teilbereiche der Sozialen Sicherung ergaben sich im Berichtszeitraum absolut und relativ gesehen recht unterschiedliche Zuwachsraten. Absolut sind von 1966 bis 1969 vor allem die

Aufwendungen für „Sozialversicherung und Versicherungsbehörden“ (+ 1 450,7 Mill. DM), „Kriegsopferversorgung und Versorgungsämter“ (+ 673,3 Mill. DM) und „Sozialhilfe“ (+ 604,7 Mill. DM) sowie die „Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds und die Sozialausgaben des Lastenausgleichsfonds“ (+ 564,3 Mill. DM) und die „Jugendhilfe“ (+ 337,8 Mill. DM) gestiegen. Die relativ größte Zunahme hatten dagegen die Aufwendungen für das „Wohngeld“ (+ 53,4 %) sowie den „Arbeitsschutz und die Gewerbeaufsicht“ (+ 51,6 %) zu verzeichnen.

Nur in einem Teilbereich der Sozialen Sicherung, und zwar für das aus öffentlichen Mitteln gewährte „Kindergeld“ sind gegenüber 1966 niedrigere Ausgaben festzustellen (– 249,1 Mill. DM oder 8,4 %). Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß der für 1966 ausgewiesene Betrag besondere Ausbildungszulagen enthält, die lediglich für die Zeit vom 1. April 1965 bis zum 30. Juni 1967 zur Förderung der Ausbildung gewährt wurden und deshalb allein im Rechnungsjahr 1966 voll zur Auswirkung kamen.

Die Finanzierung der Ausgaben für die Soziale Sicherung wird – bestimmt durch Artikel 120 Abs. 1 GG, das Erste Überleitungsgesetz mit seinen verschiedenen Änderungen und die Neuordnung des Kriegsopferrechts – größtenteils vom Bund getragen. Insbesondere ist der Bund zuständig für alle sozialen Kriegsfolgenlasten; er trägt außerdem die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe.

Durch die bereits erwähnte Entlastung hat sich im Berichtszeitraum der Anteil des Bundes an den gesamten öffentlichen Sozialaufwendungen allerdings ermäßigt; er sank von 69,9 % im Jahre 1966 auf 66,6 % im Jahre 1969. In der gleichen Zeit erhöhte sich dieser Anteil bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden von 13,1 auf 15,0 %, beim Lastenausgleichsfonds von 5,5 auf 6,7 % und bei den Ländern einschl. Stadtstaaten von 11,4 auf 11,7 %.

1. Sozialaufwand von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern und Gemeinden (Gv.) nach Aufgabenbereichen

1 000 DM

Aufgabenbereich	1966	1967	1968	1969
Sozialhilfe (einschl. Einrichtungen der Sozialhilfe und Förderung der freien Wohlfahrtspflege)	4 031 408	4 312 612	4 408 538	4 636 147
Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen der Jugendhilfe und Förderung der freien Jugendhilfe)	1 401 172	1 468 034	1 540 308	1 738 989
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	905 623	926 777	928 116	1 012 050
Kriegsopferversorgung/Versorgungsämter	5 598 770	6 438 182	6 314 639	6 272 047
Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung	110 648	63 325	107 667	129 521
Betriebliche Altersfürsorge	36 179	34 910	39 264	44 485
Sozialversicherung 1)/Versicherungsbehörden	10 166 917	11 148 322	11 204 937	11 617 648
Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht	120 605	153 200	256 562	182 847
Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds/Sozialausgaben des Lastenausgleichsfonds	2 927 901	3 303 587	3 487 115	3 492 195
Wohngeld	378 287	426 335	520 470	580 332
Kindergeld	2 980 657	2 694 155	2 635 095	2 731 590
Übriges Sozialwesen	400 688	410 341	557 956	667 536
Insgesamt	29 058 855	31 379 780	32 000 667	33 105 387

1) Zuschüsse an Träger der Sozialversicherung.

II. Überblick über die einzelnen Aufgabenbereiche

A. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

1. Sozialhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege)

Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Art, Form und Maß der Sozialhilfe richten sich nach der

Besonderheit des Einzelfalles, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen. Die Hilfe kann in persönlicher Hilfe oder in Geld- bzw. Sachleistungen bestehen, die in oder außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen gewährt werden. Sie soll den Hilfeempfänger soweit wie möglich befähigen, dank der Hilfe schließlich als selbständig handelnder und wirtschaftender Mensch zu leben. Die Sozialhilfe wird jedoch erst dann gewährt, wenn der Empfänger sich

nicht selbst helfen kann (Grundsatz der Selbsthilfe) oder wenn er die Hilfe nicht von anderen, besonders von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält (Nachrang der Sozialhilfe). Mit den Leistungen der Sozialhilfe werden somit Lücken geschlossen, welche andere Sozialleistungsarten offen lassen dadurch, daß sie keine entsprechenden Leistungen zur Beseitigung bestimmter sozialer Notlagen vorsehen, einen bestimmten Personenkreis nicht erfassen oder Leistungen gewähren, die im Einzelfall nicht ausreichen. Die Sozialhilfe, auf die ein Rechtsanspruch besteht, wird entweder als Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt.

Hilfe zum Lebensunterhalt ist also denjenigen zu gewähren, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus ihrem Einkommen und Vermögen, beschaffen können. Zur Hilfe zum Lebensunterhalt rechnen insbesondere der Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und auch persönliche Bedürfnisse, wie z. B. eine Teilnahme am kulturellen Leben. Sie erstreckt sich außerdem auch auf bestimmte Sonderleistungen (Übernahme von Beiträgen für eine freiwillige Krankenversicherung, für eine angemessene Alterssicherung oder für ein angemessenes Sterbegeld sowie auf die Übernahme von Bestattungskosten). Der sich nach allgemeinen Erfahrungen ergebende laufende Bedarf wird nach Regelsätzen abgegolten, die Leistungen für die Unterkunft und einmalige Leistungen (für Kleidung usw.) werden dagegen besonders gewährt.

Die Hilfe in besonderen Lebenslagen, der andere große Block der Sozialhilfe, umfaßt folgende Lebenssituationen:

1. Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage,
2. Ausbildungshilfe,
3. vorbeugende Gesundheitshilfe,
4. Krankenhilfe,
5. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen,
6. Eingliederungshilfe für Behinderte,
7. Tuberkulosehilfe,
8. Blindenhilfe,
9. Hilfe zur Pflege,
10. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts,
11. Hilfe für Gefährdete,
12. Altenhilfe.

Ohne besondere gesetzliche Einzelregelung kann über die genannten Hilfen hinaus Hilfe in besonderen Lebenslagen für neu auftretende soziale Notfälle im Einzelfalle gewährt werden, wenn der Einsatz öffentlicher Mittel gerechtfertigt ist.

Der Aufgabenbereich Sozialhilfe umfaßt schließlich auch die Kriegsfolgenhilfe. Zu den Aufwendungen der Kriegsfolgenhilfe gehören die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von den Trägern der Sozialhilfe geleisteten Fürsorgekosten für Heimatvertriebene, Evakuierte und Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und der Stadt Berlin sowie für Angehörige von Kriegsgefangenen, Vermißten und Heimkehrern und auch die Fürsorgekosten für Ausländer und Staatenlose. Eine besondere Stellung im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe nimmt ferner noch die Kriegsofferfürsorge ein. Hierzu rechnen die über die zusätzlich zu den Versorgungsleistungen hinaus zu gewährenden Fürsorgeaufwendungen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ihnen gleichgestellte Personen.

Die Durchführung der Sozialhilfe obliegt den kreisfreien Städten und Landkreisen als örtlichen Trägern und bestimmten Selbstverwaltungskörperschaften oder Landesbehörden als überörtlichen Trägern. Die Landkreise können für die Durchführung von eigenen Aufgaben ihre Gemeinden und Gemeindeverbände in einem bestimmten Umfang heranziehen. Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe werden von den Ländern bestimmt. Sie sind teils kommunale Selbstverwaltungskörperschaften (die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen - Lippe in Nordrhein - Westfalen, der Landeswohlfahrtsverband in Hessen, die Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg - Hohenzollern sowie der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande in Baden - Württemberg und die sieben Bezirke in Bayern), teils staatliche Behörden (das Amt für Wohlfahrt und Sozialhilfe in Schleswig - Holstein, das Niedersächsische Landessozialamt, das Landessozialhilfearmt sowie der Landessozialhilfeverband Oldenburg in Niedersachsen, das Landessozialamt in Rheinland - Pfalz, der Minister für Arbeit und Sozialwesen im Saarland, die Landessozialämter in Hamburg und Bremen und der Senator für Soziales, Gesundheit, Jugend und Sport in Berlin (West)).

Diese überörtlichen Träger der Sozialhilfe sind insbesondere für diejenigen Hilfsmaßnahmen zuständig, die eine über den örtlichen Bereich hinausgehende Bedeutung für die Allgemeinheit haben oder besondere finanzielle Mittel erfordern, wie z. B. für die stationäre Eingliederungshilfe für Behinderte, für die Versorgung Behinderter mit Körperersatzstücken und größeren Hilfsmitteln, für die Tuberkulosehilfe und die Blindenhilfe, für die stationäre Unterbringung von Gefährdeten usw.

Darüber hinaus werden außerdem von freien gemeinnützigen Organisationen und Vereinigungen — den Trägern der freien Wohlfahrtspflege — Aufgaben wahrgenommen, die ebenfalls die Hilfe von Menschen in Not beinhalten. Hierfür haben sie zahlreiche Einrichtungen, vor allem Anstalten und Heime geschaffen. Es handelt sich bei diesen Organisationen und Vereinigungen um die Arbeiterwohlfahrt, den Deutschen Caritasverband e. V., den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk und um die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., deren Einrichtungen von den Trägern der Sozialhilfe zur Durchführung ihrer Aufgaben weitgehend mit in Anspruch genommen werden.

Die Finanzierung der Aufwendungen für die Sozialhilfe ist überwiegend eine Angelegenheit der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Bund beteiligt sich nur an folgenden Aufwendungen: Kriegsfolgenhilfe (insbesondere Kriegsofferfürsorge), überörtliche Tuberkulosehilfe, Hilfeleistungen für Zugewanderte, Sozialhilfe für Deutsche im Ausland, Sozialhilfe für Flüchtlinge aus Ungarn.

Hinsichtlich dieser Leistungen ist jedoch im Berichtszeitraum für den Bund eine teilweise, bei den Leistungen für die Kriegsfolgenhilfe (ohne Kriegsofferfürsorge) und den Erstattungsverpflichtungen für die Tuberkulosehilfe eine vollständige Entlastung eingetreten. Ab 31. März 1969 entfallen nämlich die seit 1955 degressiv gestaffelten Pauschbeträge für die Kriegsfolgenhilfe an die Länder. Ferner wurde die Bundesbeteiligung an den Aufwendungen der überörtlichen Träger der Sozialhilfe für die Tuberkulosehilfe gemäß § 66 BSHG ab 1. Januar 1968 gesenkt. Außerdem ist die Verpflichtung des Bundes nach § 138 BSHG zur teilweisen Erstattung von Tuberkulosehilfeskosten der Träger der gesetzlichen Rentenversicherungen und der Unfallversicherung durch das Finanzänderungsgesetz 1967 (Art. 6) ab 1. Januar 1968 endgültig entfallen, nachdem sie zunächst nur für das Rechnungsjahr 1967 ausgesetzt worden war.

Unverändert trägt dagegen der Bund zu 80 % die Aufwendungen für die Kriegsofferfürsorge. Außerdem ist der Bund aufgrund der Bestimmungen über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr (Gesetz vom 27. August 1965 — BGBl. I S. 978 — in der Fassung vom 20. Dezember 1965 — BGBl. I S. 2 065 —) weiterhin verpflichtet, den Unternehmen die durch die unentgeltliche Beförderung bestimmter Gruppen von Beschädigten und Behinderten entstandenen Fahrgeldausfälle zu erstatten.

Im Berichtszeitraum ist im übrigen durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1153), das am 1. Oktober 1969 in Kraft getreten ist, eine seit Jahren geplante umfangreiche Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes erfolgt. Damit wurde insbesondere eine wirksamere Gestaltung der Vorschriften auf dem Gebiet der Eingliederung Behinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft erreicht. Darüber hinaus wurden u. a. Leistungsverbesserungen vorgenommen zugunsten von Personen, die wegen ihrer sozialen Notlage auf Hilfen angewiesen sind. Die gesamte finanzielle Mehrbelastung von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden für die Sozialhilfe und die Kriegsofferfürsorge durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes wird auf etwa 110 Mill. DM jährlich geschätzt, wovon rd. 8 Mill. DM auf den Bund und rd. 102 Mill. DM auf die Länder und Gemeinden entfallen werden.

Die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben (einschl. Einrichtungen der Sozialhilfe und Förderung der freien Wohlfahrtspflege) ist sehr unterschiedlich verlaufen. Auf absinkende Zuwachsraten in den Jahren 1962 und 1963 (+ 7,7 %), 1963 und 1964 (+ 6,9 %) sowie 1964 und 1965 (+ 5,6 %) folgte im Rechnungsjahr 1966 ein kräftiger Anstieg dieser Ausgaben um 11,5 %. 1967 und 1968 verminderten sich die Zuwachsraten erneut (auf 7,0 bzw. 2,2 %), während 1969 wiederum ein verstärkter Zuwachs (um 5,2 %) zu verzeichnen war (vgl. Tabelle D 1). Die kräftige Zunahme der Sozialhilfeausgaben insgesamt im Jahre 1966 erklärt sich daraus, daß die Leistungen durch das Gesetz

zur Änderung und Ergänzung des Bundessozialhilfegesetzes vom 31. August 1965 (BGBl. I S. 1 027) z. T. verbessert, d. h. der wirtschaftlichen Entwicklung seit Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes am 1. Juni 1962 angepaßt wurden.

Nach den Ergebnissen der Finanzstatistik beliefen sich die Sozialhilfeausgaben (einschl. Einrichtungen der Sozialhilfe und Förderung der freien Wohlfahrtspflege) von Bund, Ländern, Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rechnungsjahr 1969 auf insgesamt 4 636,1 Mill. DM. Sie machten damit 14 % der in diesem Bericht dargestellten Gesamtaufwendungen für die Soziale Sicherung im Jahre 1969 und 15,0 % mehr als im Jahre 1966 aus. Von 1962 auf 1965 waren die Sozialhilfeausgaben dagegen um 21,6 % gestiegen.

In den einzelnen Teilbereichen haben sich die Gesamtausgaben für Sozialhilfe (einschl. Einrichtungen usw.) jedoch recht unterschiedlich entwickelt (vgl. Tabellen D 2 bis 4). Während sich die Leistungen der Sozialhilfe im Berichtszeitraum 1966 bis 1969 überdurchschnittlich um 19,5 % (1962 bis 1965 = + 20,1 %) erhöhten, blieben die Aufwendungen für Einrichtungen der Sozialhilfe um 3,1 % (1962 bis 1965 = + 35,5 %) hinter denen des Jahres 1966 zurück. Im einzelnen beliefen sich 1969 die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen auf 3 831,1 Mill. DM (1966 = 3 206,3 Mill. DM), für Einrichtungen der Sozialhilfe auf 663,6 Mill. DM (1966 = 684,8 Mill. DM) und für Förderung der freien Wohlfahrtspflege auf 141,4 Mill. DM (1966 = 140,4 Mill. DM). Gegenüber 1966 haben sich damit die Anteile der einzelnen Aufgabenbereiche an den Gesamtaufwendungen für die Sozialhilfe wie folgt verändert: Sozialhilfeleistungen 82,6 gegenüber 79,5 %, Einrichtungen der Sozialhilfe 14,3 gegen 17,0 % und Förderung der freien Wohlfahrtspflege 3,1 gegenüber 3,5 %.

Von den Sozialhilfeaufwendungen mit insgesamt 4 636,1 Mill. DM im Jahre 1969 wurden 2 972,9 Mill. DM (64,1 %, 1966 = 59,3 %) von den Gemeinden und Gemeindeverbänden, 587,0 Mill. DM (12,7 %, 1966 = 11,6 %) von den Ländern, 559,3 Mill. DM (12,1 %, 1966 = 11,5 %) von den Stadtstaaten und 515,7 Mill. DM (11,1 %, 1966 = 17,7 %) vom Bund finanziert. Die Ergebnisse für 1969 zeigen deutlich, daß seit 1966 — wie bereits erwähnt — bei den Sozialhilfeausgaben eine erhebliche Entlastung des Bundes (— 198,8 Mill. DM = — 27,8 %) eingetreten ist, und zwar insbesondere zu Lasten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Von den Bruttoausgaben der Sozialhilfe entfielen — nach den Unterlagen der Sozialhilfestatistik — im Jahre 1969 fast zwei Drittel auf Hilfe in besonderen Lebenslagen und rd. ein Drittel auf Hilfe zum Lebensunterhalt. In den letzten Jahren hat sich damit die Relation zwischen diesen beiden großen Leistungsgruppen des BSHG weiter zugunsten der Hilfe in besonderen Lebenslagen verschoben. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen wird überwiegend als Hilfe in Anstalten (Sachleistungen) und die Hilfe zum Lebensunterhalt überwiegend als Hilfe außerhalb von Anstalten (im wesentlichen Geldleistungen) gewährt. Von den Gesamtleistungen der Sozialhilfe werden infolge der stärkeren Zunahme der Hilfe in besonderen Lebenslagen zunehmend mehr Mittel für Hilfe in Anstalten ausgegeben. Während 1966 die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen außerhalb von Anstalten noch etwas mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben ausmachten (50,2 %), beliefen sich 1969 die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen in Anstalten bereits auf 53,5 %. Trotz gestiegener Ausgaben der Sozialhilfeträger für Leistungen nach dem BSHG hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger 1969 weiter verringert (1 479,1 gegenüber 1 503,4 Tsd. im Jahre 1968).

2. Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Jugendhilfe)

Aufgabe der Jugendhilfe ist es, den Erziehungsanspruch der jungen Menschen, d. h. ihr Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit zu gewährleisten. Das Recht und die Pflicht zur Erziehung steht jedoch grundsätzlich den Eltern zu; ein Eingreifen gegen den Willen des Erziehungsberechtigten ist nur zulässig, wenn das Gesetz es erlaubt. Die öffentliche Jugendhilfe (Jugendfürsorge) setzt also grundsätzlich erst dann ein, wenn der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird.

Zum Gesamtkomplex „Jugendhilfe“ rechnen neben den Hilfen der Jugendwohlfahrtsbehörden auf dem Gebiet der Jugendfürsorge auch die Aufgaben dieser Behörden auf dem Gebiet der Jugendpflege. Während die Maßnahmen im Rahmen der Jugendfürsorge vor allen Dingen dann eingreifen, wenn im Einzelfall die „Erziehung zur leib-

lichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“ bedroht ist oder bereits Schaden gelitten hat, erstreckt sich die Jugendpflege auf alle jungen Menschen, unabhängig davon, ob das Erziehungsziel im Einzelfall gefährdet ist oder nicht. Der Aufgabenbereich der Jugendfürsorge umfaßt folgende speziell im § 4 JWG aufgeführten Aufgaben des Jugendamtes: den Schutz der Pflegekinder; die Mitwirkung im Vormundschaftswesen; die Mitwirkung bei der Erziehungsbeistandschaft, der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung; die Jugendgerichtshilfe; die Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern; die Mitwirkung bei der Fürsorge für Kriegerwaisen und Kindern von Kriegsbeschädigten; die Mitwirkung in der Jugendhilfe bei den Polizeibehörden, insbesondere bei der Unterbringung zur vorbeugenden Verwahrung. Zur Jugendpflege gehören insbesondere folgende in § 5 JWG aufgeführte Aufgaben der Jugendämter: Beratung in Fragen der Erziehung; die Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt; die Pflege und Erziehung von Säuglingen, Kleinkindern und von Kindern im schulpflichtigen Alter außerhalb der Schule; die erzieherische Betreuung von Säuglingen, Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gesundheitshilfe; die allgemeine Kinder- und Jugendberufshilfe sowie die erzieherische Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Familienerholung; die Freizeithilfen, die politische Bildung und die internationale Begegnung; die Erziehungshilfen während der Berufsvorbereitung, die Berufsausbildung und die Berufstätigkeit einschl. der Unterbringung außerhalb des Elternhauses; die erzieherischen Maßnahmen des Jugendschutzes und für gefährdete Minderjährige.

Neben der Anregung, Förderung und gegebenenfalls Schaffung der erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen haben die Jugendämter auf dem Gebiet der Jugendpflege auch die Aufgabe, Einrichtungen und Veranstaltungen sowie die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und sonstigen Jugendgemeinschaften unter Wahrung ihres satzungsgemäßen Eigenlebens zu fördern, und zwar insbesondere die Ausbildung und Fortbildung ihrer Mitarbeiter und die Errichtung und Unterhaltung von Jugendheimen, Freizeitanstalten und Ausbildungsstätten. Das Jugendamt hat ferner unter Berücksichtigung der verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung darauf hinzuwirken, daß die für die Wohlfahrt der Jugend erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen ausreichend zur Verfügung stehen. Nach § 5 Abs. 3 JWG gilt jedoch der Grundsatz der Subsidiarität der öffentlichen Jugendhilfe, d. h. soweit geeignete Einrichtungen und Veranstaltungen der Träger der freien Jugendhilfe vorhanden sind, erweitert oder geschaffen werden, hat das Jugendamt von eigenen Einrichtungen und Veranstaltungen abzusehen und die private Initiative zu respektieren und zu fördern. Zu den Trägern der freien Jugendhilfe zählen freie Vereinigungen der Jugendwohlfahrt, Jugendverbände und sonstige Jugendgemeinschaften, juristische Personen, deren Zweck es ist, die Jugendwohlfahrt zu fördern, sowie die Kirchen und die sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts.

Die Durchführung der öffentlichen Jugendhilfe ist Selbstverwaltungsangelegenheit der Gemeinden und Gemeindeverbände, sie wird dort von den Jugendämtern der kreisfreien Städte und Landkreise wahrgenommen. Das Landesjugendamt hat in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendwohlfahrtsausschuß folgende Aufgaben: Sicherung einer gleichmäßigen Erfüllung der Aufgaben der Jugendämter, Aufstellung gemeinsamer Richtlinien, sonstige geeignete Maßnahmen für die zweckentsprechende und einheitliche Tätigkeit der Jugendämter seines Bereichs; Beratung der Jugendämter; Schaffung gemeinsamer Veranstaltungen und Einrichtungen; Mitwirkung bei der Unterbringung Minderjähriger; Zusammenfassung aller Veranstaltungen und Einrichtungen, die sich auf die Fürsorge für gefährdete und verwahrloste Minderjährige beziehen; Ausführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung, sofern nicht andere Behörden zuständig sind; Vermittlung von Anregungen für die freiwillige Tätigkeit sowie Förderung der freien Vereinigungen auf allen Gebieten der Jugendwohlfahrt und ihres planmäßigen Zusammenwirkens untereinander und mit den Jugendämtern; Heimaufsicht. Aufgabe der obersten Landesbehörde ist es, die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe zu unterstützen, die Erfahrungen den Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe zu übermitteln sowie auch sonst für die Verwertung der gesammelten Erfahrungen zu sorgen.

Die Rechtsgrundlage für die öffentliche Jugendhilfe, das Gesetz für Jugendwohlfahrt in der Fassung vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206), hat sich im Berichtszeitraum kaum geändert. Lediglich der nach § 81 Abs. 2 zu gewährende Familienzuschlag kam ab 1. Oktober 1969 in Wegfall (durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1153).

Die nach Abzug der Einnahmen von Kostenträgern und Begünstigten verbleibenden Nettoausgaben für die Jugendhilfe werden fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln, und zwar überwiegend durch die Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie durch die Stadtstaaten und die anderen Länder finanziert. Der Bund beteiligt sich mit Zuschüssen, die er insbesondere den Trägern der freien Jugendhilfe für ihre Einrichtungen und zur Förderung der Jugendhilfe gewährt.

Im Rechnungsjahr 1969 finanzierten die Gemeinden und Gemeindeverbände 58,7 % (1966 = 55,3 %), die Stadtstaaten 19,4 % (1966 = 18,3 %), die Länder 16,7 % (1966 = 20,0 %) und der Bund 5,1 % (1966 = 6,4 %) der gesamten Aufwendungen für die Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen der Jugendhilfe und Förderung der freien Jugendhilfe) in Höhe von 1 739,0 Mill. DM (vgl. Tabelle E 1). Damit wird deutlich, daß die Beteiligung des Bundes und der Länder an der Finanzierung der Jugendhilfeaufwendungen von zusammen 26,5 % im Jahre 1966 auf 21,8 % im Jahre 1969 gesunken ist. Im vorhergehenden Vierjahreszeitraum 1962 bis 1965 hatte sich dieser Anteil bereits von 32,2 auf 27,1 % vermindert.

Gegenüber 1966 haben die Gesamtausgaben für Jugendhilfe bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden um 31,8 %, den Stadtstaaten um 31,9 % und den Ländern um 3,2 % zugenommen. Beim Bund war dagegen ein leichter Rückgang (– 0,4 %) dieser Aufwendungen zu verzeichnen. Für alle Gebietskörperschaften zusammen belief sich die Zuwachsrate auf insgesamt 24,1 gegenüber 58,5 % im vorhergehenden Zeitraum 1962 bis 1965. Als Hauptursachen für das abgeschwächte Ansteigen der Jugendhilfeaufwendungen sind der insbesondere in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Jugendwohlfahrtsgesetzes von 1961 stärker berücksichtigte Nachholbedarf gegenüber den vorhergehenden Jahren seit Kriegsende und die sich im Berichtszeitraum auswirkende Wirtschaftsrezession anzusehen. Diese Entwicklung spiegelt sich deutlich in den jährlichen Zuwachsraten (1963 = + 16,2 %, 1964 = + 20,9 %, 1965 = + 12,8 %, 1966 = + 10,6 %, 1967 = + 4,8 %, 1968 = + 4,9 % und 1969 = + 12,9 %) wider.

Von den 1969 nachgewiesenen Gesamtaufwendungen für Jugendhilfe von 1 739,0 Mill. DM entfielen 684,4 Mill. DM (39,4 gegenüber 34,8 % im Jahre 1966) auf die Leistungen der Jugendhilfe, 907,4 Mill. DM (52,2 gegenüber 56,0 % im Jahre 1966) auf die Aufwendungen für die Einrichtungen der Jugendhilfe und 147,2 Mill. DM (8,5 gegenüber 9,1 % im Jahre 1966) auf die Förderung der freien Jugendhilfe (vgl. Tabellen E 2 bis 4). Rund drei Viertel (1 294,0 Mill. DM) der Gesamtaufwendungen wurden 1969 für die von den Jugendwohlfahrtsbehörden selbst durchgeführten Maßnahmen aufgewendet, und zwar ganz überwiegend innerhalb von Einrichtungen, insbesondere für Heimpflege, Kindertagesstätten, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung. 445,0 Mill. DM sind den Trägern der freien Jugendhilfe zugeflossen, auf die rd. 70 % der insgesamt etwas mehr als 50 000 Einrichtungen der Jugendhilfe entfallen.

B. Verwaltung der sozialen Angelegenheiten

Im Aufgabenbereich „Verwaltung der sozialen Angelegenheiten“ werden die Verwaltungsausgaben der Sozialämter und der Fürsorgeverbände, der Jugendwohlfahrtsbehörden und der Lastenausgleichsverwaltung nachgewiesen. Es handelt sich hierbei um eine Vielzahl von Ämtern, Verbänden und Verwaltungen, die in den „Einzelangaben zu den einzelnen Aufgabenbereichen“ aufgeführt sind (vgl. Abschnitt V des Textteils).

Der Verwaltungsaufwand der hier zusammengefaßten Institutionen von Bund, Ländern, Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden belief sich im Rechnungsjahr 1969 auf insgesamt 1 012,1 Mill. DM, d. s. 11,8 % mehr als zu Beginn des Berichtszeitraumes (vgl. Tabelle F). Von dem Gesamtbetrag entfielen 210,1 Mill. DM (– 9,3 %) auf den Bund, 31,7 Mill. DM (– 3,1 %) auf die Länder, 149,1 Mill. DM (+ 10,3 %) auf die Stadtstaaten und 621,1 Mill. DM (+ 22,7 %) auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Von 1966 bis 1969 hat sich damit der zusammengefaßte Anteil von Bund und Ländern an den gesamten Aufwendungen für die Verwaltung der sozialen Angelegenheiten weiter verringert (von 29,2 auf 23,9 %), der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände dagegen weiter erhöht (von 55,9 auf 61,4 %).

In den 1969 für den Bund nachgewiesenen Ausgaben in Höhe von 210,1 Mill. DM sind 193,8 Mill. DM Zuschüsse an andere Gebietskörperschaften enthalten, die diese als Erstattungen für Verwaltungskosten gem. § 351 LAG anteilig erhielten. Mit den restlichen

Aufwendungen des Bundes (16,4 Mill. DM) wurden insbesondere die Kosten des Bundesausgleichsamtes, des Kontrollausschusses, des Ständigen Beirats und der Heimatauskunftsstellen sowie die sächlichen Kosten der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds im Bereich der Länder finanziert.

Die Gesamtaufwendungen der Stadtstaaten und der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Verwaltung der sozialen Angelegenheiten (770,2 Mill. DM) dienten dagegen vor allem der Finanzierung der Verwaltungsorgane für die öffentliche Sozialhilfe (419,9 Mill. DM) und der öffentlichen Jugendhilfe (246,6 Mill. DM). Mit 103,8 Mill. DM beteiligten sie sich ferner an den Verwaltungskosten der Ausgleichsamter.

Insgesamt stellte sich die Belastung der Länder, Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände auf 430,5 Mill. DM (+ 22,1 %) für die Verwaltung der Sozialämter und Fürsorgeverbände, auf 252,7 Mill. DM (+ 21,8 %) für die Jugendwohlfahrtsbehörden und – bei Einrechnung des Bundes – auf 328,8 Mill. DM (– 4,8 %) für die Lastenausgleichsorgane und –verwaltungen, gegenüber 352,6 Mill. DM, 207,6 und 345,4 Mill. DM zu Beginn des Berichtszeitraumes.

C. Kriegsofferversorgung

Die Kriegsofferversorgung hat zum Ziel, bei Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der unmittelbar oder mittelbar durch Krieg verursachten gesundheitlichen Schädigungen auszugleichen.

Die Versorgung umfaßt – ohne die Leistungen der Kriegsofferversorgung, die den Sozialhilfeleistungen zugerechnet werden – Heilbehandlung, Versehrtenleibesübungen und Krankenbehandlung, Beschädigtenrente und Pflegezulage, Bestattungsgeld und Sterbegeld, ferner Hinterbliebenenrente sowie Bestattungsgeld beim Tod von Hinterbliebenen.

Im einzelnen geregelt sind diese Sach- und Geldleistungen in dem am 1. Oktober 1950 in Kraft getretenen Bundesversorgungsgesetz (BVG) vom 20. Dezember 1950 (BGBl. I S. 791). Erhebliche Leistungsverbesserungen brachten das Erste Neuordnungsgesetz vom 27. Juni 1960 (BGBl. I S. 453), das Zweite Neuordnungsgesetz vom 21. Februar 1964 (BGBl. I S. 85) und das Dritte Neuordnungsgesetz vom 28. Dezember 1966 (BGBl. I S. 750), die in der Neufassung des Bundesversorgungsgesetzes vom 20. Januar 1967 (BGBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Februar 1969 (BGBl. I S. 157), ihren Niederschlag gefunden haben. Das Erste Neuordnungsgesetz führte insbesondere den Berufsschadensausgleich und die Schwerstbeschädigtenzulage für Erwerbsunfähige ein; es ermöglichte damit eine stärkere Berücksichtigung des individuellen beruflichen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schadens. Weitere Verbesserungen brachten das Zweite Neuordnungsgesetz u. a. durch die Ausdehnung des Berufsschadensausgleichs für alle Schwerbeschädigten und die Einführung des Schadensausgleichs für alle Witwen sowie das Dritte Neuordnungsgesetz durch die Anpassung der Versorgungsbezüge.

Für die Soldaten der Bundeswehr, die Ersatzdienstpflichtigen, die ehemaligen politischen Häftlinge und ihre Hinterbliebenen sowie für die Angehörigen von Kriegsgefangenen gilt das Leistungsrecht des Bundesversorgungsgesetzes – Gewährung der gleichen Leistungen wie für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen – und die Regelung der finanziellen Lastentragung auf Grund besonderer Gesetze entsprechend.

Die Versorgungsangelegenheiten werden durch Versorgungsdienststellen durchgeführt, die der Dienstaufsicht der Arbeitsminister der Länder und der Senatoren für Arbeit der Stadtstaaten unterstehen. Hierbei handelt es sich um 11 Landesversorgungsamter, 55 Versorgungsamter, 27 orthopädische Versorgungsdienststellen und 11 versorgungsärztliche Untersuchungsstellen. Darüber hinaus bestehen noch folgende Einrichtungen: 7 Versorgungskrankenhäuser, 11 Versorgungskuranstalten, eine Versorgungsheilstätte und das Sanatorium Valbella in Davos in der Schweiz, ferner ein Krankenbuchlager, eine Beschaffungstelle für Heil- und Hilfsmittel und ein Prüf- und Beschaffungsamt für Heil- und Hilfsmittel. Der Aus- und Weiterbildungs des Personals dienen außerdem drei Schulungsheime.

Die erforderlichen Mittel für die Kriegsofferversorgung werden ausschließlich von den staatlichen Haushalten aufgebracht. Hierbei werden die Kosten für die Versorgung (Sach- und Geldleistungen) vom

Bund und — seit dem 1. April 1955 — die persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben grundsätzlich von den Ländern getragen.

Dementsprechend belief sich der vom Bund gezahlte Gesamtbetrag der materiellen Leistungen für die Kriegsoferversorgung im Rechnungsjahr 1969 auf 5 891,9 Mill. DM, d. s. 12,2 % mehr als zu Beginn des Berichtszeitraums. Entscheidend war die Entwicklung im Rechnungsjahr 1967. Durch Verbesserung nahezu aller Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes erhöhten sich die entsprechenden Ausgaben des Bundes gegenüber 1966 um 825,1 Mill. DM oder 15,7 %. Hierbei wirkten sich insbesondere die um durchschnittlich nahezu 20 % angehobenen Grund-, Ausgleichs- und Elternrenten und die starke Verbesserung der Witwenversorgung, die um rd. 25 % erhöht wurde, aus. In den nachfolgenden Jahren 1968 (– 2,1 %) und 1969 (– 0,9 %) war zwar ein leichter Rückgang der Versorgungsleistungen des Bundes zu verzeichnen. Infolge des natürlichen Rückgangs der Zahl der Berechtigten, insbesondere durch das Ausscheiden von Waisen wegen Erreichens der Altersgrenze, hat jedoch der durchschnittliche Jahresversorgungsaufwand für das einzelne Kriegsofervater, der im Rechnungsjahr 1966 rd. 1 900 DM betrug, auf rd. 2 236 DM im Rechnungsjahr 1969 weiter zugenommen. Ab 1970 wurden darüber hinaus weitere z. T. ganz erhebliche Leistungsverbesserungen eingeleitet (Anpassung der laufend zu gewährenden Versorgungsbezüge an die allgemeine Einkommensentwicklung).

Die im Rahmen der Kriegsoferversorgung anfallenden Verwaltungskosten der Versorgungsämter, die — wie bereits erwähnt wurde — von den Ländern zu tragen sind, beliefen sich im Rechnungsjahr 1969 auf insgesamt 279,0 Mill. DM. Sie lagen damit um 8,2 % (21,1 Mill. DM) höher als 1966.

Ferner mußten für die Einrichtungen der Kriegsoferversorgung im Rechnungsjahr 1969 insgesamt 100,4 Mill. DM d. h. 11,0 % mehr als 1966, von den Ländern aufgewendet werden. An der Finanzierung dieser Aufwendungen, und zwar derjenigen für Heilbehandlung, Bakterien und Krankenbehandlung in versorgungseigenen Krankenhäusern, beteiligte sich jedoch der Bund mit 26,7 Mill. DM.

Weitere gesetzliche Versorgungsleistungen wurden dem beim Aufgabenbereich Kriegsoferversorgung nachrichtlich ausgewiesenen Personenkreis nach Artikel 131 Grundgesetz gewährt. Hierbei handelt es sich um verdrängte Angehörige des öffentlichen Dienstes, Angehörige aufgelöster Dienststellen, Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes einschl. ihrer versorgungsberechtigten Hinterbliebenen. Die materiellen Leistungen an diesen Personenkreis umfassen neben Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Nachversicherungen, Beihilfen und Unterstützungen auch Kapitalabfindungen.

Der Bund, dem fast ausschließlich die dafür erforderlichen Aufwendungen zur Last fallen, hat im Rechnungsjahr 1969 insgesamt 3 119,6 Mill. DM bereitgestellt. Gegenüber 1966 bedeutet das eine Zunahme um 30,1 %, die auf weitere Leistungsverbesserungen zurückzuführen ist. Der vom Bund nachgewiesene Gesamtbetrag enthält neben den direkten Leistungen auch Zuschüsse an andere Gebietskörperschaften, die auf der gesetzlichen Verpflichtung des Bundes beruhen, sich an den Versorgungslasten anderer Dienstherren zu beteiligen. Bei der Darstellung der Ergebnisse von Bund, Ländern und Stadtstaaten (vgl. Tabelle G) ist aber zu beachten, daß der Gesamtbetrag der Aufwendungen (Nettoaufgaben) für das Rechnungsjahr 1969 in Höhe von 2 711,1 Mill. DM nicht die tatsächlich aufgewendeten Versorgungsleistungen nach Artikel 131 des Grundgesetzes wiedergibt, weil die Zuschüsse des Bundes zwar bei den Ländern im gleichen Aufgabenbereich „Versorgung nach G 131“ vereinnahmt, jedoch in anderen Aufgabenbereichen, und zwar in denen der allgemeinen Versorgung anteilig mit verausgabt werden.

D. Arbeit und Sozialversicherung

Zu „Arbeit und Sozialversicherung“ rechnen im einzelnen folgende Aufgabenbereiche: Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung, Betriebliche Altersfürsorge, Sozialversicherung (Zuschüsse), Versicherungsbehörden sowie Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse (vgl. Tabellen H 1 bis H 3).

Im Rechnungsjahr 1969 beliefen sich die Ausgaben für diese Aufgabenbereiche auf insgesamt 11 974,5 Mill. DM. Davon entfiel der

weitaus größte Teil (11 603,6 Mill. DM) auf die Zuschüsse zur Sozialversicherung. 129,5 Mill. DM wurden ferner für Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung, 44,5 Mill. DM für Betriebliche Altersfürsorge, 14,1 Mill. DM für Versicherungsbehörden und 182,8 Mill. DM für Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse als Ausgaben nachgewiesen. Die Gesamtzunahme um 1 540,2 Mill. DM gegenüber 1966 ist hauptsächlich das Ergebnis erhöhter Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung (+ 1 448,6 Mill. DM).

1. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung

Aufgabe der Arbeitslosenhilfe ist es, Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu gewähren. Die Arbeitslosenhilfe unterscheidet sich von der Arbeitslosenversicherung sowohl hinsichtlich der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen als auch in der Aufbringung der Mittel. Arbeitslosenhilfe wird nur dann gewährt, wenn ein Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung noch nicht oder nicht mehr besteht und der Arbeitslose bedürftig ist. Während die Arbeitslosenversicherung voll durch die Pflichtbeiträge der Versicherten bzw. deren Arbeitgeber finanziert wird, werden die Kosten für die Arbeitslosenhilfe nach Artikel 120 des Grundgesetzes vom Bund getragen. Durchgeführt wird die Arbeitslosenhilfe als Auftragsangelegenheit von der Bundesanstalt für Arbeit.

Das Recht der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe ist im Berichtszeitraum mehrfach geändert, ergänzt und schließlich durch das am 1. Juli 1969 in Kraft getretene Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582) neu gestaltet und ersetzt worden.

Bis zur Neugestaltung des Rechts der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe wurde insbesondere in der Arbeitslosenhilfe eine größere Änderung in der Finanzierung vorgenommen. Und zwar trägt (nach Artikel 7 § 2 Nr. 1 des Finanzplanungsgesetzes vom 23. Dezember 1966 — BGBl. I S. 697 —) ab 1. Januar 1967 nicht mehr der Bund, sondern nunmehr die Bundesanstalt für Arbeit die Aufwendungen, die durch die Gewährung von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe in den Fällen des § 145 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a des Gesetzes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung — sogenannte „Anschluß-Arbeitslosenhilfe“ — entstehen. Unverändert blieb dagegen die Kostenregelung für die sogenannte originäre Arbeitslosenhilfe, d. h. für die Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe ohne vorherigen Bezug von Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung. Diese Kosten fallen auch weiterhin dem Bund zur Last.

Mit dem Arbeitsförderungs-gesetz hat die Bundesanstalt für Arbeit eine erweiterte Grundlage für die von ihr durchzuführende anpassungsfähige Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik erhalten. Das Gesetz soll es den Arbeitnehmern erleichtern, den wachsenden Anforderungen nachzukommen, welche die rasche technische Entwicklung, die Automation und der Strukturwandel stellen. Hauptziele des neuen Gesetzes sind die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Sicherung optimaler Berufschancen durch Förderung der beruflichen Bildung und Anpassung sowie der Schutz vor sozialem Abstieg infolge Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit. In den Vordergrund treten damit Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit, insbesondere Maßnahmen zur Umschulung und zur beruflichen Fortbildung. Auch nach dem neuen Gesetz soll grundsätzlich weiterhin der Bund die Kosten der Arbeitslosenhilfe tragen. Die oben erwähnte Regelung des Finanzplanungsgesetzes, nach der die Bundesanstalt für Arbeit die Kosten der sogenannten „Anschluß-Arbeitslosenhilfe“ zu tragen hat, soll nur bis zum 31. Dezember 1975 beibehalten werden. Dagegen werden Verwaltungskosten, die sich aus der Durchführung der Arbeitslosenhilfe ergeben, seit dem Inkrafttreten des AFG vom Bund nicht mehr erstattet (1969 = 1,2 Mill. DM).

Das Ausmaß der Aufwendungen in der Arbeitslosenhilfe hängt weitgehend von der jeweiligen Wirtschafts- und Beschäftigungslage ab. Es bestimmt maßgeblich die Gesamtaufwendungen im Aufgabenbereich „Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung“ (vgl. Tabelle H 2), der sich außer auf die Arbeitslosenhilfe u. a. auf die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Arbeitsaufnahme bei Empfängern von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe erstreckt.

2. Sozialversicherung

Im Aufgabenbereich „Sozialversicherung“ werden neben den Zuschüssen des Bundes an die Träger der Sozialversicherung die Leistungen von Bund und Ländern als Versicherungsträger der Unfall-

2. Öffentliche Ausgaben für die Sozialversicherung nach Einzelzwecken

1 000 DM

Versicherungsbranche	1966		1967		1968		1969	
	Bund	Länder	Bund	Länder	Bund	Länder	Bund	Länder
Versicherungsbehörden	5 684	6 242	5 912	6 500	6 489	6 908	6 817	7 267
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	6 485 518	—	6 870 051	—	6 711 740	—	6 982 356	—
Knappschaftsversicherung	2 545 891	140	3 056 685	292	3 038 072	140	3 316 845	234
Unfallversicherung	304 563	37 566	404 774	41 275	514 299	43 948	286 309	46 488
Krankenversicherung	276 242	1 068	257 634	951	343 714	1 320	322 080	10 900
Übrige Sozialversicherung	503 892	111	504 164	84	538 229	78	638 273	79
Insgesamt	10 121 790	45 127	11 099 220	49 102	11 152 543	52 394	11 552 680	64 968

versicherung sowie der staatliche Verwaltungsaufwand für bestimmte Versicherungsbehörden (wie Bundesversicherungsamt, Landesversicherungsämter für die Sozialversicherung, Ausführungsbehörden für Unfallversicherung) nachgewiesen.

Die Mittel für die Aufwendungen der Sozialversicherung werden zwar zum überwiegenden Teil aus Versicherungsbeiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht; daneben wird jedoch nach Artikel 120 des Grundgesetzes ein bedeutender Anteil durch Zuschüsse des Bundes finanziert. Diese Staatszuschüsse zur Rentenversicherung werden bereits ununterbrochen seit 1891 gezahlt. Jedoch konnte die ursprüngliche Höhe von etwa einem Drittel der Ausgaben nicht gehalten werden. Auch im Berichtszeitraum haben sich die Zuschüsse zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten — von einem Fünftel auf ein Sechstel ihrer Ausgaben insgesamt — weiter verringert. Nur für die knappschaftliche Rentenversicherung ist der Anteil des Zuschusses an den Gesamtausgaben laufend weiter gestiegen, und zwar von rd. 66 % im Jahre 1966 auf rd. 68 % im Jahre 1969.

Ursprünglich beschränkte sich die Beteiligung des Staates auf die Finanzierung der Versicherungsleistungen in der Invalidenversicherung; heute kommt sie praktisch allen Zweigen der Sozialversicherung zugute, wobei allerdings der Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtleistungen der einzelnen Rentenversicherungen sehr unterschiedlich und bei der Kranken- und Unfallversicherung nur von geringerer Bedeutung ist.

Die Bundeszuschüsse in der Nachkriegszeit stellen zum Teil eine Abgeltung der Kriegsfolgelasten dar, die den Rentenversicherungen in großem Umfang durch vorzeitige Renten, Anrechnung von Ersatzzeiten und Beitragsausfälle erwachsen sind. Im einzelnen bestimmen sich Art und Umfang der Bundeszuschüsse zu den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung nach den im Abschnitt IV des Textteils aufgeführten sozialrechtlichen Vorschriften. Es würde im Rahmen dieser Abhandlung aber zu weit führen, alle Gesetzesgrundlagen und die große Zahl von Veränderungen besonders darzulegen. Hier kann also nur auf die finanziell besonders ins Gewicht fallenden Änderungen während des Berichtszeitraums hingewiesen werden.

Für die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten waren im Zusammenhang mit der Entlastung bzw. Konsolidierung des Bundeshaushalts folgende Maßnahmen von besonderer Bedeutung:

1. Kürzung der allgemeinen Bundeszuschüsse an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte durch das Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, II. Teil — Finanzänderungsgesetz — vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1259):

im Rechnungsjahr	Rentenversicherung der	
	Arbeiter	Angestellten
	Mill. DM	
1968	um 63	um 668
1969	um 262	um 671
1970	um 485	um 700
1971	um 563	um 622

2. Ab 1967 gemäß Artikel 3 des Finanzplanungsgesetzes vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 697) Wegfall der Sonderzuschüsse, die der Bund sonst bis zum Jahre 1971 in degressiver Höhe als

Erstattung der Aufwendungen der Versicherungsträger für die Mindesthöhung der ab 1. Januar 1957 umgestellten Renten hätte leisten müssen (1967 = 108,5 Mill. DM und 1968 = 86,8 Mill. DM).

Von diesem Zeitpunkt an erbringt also der Bund nur noch allgemeine Zuschüsse. Ihre Höhe richtet sich entsprechend der Rentendynamik nach dem gesetzlich bestimmten Ausgangsbeträgen, die für 1965 neu festgesetzt wurden, und den jährlichen Veränderungen der allgemeinen Bemessungsgrundlagen.

Um einerseits die durch das „Finanzänderungsgesetz 1967“ bis 1972 angeordneten Kürzungen der Bundeszuschüsse zu ermöglichen und andererseits die zukünftige Finanzierung der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten zu konsolidieren, wurde in dem genannten Gesetz gleichzeitig eine Reihe von „Entlastungsmaßnahmen“ für die beiden Versicherungsbranche festgelegt. Im einzelnen handelt es sich um die Beteiligung der Rentner an der Rentnerkrankenversicherung in Höhe von 2 % ihres Renteneinkommens, den Wegfall der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte, den Wegfall der Beitragserstattungen an weibliche Angestellte wegen Heirat, die Wiedereinführung der bei Beschäftigung von Rentnern zu zahlenden Arbeitgeberanteile, die Verschiebung des Rentenbeginns um einen Monat auf den Antragsfolgemonat, das Ruhen der Renten in Höhe eines zugleich gezahlten Arbeitslosengeldes sowie um die Erhöhung des Beitragsatzes für 1968 um 1 auf 15 %, für 1969 auf 16 % und für 1970 bis 1972 auf 17 %.

Trotz dieser und anderer Maßnahmen haben die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten im Berichtszeitraum weiter zugenommen (+ 7,7 %), wenn auch erheblich schwächer als im vorhergehenden Vierjahreszeitraum (+ 22,2 %).

Durch das Finanzänderungsgesetz sind auch hinsichtlich der Bundeszuschüsse an die knappschaftliche Rentenversicherung eine Reihe von Entlastungsmaßnahmen eingeführt worden. Dadurch sollte sich die sogenannte „Difflizithaftung“ des Bundes in den Rechnungsjahren 1968 um 469 Mill. DM, 1969 um 617 Mill. DM, 1970 um 669 Mill. DM und 1971 um 815 Mill. DM mindern. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß der Ausgleich des Wanderungsgewinns — Abwanderung 15 % der knappschaftlichen Rentenversicherung zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten — nunmehr voll zu Lasten der letztgenannten Rentenversicherungen geht. Wie die Entwicklung im Berichtszeitraum zeigt, sind jedoch auch bei diesem Versicherungszweig trotz der verschiedenen „Entlastungsmaßnahmen“ die Bundeszuschüsse weiter gestiegen, und zwar um 30,3 % (gegenüber 39,7 % von 1962 bis 1965).

Zu den laufenden Aufwendungen für die gesetzliche Unfallversicherung gehören beim Bund insbesondere die Zuschüsse an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (1969 = 206,4 Mill. DM), die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung der Bundesbetriebe, der Bundesanstalt für Arbeit und der sonstigen Betriebe und Unternehmen (1969 = 46,8 Mill. DM), für die der Bund Träger der Unfallversicherung ist, sowie die Ausgaben für Fremdreten in der Unfallversicherung (1969 = 33,1 Mill. DM). Bei den Länderausgaben handelt es sich vor allem um die Aufwendungen der Länder als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

Die erheblich höheren Ausgaben des Bundes in den Rechnungsjahren 1967 und 1968 für die gesetzliche Unfallversicherung sind auf

die Übernahme von 2/5 der Rentenlast der Bergbauberufsgenossenschaft zurückzuführen. Hierbei handelt es sich um Versicherungsfälle nach dem 31. Dezember 1952. Durch diese Maßnahme sollte der schwierigen Situation Rechnung getragen werden, in die die Unfallversicherung des Bergbaues durch die überhöhte Unfallast gekommen war. Die Erstattungen des Bundes hierfür beliefen sich 1967 auf 116,8 Mill. DM und 1968 auf 231,4 Mill. DM (einschl. der für das Jahr 1965 gestundeten Rate des Bundeszuschusses an die Bergbauberufsgenossenschaft in Höhe von 103,0 Mill. DM). Durch das „Finanzänderungsgesetz 1967“ ist jedoch dieser Bundeszuschuß ab 1969 wieder in Wegfall gekommen. Die Finanzierungslücke soll nunmehr durch einen Finanzausgleich unter den gewerblichen Berufsgenossenschaften und der See-Berufsgenossenschaft gedeckt werden.

Zu den Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung rechnen die Erstattungen der Leistungen der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung für Aufwendungen nach dem Mutterschutzgesetz und für das Mutterschaftsgeld nach der Reichsversicherungsordnung (1969 = 152,3 Mill. DM) sowie die zur Abdeckung der Verpflichtung des Landes Berlin gegenüber der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin und zu den Zahlungen des Landes Berlin an Berliner Innungs- und Betriebskrankenkassen geleisteten Zuschüsse (1969 = 101,3 Mill. DM). Als besondere Änderungen im Berichtszeitraum sind der Wegfall der Zuschußverpflichtung des Bundes zur Familienwochenhilfe im Zuge der Neuregelung des Mutterschutzes sowie die Neuregelung der Kostenträgerschaft für die Mutterschaftshilfe durch das „Finanzänderungsgesetz 1967“ zu nennen. Allerdings müssen die Zuschußverpflichtungen des Bundes zur Familienwochenhilfe nach § 205d RVO für die Vergangenheit noch in vier Jahresraten (1968 bis 1971) erfüllt werden. Für 1968 belief sich dementsprechend die Erstattung der Familienwochenhilfe auf 64,8 Mill. DM und für 1969 auf 67,8 Mill. DM.

Bei den sonstigen öffentlichen Ausgaben für die Sozialversicherung (vgl. Texttabelle 2 unter „Übrige Sozialversicherung“) handelt es sich fast ausschließlich um die Zuschüsse des Bundes zur Förderung der Altershilfe für Landwirte, die im Rechnungsjahr 1969 auf 635,2 gegenüber 500,0 Mill. DM im Rechnungsjahr 1966 angewachsen (+ 27,0 %) sind. Die Gesamtaufwendungen der landwirtschaftlichen Alterskassen werden durch Beiträge der landwirtschaftlichen Unternehmer, sonstige Einnahmen und den nach § 13 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 27. Juli 1957 zum Ausgleich des Unterschiedsbetrages zwischen Einnahmen und Ausgaben zu leistenden Bundesmitteln aufgebracht. Gemäß Artikel 8 des Finanzänderungsgesetzes 1967 wurde allerdings der Bundeszuschuß für 1968 auf höchstens 555 Mill. DM (Ist = 528,5 Mill. DM) und für die folgenden Jahre auf 565 Mill. DM begrenzt. Darüber hinausgehende Fehlbeträge sollten durch zusätzliche Beiträge aufgebracht werden. Da trotz der Beitragserhöhung ab 1. Januar 1969 um 2 auf 22 DM die Beitragseinnahmen nicht zur Deckung der Mehrausgaben ausreichten, mußte jedoch der Bundeszuschuß für 1969 entsprechend erhöht werden, und zwar um 70,2 Mill. DM. Die Mehrausgaben waren bedingt durch eine in der Altersstruktur der landwirtschaftlichen Bevölkerung begründeten weiteren Zunahme der Zahl der altersgeldberechtigten Unternehmer einschl. der altersgeldberechtigten mithelfenden Familienangehörigen von insgesamt 515 063 am Ende des Jahres 1968 auf insgesamt 528 775 am Ende des Jahres 1969 sowie durch die weitere Erhöhung der Ausgaben der Alterskassen für die Durchführung von Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit.

3. Betriebliche Altersfürsorge

Als Folge des Zweiten Weltkrieges sind zahlreiche Pensions- und Unterstützungskassen und sonstige betriebliche Einrichtungen der Altersfürsorge, die die Altersversorgung durch die gesetzliche Rentenversicherung ergänzen sollen, untergegangen oder leistungsunfähig geworden. Zum Ausgleich von dadurch entstandenen Härten gewährt der Bund Beihilfen. Im Zuge der Wiedergesundung der Betriebe und Einrichtungen sowie durch den natürlichen Rückgang der Zahl der Berechtigten verlieren diese Bundeszuschüsse immer mehr an Bedeutung. Während sie 1954 noch 10,2 Mill. DM ausmachten, beliefen sie sich 1969 auf nur noch 0,3 Mill. DM.

Nicht eingeschlossen sind hierin jedoch die Bundeszuschüsse an die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen, die den Hauptteil der unter „Betriebliche Altersfürsorge“ nachgewiesenen Beträge (vgl. Tabelle H 2) bilden. Nach dem Gesetz zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen vom 5. März 1956 (BGBl. I S. 101), geändert durch Gesetz vom 2. März 1961 (BGBl. I S. 142), zahlt der Bund Zuschüsse an die Pensionskas-

se, soweit die nach dem 30. Juni 1948 fällig gewordenen oder fällig werdenden Leistungen aus Versicherungsverhältnissen, die vor dem 1. Juli 1948 mit der Pensionskasse begründet wurden, nicht aus dem nach der Währungsumstellung verbliebenen Vermögen und seinen Erträgen sowie aus den Beiträgen und anderen Einnahmen aus diesen Versicherungsverhältnissen gedeckt sind.

Diese Zuschüsse an die Pensionskasse beliefen sich im Rechnungsjahr 1966 auf 35,1 Mill. DM und im Rechnungsjahr 1969 auf 44,2 Mill. DM.

Die Mehraufwendungen beruhen auf weiterem Anstieg des Rentenbestandes, Rückgang des aktiven Mitgliederbestandes, Rentenerhöhungen und auf der zusätzlichen Zahlung von nicht gedeckten Fehlbeträgen der Pensionskasse aus Vorjahren in Höhe von rd. 2 Mill. DM im Rechnungsjahr 1968 und rd. 3,8 Mill. DM im Rechnungsjahr 1969.

4. Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht

Die Ausgaben in diesem Aufgabenbereich setzen sich aus den Aufwendungen des Bundes und der Länder für den Arbeitsschutz, die Gewerbeaufsicht und die sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zusammen. Während beim Bund im Berichtszeitraum durch Art und Höhe einzelner Zuwendungen die Gesamtaufwendungen jährlich recht unterschiedlich waren (vgl. Tabelle H 3), sind sie bei den Ländern (einschl. Stadtstaaten) laufend – wenn auch uneinheitlich in den einzelnen Jahren (1967 = + 11,6 %, 1968 = + 5,8 %, 1969 = + 12,6 %) – weiter gestiegen. Insgesamt belief sich die Zunahme der Länderausgaben, vor allem für die Gewerbeaufsicht (d. h. für die Gewerbeaufsichtsämter), von 1966 bis 1969 auf + 33,0 %.

Die Ausgaben des Bundes bestehen dagegen im wesentlichen aus laufenden Aufwendungen für das Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Koblenz (1969 = 1,3 Mill. DM), aus Beiträgen an die Internationale Arbeitsorganisation (1969 = 5,2 Mill. DM) sowie darüber hinaus aus zeitlich begrenzten und unterschiedlich hohen Gesamtbeträgen für soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie und des Eisenerzbergbaus und für Abfindungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus. Bei den sozialen Hilfsmaßnahmen handelt es sich vor allem um den Bundesanteil an Anpassungshilfen nach dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Damit sollen soziale Härten für die von den Stilllegungen betroffenen Arbeitnehmer vermieden und die Sicherung eines angemessenen Arbeitsplatzes ermöglicht werden. Die Aufwendungen des Bundes für die sozialen Hilfsmaßnahmen beliefen sich 1966 auf insgesamt 17,4 Mill. DM, 1967 auf 34,1 Mill. DM, 1968 auf 48,0 Mill. DM und 1969 auf 16,7 Mill. DM. Mit dem Abfindungsgeld, das je nach Lebensalter oder Zeitraum der Zugehörigkeit zum Bergbau zwischen 2 000 und 5 000 DM beträgt, wird ferner den Arbeitnehmern des Steinkohlenbergbaus, die durch Stilllegungen oder entsprechende Einschränkungsmaßnahmen ihren Arbeitsplatz ab 1. April 1967 verloren haben, ein Ausgleich für die damit verbundenen strukturellen Nachteile gewährt. Der Bund zahlte hierfür insgesamt 4,2 Mill. DM im Rechnungsjahr 1967, 83,1 Mill. DM im Rechnungsjahr 1968 und 31,5 Mill. DM im Rechnungsjahr 1969.

E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen

1. Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds

Zur Finanzierung der Aufwendungen des Lastenausgleichsfonds werden neben den eigenen Einnahmen aus den Lastenausgleichsabgaben (Vermögens-, Hypothekengewinn- und Kreditgewinnabgabe) und anderen Einnahmen auch Zuschüsse des Bundes und der Länder benötigt. Diese Zuschüsse sind im übrigen darin begründet, daß die Errichtung des Lastenausgleichsfonds als Sondervermögen des Bundes eine wesentliche Ersparnis der Länder für Aufwendungen an Sozialhilfe und des Bundes für Leistungen an Kriegsfolgenhilfe - Empfänger bedeutet. Nach § 6 Abs. 4 des Gesetzes über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz – LAG –) leisten daher Bund und Länder einschl. des Landes Berlin an den Ausgleichsfonds einen jährlichen Zuschuß in Höhe von 50 % des Jahresaufwandes des Ausgleichsfonds für Unterhaltshilfe, höchstens jedoch in Höhe von 650 Mill. DM. Der Bund leistet ein Drittel dieses Zuschusses. Die Länder, einschl. des Landes Berlin, leisten insgesamt zwei Drittel nach dem Verhältnis ihrer Steueraufkommen im jeweils vorhergehenden Rech-

nungsjahr. Außerdem sind die Länder nach § 6 Abs. 2 LAG verpflichtet, einen Zuschuß in Höhe von 25 % ihres Aufkommen an Vermögensteuer im jeweiligen Rechnungsjahr an den Ausgleichsfonds abzuliefern.

Ferner leistet der Bund zur Verstärkung des Härtefonds (Sonderfonds) im Lastenausgleich, insbesondere zur Gewährung von Darlehen und Beihilfen an Flüchtlinge aus der DDR und an sonstige Geschädigte im Sinne der §§ 301 und 301 a LAG, einen erheblichen Zuschuß, der im Rechnungsjahr 1969 38,0 gegenüber 64,0 Mill. DM im Rechnungsjahr 1966 ausmachte.

Die Zuschüsse des Bundes und der Länder an den Ausgleichsfonds (vgl. Tabelle 1¹), die in ihrer Höhe im wesentlichen von der Entwicklung der Unterhaltshilfeleistungen des Fonds abhängen, werden trotz weiterer Leistungsverbesserungen der Unterhaltshilfe aus natürlichen Gründen weiter zurückgehen. Nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung 1) hat sich im Berichtszeitraum die Zahl der Empfänger von Unterhaltshilfe von 596 Tsd. Ende 1965 auf 475 Tsd. Ende 1969 weiter verringert. Im Jahr 1962 war demgegenüber noch an insgesamt 649 Tsd. Empfänger Unterhaltshilfe gezahlt worden.

2. Wohngeld

Eine Sozialleistung eigener Art, die auch — in ähnlicher Weise wie die Sozialhilfe — von den Einkommensverhältnissen des Anspruchsberechtigten abhängt, sind die 1960 eingeführten Miet- und Lastenbeihilfen, die später durch ein Wohngeld ersetzt wurden. Die im Berichtszeitraum geltende Rechtsgrundlage ist das Wohngeldgesetz vom 1. April 1965 (BGBl. I S. 178). Mit dem Wohngeld ist eine neue allgemeine Leistung der sozialen Sicherung eingeführt worden, die jeden Inhaber einer Wohnung ein Mindestmaß an Wohnraum zu einem für ihn letztlich tragbaren Mietpreis gewährleisten soll. Anlaß zur Einführung dieser Leistung waren die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die gleichzeitige Freigabe der Mietpreise.

Das Wohngeld wird entweder als Mietzuschuß oder als Lastenzuschuß gezahlt. Einen Mietzuschuß kann der Mieter, der Nutzungsberechtigte bei einem dem Mietverhältnis ähnlichen entgeltlichen Nutzungsverhältnis (wie etwa einem genossenschaftlichen Nutzungsvertrag oder einem mietähnlichen Dauerwohnrecht) oder der Eigentümer eines Mehrfamilienhauses, der eine Wohnung im eigenen Haus bewohnt, erhalten. Einen Lastenzuschuß erhält dagegen der Eigentümer eines Eigenheims, einer Kleinsiedlung oder einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle, der Eigentümer einer Eigentumswohnung und der Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts für die eigengenutzte Wohnung.

Das neue Wohngeldgesetz brachte gegenüber dem bisherigen Wohnbeihilfenrecht eine Vereinheitlichung des Rechts, eine Vereinfachung des Verfahrens und insbesondere Verbesserungen des Leistungsrechts. Durch diese Leistungsverbesserungen für Miet- und Lastenbeihilfe ist die Anspruchsberechtigung für den Bezug von Wohngeld ferner auf die Bezieher mittlerer Einkommen ausgedehnt worden.

Die Verbesserungen durch das Gesetz spiegeln sich in den seit 1965 erheblich gestiegenen Ausgaben für das Wohngeld wieder. Während 1965 insgesamt 162,5 Mill. DM für Miet- und Lastenbeihilfen aufgewendet wurden, beliefen sich diese im Rechnungsjahr 1969 auf 580,3 Mill. DM (+ 257,1 %) (vgl. Tabelle 1 2). Sie stiegen im Rechnungsjahr 1970 weiter auf 606,2 Mill. DM und werden 1971 nach den vorläufigen Ergebnissen mehr als 800 Mill. DM betragen.

Die Leistungen für das Wohngeld werden von den Ländern erbracht, aber, mit geringfügigen Ausnahmen, den Ländern gemäß § 44 des Wohngeldgesetzes vom Bund jährlich zur Hälfte erstattet.

3. Kindergeld

Das gesetzliche Kindergeld und — bis 30. Juni 1967 — die gesetzliche Ausbildungszulage dienen dazu, das Einkommen der Familien mit zwei oder mehr Kindern zu verbessern. Diese Leistungen sollen einen Ausgleich für die Mehrbelastung gewähren, die im Vergleich zu den Ledigen, kinderlos Verheirateten und Familien mit nur einem Kind durch Unterhalt, Erziehung und Ausbildung der Kinder hervorgerufen wird.

1) Vgl. „Übersicht über die Soziale Sicherung Stand: Juni 1970“, S. 217.

Neben diesem gesetzlichen Kindergeld und der gesetzlichen Ausbildungszulage sollen die beamten- oder arbeitsrechtlichen Kinderzulagen zu Gehalt und Lohn (ab 1. Kind), die Kinderzuschläge in der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung und -hilfe, der Kriegsoferversorgung und im Lastenausgleich sowie Steuererleichterungen für Kinder und schließlich sonstige auf die Kinder bezogene unmittelbare oder mittelbare Ausbildungshilfen und Vergünstigungen einen gewissen wirtschaftlichen Ausgleich der Unterhaltslasten der Familien herbeiführen und dadurch zur Sicherung der Familien beitragen.

Im vorliegenden Bericht werden jedoch nur die Aufwendungen für das gesetzliche Kindergeld, die gesetzliche Ausbildungszulage sowie für die Verwaltungskosten nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) vom 14. April 1964 (BGBl. I S. 265), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946), behandelt.

Die Finanzierung des gesetzlichen Kindergeldes, die aufgrund der bisherigen Rechtslage teils durch die Arbeitgeber (für die dritten und weiteren Kinder), teils durch den Bund (für Zweitkinder) geschah, ist nunmehr durch das BKGG ab 1. Juli 1964 alleinige Angelegenheit des Bundes geworden. Gleichzeitig wurden Leistungsverbesserungen vorgenommen, und zwar wurde das Kindergeld für das 3. Kind von 40 auf 50 DM, für das 4. Kind von 40 auf 60 DM und für 5. und weitere Kinder von 40 auf 70 DM erhöht. Die Höhe des Kindergeldes für das 2. Kind blieb dagegen unverändert bei 25 DM.

Außer diesem Kindergeld wurde aufgrund des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 222) eine gesetzliche Ausbildungszulage gewährt, und zwar unter bestimmten Voraussetzungen für Kinder, die zwischen der Vollendung des 15. und des 27. Lebensjahres eine Schule oder Hochschule besuchten oder Lehrlinge bzw. Anlernlinge mit weniger als 40 DM Erwerbseinkünften waren. Diese Zulage in Höhe von 40 DM, ab 1. Januar 1966 von 30 DM ist jedoch durch § 32 des Haushaltsgesetzes 1967 ab 1. Juli 1967 wieder weggefallen.

Bei den für das Kindergeld nachgewiesenen Ausgaben (vgl. Tabelle 1 3, Fußnote 1) ist zu berücksichtigen, daß die Aufwendungen für die Ausbildungszulage größtenteils (mit rd. 300 Mill. DM) in den Angaben für 1966 enthalten sind, und daß daher ein Vergleich zwischen den Ergebnissen von 1966 und 1969 nicht ohne weiteres möglich ist.

Die Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes obliegt der Bundesanstalt für Arbeit nach den fachlichen Weisungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Über die Anträge auf Kindergeld entscheiden die Arbeitsämter, während die Auszahlung des Kindergeldes von der Bundesanstalt selbst zentral erfolgt. Die der Bundesanstalt dadurch entstehenden Verwaltungskosten werden vom Bund pauschal erstattet.

An den für das Rechnungsjahr 1969 nachgewiesenen Gesamtausgaben für das Kindergeld in Höhe von 2 731,6 Mill. DM war diese Erstattung von Verwaltungskosten mit 56,6 Mill. DM beteiligt. Auf das eigentliche vom Bund zu zahlende Kindergeld entfielen somit 2 675,1 Mill. DM. Dieser Betrag ging nach den Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung 1) (Stand Ende 1969) anteilig an 2 086 462 Berechtigte mit insgesamt 4 997 538 Kindern, wovon 2 050 866 zweite Kinder, 1 718 991 dritte Kinder, 698 408 vierte Kinder und 529 273 fünfte und weitere Kinder waren.

4. Übrige soziale Maßnahmen

Bei den in Tabelle 1 3 zusammengefaßten Aufwendungen für „Übrige soziale Maßnahmen“ handelt es sich neben den im vorhergehenden Abschnitt dargestellten Ausgaben für das gesetzliche Kindergeld in der Hauptsache um weitere größere Aufwendungen des Bundes für sonstige soziale Maßnahmen, die sich im Rechnungsjahr 1969 auf insgesamt 282,8 Mill. DM beliefen. Von diesem Betrag entfielen u. a. 27,4 Mill. DM auf die Rückführung von Deutschen und die Umsiedlung und Auswanderung von Kriegsfolgenhilfe-Empfängern, 16,3 Mill. DM auf Entschädigungen für ehemalige Kriegsgefangene, 67,7 Mill. DM auf die Förderung des Besucherreiseverkehrs aus der DDR, Ostberlin und den Vertreibungsgebieten ost- und südostwärts der Bundesrepublik Deutschland, 13,2 Mill. DM auf die Gewährung von Beihilfen zum Lebensunterhalt, Einrichtungshilfen und Eingliederungsdarlehen nach dem Flüchtlingshilfegesetz, 9,9 Mill. DM auf

1) Vgl. „Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen“, Heft 3/1970, S. 67.

Eingliederungshilfen nach dem Häftlingshilfegesetz und 40,9 Mill. DM auf die Förderung besonderer Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters. Darüber hinaus zahlte der Bund noch 10 Mill. DM für die Linderung der Flüchtlingsnot im Nahen Osten, 25,1 Mill. DM für humanitäre Hilfsmaßnahmen für Süd - Vietnam und 35,4 Mill. DM für humanitäre Hilfe für Nigeria (Biafra).

Die für die Länder und die Gemeinden und Gemeindeverbände nachgewiesenen Aufwendungen beziehen sich z. T. auf gleiche oder ähnliche soziale Maßnahmen (vgl. Abschnitt V „Erläuterungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen“) wie beim Bund.

Die beträchtlich höheren Aufwendungen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden - Württemberg für „Übrige soziale Maßnahmen“ ab 1968 sind im wesentlichen durch eine Änderung des statistischen Nachweises der Landeswohlfahrtsumlage bedingt.

F. Ausgaben und Einnahmen des Lastenausgleichsfonds

Ziel des Lastenausgleichs ist es, Schäden und Verluste, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit und infolge der Währungsumstellung 1948 bei einem bestimmten Personenkreis ergeben haben, im wesentlichen durch Geldleistungen auszugleichen. Gesetzliche Grundlage ist in erster Linie das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 446). Vorausgegangen war dem LAG das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfegesetz - SHG) vom 8. August 1949 (Ges. Bl. der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 205).

Im Zusammenhang mit dem LAG wurden das Gesetz über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegsschäden (Feststellungsgesetz - FG) vom 21. April 1952 (BGBl. I S. 237), das Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener (Währungsausgleichsgesetz - WAG-) vom 27. März 1952 (BGBl. I S. 213), das Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altsparergesetz) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 495) sowie das Gesetz über die Beweissicherung und Feststellung von Vermögensschäden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin (Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz - BFG -) vom 22. Mai 1965 erlassen. Im Laufe der Jahre wurde die Lastenausgleichsgesetzgebung durch bisher 23 Novellen verbessert; außerdem wurden durch eine Vielzahl von Durchführungsverordnungen die Pflichten und Ansprüche im einzelnen geregelt.

Der Lastenausgleich wird von den Ausgleichsbehörden durchgeführt. An ihrer Spitze steht das Bundesausgleichsamt, dem zur Bewältigung seiner Aufgaben durch Artikel 120a des Grundgesetzes Rechte der Bundesregierung übertragen wurden. Insbesondere obliegt dem Präsidium des Bundesausgleichsamtes die selbständige Verwaltung des Ausgleichsfonds und die Verfügung über die Verwendung der Mittel. Dieser Ausgleichsfonds, aus dem die Ausgleichsleistungen bewirkt werden, wurde als Sondervermögen des Bundes mit eigener Rechnungsführung beim Bundesausgleichsamt errichtet und muß jährlich einen Wirtschafts- und Finanzplan erstellen. Neben dem Bundesausgleichsamt nehmen die Landesausgleichsämtler als Mittelbehörden und die Ausgleichsämtler in den Stadt- und Landkreisen als Unterbehörden die ihnen zugewiesenen Aufgaben wahr.

Aus dem Ausgleichsfonds werden sowohl Leistungen mit Rechtsanspruch als auch Leistungen ohne Rechtsanspruch gewährt. Zu den Leistungen mit Rechtsanspruch rechnen die Hauptentschädigung, die Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente), die Hausratentschädigung, die Entschädigung im Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener und die Entschädigung nach dem Altsparergesetz. Zu den Leistungen ohne Rechtsanspruch gehören Eingliederungsdarlehen, und zwar Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft, die freien Berufe, die Landwirtschaft und für den Wohnungsbau sowie in früheren Jahren Arbeitsplatzdarlehen, Wohnraumhilfe, Leistungen aus dem Härtefonds als laufende Beihilfe, als Beihilfe zur Beschaffung von Hausrat, als Darlehen zum Existenzaufbau und zur Beschaffung von Wohnraum und Leistungen aufgrund sonstiger Förderungsmaßnahmen (Ausbildungshilfe, Heimförderung, Übernahme von Bürgschaften, Gewährung von Liquiditätskrediten, Beteiligungen an öffentlichen Anstalten, Darlehen zur Förderung der Flüchtlingssiedlung).

Diese Ausgaben werden in der Hauptsache durch die Vermögensabgabe, die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe finanziert. Da jedoch diese Erträge zur Finanzierung aller Lastenausgleichsleistungen nicht ausreichen, sind der Bund und die Länder verpflichtet, durch Zuschüsse zur Durchführung der Lastenausgleichsaufgaben beizutragen (im einzelnen vgl. Abschnitt E 1). Mit diesen Zuschüssen wird die Entlastung der öffentlichen Sozialhilfe durch Gewährung von Unterhaltshilfe im Rahmen der Lastenausgleichsleistungen z. T. ausgeglichen. Wie aus der nachstehenden Texttafel 3 zu entnehmen ist, hat u. a. der Anteil dieser Zuschüsse an den Einnahmen des Lastenausgleichsfonds von 1961 bis 1969 erheblich zugenommen, während der Anteil der Lastenausgleichsabgaben eine rückläufige Tendenz aufweist.

3. Einnahmen und Ausgaben des Lastenausgleichsfonds

Einnahme-/Ausgabeart	Bis					
	31. 12. 1961		31. 12. 1965		31. 12. 1969	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Einnahmen						
Lastenausgleichsabgaben	26,7	62,8	34,3	57,1	40,5	53,3
Zuschüsse des Bundes	2,5	5,9	3,8	6,3	5,0	6,6
Zuschüsse der Länder	7,2	16,9	11,0	18,3	15,1	19,9
Schuldenaufnahmen	2,6	6,1	4,6	7,7	6,1	8,0
Übrige Einnahmen	3,5	8,2	6,4	10,6	9,3	12,2
Insgesamt	42,5	100	60,1	100	76,0	100
Ausgaben						
Hauptentschädigung (nur Barerfüllung)	2,8	6,6	8,1	13,5	13,2	17,4
Kriegsschadenrente	11,3	26,6	17,7	29,5	24,3	32,0
Hausratentschädigung	8,6	20,2	8,9	14,8	9,1	12,0
Sparerentschädigung	2,4	5,6	3,3	5,5	4,1	5,4
Darlehen						
gewerbliche Wirtschaft	2,2	5,2	2,3	3,8	2,3	3,0
Landwirtschaft	1,8	4,2	1,9	3,2	2,0	2,6
Wohnungsbau	10,4	24,5	11,7	19,5	12,1	15,9
Sonstige Förderungsmaßnahmen	1,1	2,6	1,2	2,0	1,3	1,7
Sonstige Ausgaben	1,9	4,5	4,9	8,2	7,5	9,9
Insgesamt	42,5	100	60,1	100	76,0	100

Unter den Ausgaben sind die Aufwendungen für die Kriegsschadenrente, d. h. für die Entschädigungsrente und die Unterhaltshilfe, die bis 1965 trotz Abnahme des Empfängerkreises weiter gestiegen waren, ab 1966 rückläufig (vgl. Tabelle J 1). Eine Reihe von anderen Leistungen hat bis zum Ende des Berichtszeitraumes weiter an Bedeutung verloren, wie z. B. die Aufwendungen für die Hausratenschädigung, den Währungsausgleich, die Eingliederungshilfen (Aufbaudarlehen) für den Wohnungsbau, die Landwirtschaft und die gewerbliche Wirtschaft. Lediglich die Aufwendungen für die Hauptentschädigung haben eine kräftige Zunahme aufzuweisen.

Insgesamt wurden bis zum Ende des Berichtszeitraumes (31. Dezember 1969) aus dem Ausgleichsfonds 76,0 Mrd. DM ausgezahlt. Bis Ende 1971 erhöhte sich dieser Betrag auf insgesamt 82,6 Mrd. DM und bis Ende 1972 auf mehr als 86 Mrd. DM.

Für die Abwicklung des Lastenausgleichs war ein Zeitraum von längstens 30 Jahren, d. h. bis zum 31. März 1979 vorgesehen. Bis dahin sollen die Lastenausgleichsabgaben erhoben und die Hauptentschädigungsansprüche erfüllt werden. Über diesen Zeitpunkt hinaus muß aber — neben anderen Ausgaben und Einnahmen — insbesondere noch Kriegsschadenrente, die auf Lebenszeit gezahlt wird, geleistet werden. Nach derzeitigen Schätzungen ¹⁾ ist zu erwarten, daß die endgültige Abwicklung des Lastenausgleichs noch bis über das Jahr 2 000 andauern wird und sich die Gesamtaufwendungen auf rd. 130 Mrd. DM belaufen werden.

¹⁾ Vgl. Beilage zum „Amtlichen Mitteilungsblatt des Bundesausgleichsamtes“ Ausgabe A, Nr. 7/1972, St. 63.

III. Methodische Hinweise

Wie dem vorangegangenen Bericht über den „Sozialaufwand von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) 1961 bis 1965“ liegt auch der Darstellung für 1966 bis 1969 die in der Finanzstatistik ab Rechnungsjahr 1963 angewandte Methode zugrunde ¹⁾. Danach werden bestimmte Ausgabe- und Einnahmepositionen, die bis dahin den einzelnen Aufgabenbereichen zugeordnet waren, nur noch zentral nachgewiesen. In den in diesem Bericht dargestellten Aufgabenbereichen bzw. Ausgabegruppierungen sind daher folgende Posten nicht enthalten:

- a) Versorgung (Pensionen, Ruhegehälter und -löhne, Witwen- und Waisengelder, Beiträge für fremde Pensionskassen usw.),
- b) Zuführungen an Rücklagen,
- c) Schuldendienst (Zinsen und Tilgung auf Schulden aller Art).

Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Haushalts-systematik für Bund und Länder, die eine weitergehendere Erfassung und Auswertung der Finanzdaten ermöglicht, haben sich ab Rechnungsjahr 1970 abermals methodische und systematische Änderungen für die finanzstatistische Darstellung nach Ausgaben/Einnahmen und Aufgabenbereichen (Funktionen), also auch für den Bereich der Sozialen Sicherung, ergeben. Sie sind in diesem Bericht nicht berücksichtigt.

Entsprechend der finanzstatistischen Methode bis 1969 sind die im vorliegenden Bericht dargestellten Ausgabesummen wie folgt abgegrenzt:

Verwaltungs- und Zweckausgaben

Personalausgaben; Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen; Zuweisungen an Zweckverbände und sonstige Körperschaften; übrige Verwaltungs- und Zweckausgaben (soweit nicht Zahlungen an Gebietskörperschaften).

Ausgaben der Vermögensbewegung

Bauten und große Instandsetzungen; Neuanschaffung von beweglichem Vermögen; Erwerb von Grundvermögen; Erwerb von Beteiligungen; Zuführung an Kapitalvermögen; Gewährung von Darlehen an Dritte.

Unmittelbare Ausgaben

Als unmittelbare Ausgaben wird die Summe aus Verwaltungs- und Zweckausgaben und Ausgaben der Vermögensbewegung bezeichnet.

¹⁾ Vgl. „Öffentliche Finanzwirtschaft 1963“, Fachserie L, Reihe 1 II, S. 4 und 5.

Die Position „Unmittelbare Ausgaben“ zeigt, in welchem (finanziellen) Umfang die Gebietskörperschaften oder Verwaltungsebenen selbst Aufgaben auf dem Gebiet der „Sozialen Sicherung“ erfüllen. Eingeschlossen sind hierbei allerdings auch die Zuweisungen und Umlagen an Zweckverbände, Vereine und dgl. Mit Hilfe der unmittelbaren Ausgaben können insbesondere die Ausgaben von Gruppen von Gebietskörperschaften und der Länder ohne Doppelzählungen zusammengefaßt werden.

Gesamtausgaben

Unmittelbare Ausgaben zuzüglich Zahlungen an andere Gebietskörperschaften bzw. andere Verwaltungsebenen, die in der jeweiligen Darstellungseinheit nicht enthalten sind.

Nettoausgaben

Unmittelbare Ausgaben zuzüglich der Zahlungen an Gebietskörperschaften abzüglich der Zahlungen von Gebietskörperschaften. Die Nettoausgaben geben die Höhe der aus eigenen Mitteln der betreffenden Gebietskörperschaften zu deckenden bzw. zu finanzierenden Aufwendungen an.

Auch funktional ist der dargestellte Sozialaufwand ebenso abgegrenzt wie im vorangegangenen Bericht. Nicht berücksichtigt sind danach die von den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung (gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, Knappschaftliche Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte, Arbeitslosenversicherung) geleisteten Sozialausgaben. Im Rahmen der Novellierung des Gesetzes über die Finanzstatistik ist jedoch vorgesehen, daß künftig auch die Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungsträger selbst in die Finanzstatistik einbezogen werden.

Im Vorgriff auf diese erweiterte Darstellung des öffentlichen Bereichs werden bereits ab Rechnungsjahr 1966 die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und von der Bundesanstalt für Arbeit festgestellten Ausgaben und Einnahmen für die einzelnen Zweige der Sozialversicherung in den Veröffentlichungen über die Öffentliche Finanzwirtschaft ¹⁾ nachrichtlich ausgewiesen. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um einige zusammengefaßte Ausgaben und Einnahmen, die nicht ohne weiteres in das finanzstatistische Darstellungsschema für die öffentlichen Haushalte übernommen werden können.

¹⁾ Vgl. „Öffentliche Finanzwirtschaft“ für die Jahre 1966, 1967, 1968 und 1969 in der Fachserie L, Reihe 1/II.

IV. Für die Finanzwirtschaft wichtige gesetzliche Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialen Sicherung (Auswahl) Stand Ende 1969

Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815) in der Fassung vom 18. September 1969 (BGBl. I S. 1688)

Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1153)

Bundesevakuierungsgesetz vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 586), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1153)

Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1153)

Wohngeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. April 1965 (BGBl. I S. 178)

Bundeskindergeldgesetz vom 14. April 1964 (BGBl. I S. 265), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946)

Flüchtlings-Notleistungsgesetz vom 9. März 1953 (BGBl. I S. 45) in der Fassung vom 7. Dezember 1962 (BGBl. I S. 697)

Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin vom 15. Juli 1965 (BGBl. I S. 612), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1968 (BGBl. I S. 806)

Unterhaltssicherungsgesetz vom 31. Mai 1961 (BGBl. I S. 661), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503)

Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer vom 19. Juni 1950 (BGBl. I S. 221), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Mai 1969 (BGBl. I S. 451)

Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) in der Fassung vom 20. Januar 1967 (BGBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Februar 1969 (BGBl. I S. 157)

Verordnung über die vom Bund zu tragenden Aufwendungen für die Heil- und Krankenbehandlung Versorgungsberechtigter in Versorgungskrankenanstalten der Länder (Erstattungsverordnung – KOV) vom 31. Juli 1967 (BGBl. I S. 860)

Verordnung zur Kriegsopferversorge vom 30. Mai 1961 (BGBl. I S. 653) in der Fassung vom 27. August 1965 (BGBl. I S. 1032)

Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen vom 13. Juni 1950 (BGBl. I S. 204) in der Fassung vom 18. März 1964 (BGBl. I S. 219)

Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz – KgfEG) vom 30. Januar 1954 (BGBl. I S. 5) in der Fassung der Berichtigung vom 14. Oktober 1969 (BGBl. I S. 2035)

Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz) in der Fassung vom 29. September 1969 (BGBl. I S. 1793)

Gesetz über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung vom 2. Mai 1955 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Dezember 1966 (BGBl. I S. 750)

Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 13. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1687), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2065)

Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 562), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645)

Bundesgesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland in der Fassung vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Februar 1964 (BGBl. I S. 85)

Bundesgesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 412)

Allgemeines Kriegsfolgengesetz vom 5. November 1957 (BGBl. I S. 1747), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Januar 1967 (BGBl. I S. 117)

Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz – LAG –) in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909)

Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener in der Fassung vom 1. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2059), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1968 (BGBl. I S. 806)

Gesetz über die Feststellung von Vertreibungs- und Kriegssachschäden (Feststellungsgesetz – FG) in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1885)

Gesetz über die Beweissicherung und Feststellung von Vermögensschäden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin (Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz – BFG) in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1897)

Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altsparergesetz) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 23) in der Fassung vom 1. April 1959 (BGBl. I S. 170), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. August 1964 (BGBl. I S. 585)

Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582) in der Fassung des Gesetzes vom 22. Dezember 1969 (BGBl. I S. 2360)

Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946)

Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) vom 24. Januar 1952 (BGBl. I S. 69) in der Fassung vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503)

Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz) vom 30. März 1957 (BGBl. I S. 293) in der Fassung vom 21. Mai 1968 (BGBl. I S. 551)

Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 (RGBl. S. 509) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1924 (RGBl. I S. 779), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 974)

Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 88), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956)

Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956)

Gesetz über die Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten (Rentenversicherungs-Finanzausgleichsgesetz, RFG) vom 23. Dezember 1964 (BGBl. I S. 1090), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956)

Gesetze über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung – Erstes Renten Anpassungsgesetz vom 21. Dezember 1958 (BGBl. I S. 956), Zwölfte Anpassung der Renten durch Gesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956)

Gesetz zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung (Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz, UVNG) vom 30. April 1963 (BGBl. I S. 241), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956)

Gesetz über Krankenversicherung der Rentner vom 12. Juni 1956 (BGBl. I S. 500), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 1963 (BGBl. I S. 402)

Reichsknappschaftsgesetz in der Fassung vom 1. Juli 1926 (RGBl. I S. 369), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 974)

Gesetz zur Neuregelung der knappschaftlichen Rentenversicherung (Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz – KnVNG) vom 21. Mai 1957 (BGBl. I S. 533), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 974)

Gesetz zur Errichtung der Bundesknappschaft (Bundesknappschaft-Errichtungsgesetz – BKnEG) vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 974)

Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1063) in der Fassung vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1449), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1969 (BGBl. I S. 1017)

V. Erläuterungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen

In den nachstehend bezeichneten Tabellen des Tabellenteils sind folgende Aufgabenbereiche bzw. Verwaltungszweige enthalten:

Sozialhilfe einschl. Kriegsofferfürsorge (Tabelle D 2)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz soweit die Länder (Sozialhilfeverbände) überörtliche Träger der Sozialhilfe sind (vgl. § 100 ff. des Bundessozialhilfegesetzes).

Kosten der Kriegsofferfürsorge (VO zur Kriegsofferfürsorge) und entsprechende Leistungen, z. B. für:

- Angehörige von Kriegsgefangenen
- ehemalige politische Häftlinge und deren Hinterbliebene
- Wehrdienstbeschädigte und deren Hinterbliebene
- Beschädigte des zivilen Ersatzdienstes und deren Hinterbliebene

Pauschale Erstattungen der Kriegsfolgenhilfe durch den Bund.

Gemeinden und Gemeindeverbände

Sozialhilfe und sonstige soziale Leistungen (ohne Leistungen für Zugewanderte u. ä. Anspruchsberechtigte)

Sämtliche Leistungen der Sozialhilfe (einschl. Hilfe für bedürftige Minderjährige) nach dem Bundessozialhilfegesetz, der Verordnung zur Kriegsofferfürsorge, dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) und der dazu ergangenen Ausführungsgesetze und Verordnungen, ferner freiwillige Aufwendungen, die über die Vorschriften des Sozialhilfegesetzes hinaus gewährt und von den Trägern der Sozialhilfe nicht erstattet werden.

Sozialhilfe: Hilfe zum Lebensunterhalt

Laufende und einmalige Leistungen zur Sicherung des notwendigen Lebensunterhaltes nach Regelsätzen, wenn der Hilfesuchende den Lebensunterhalt aus eigenen Kräften nicht voll beschaffen kann. Der notwendige Lebensunterhalt umfaßt besonders Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens in vertretbarem Umfang wie Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben, bei Kindern vor allem auch der durch das Wachstum bedingte Bedarf. Gewährung eines angemessenen Taschengeldes an Hilfesuchende, wenn die Hilfe zum Lebensunterhalt in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung gewährt wird.

Sozialhilfe: Hilfe in besonderen Lebenslagen (ohne Tbc - Hilfe)

Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage (Beihilfe und Darlehen) — Ausbildungshilfe (Beihilfe und Darlehen) — Vorbeugende Gesundheitshilfe — Krankenhilfe — Hilfe zur Pflege — Hilfe zur Weiterführung des Haushalts — Hilfe für Gefährdete — Altenhilfe — Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Tuberkulosehilfe

Heilbehandlung (einschl. stationärer Dauerbehandlung) — Hilfe zur Eingliederung in das Arbeitsleben — Hilfe zum Lebensunterhalt (einschl. Ernährungszulagen und stationärer Dauerbehandlung) — Sonderleistungen (Beihilfen und Darlehen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Beihilfen zur Haltung von Ersatzkräften, Besuchsbeihilfen) — Vorbeugende Hilfe.

Sozialhilfe für Deutsche im Ausland.

Leistungen zu Lasten des Bundes und sonstige Leistungen.

Sonstige soziale Leistungen

Krankenversorgung gemäß LAG (einschl. für Tbc-Kranke) — Geschlechtskrankenfürsorge — Weihnachtsbeihilfen — Sonstige Hilfen — Krebskrankenfürsorge.

Sozialhilfe und sonstige soziale Leistungen für Zugewanderte u. ä. Anspruchsberechtigte (Einzelaufrechnung mit Bund und Land)

Sozialhilfe: Hilfe zum Lebensunterhalt

Laufende und einmalige Leistungen, die mit dem Bund bzw. Land einzeln abgerechnet werden.

Sozialhilfe: Hilfe in besonderen Lebenslagen (ohne Tbc-Hilfe)

Hilfe zum Ausbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage (Beihilfen und Darlehen) — Ausbildungshilfe (Beihilfen und Darlehen) — Vorbeugende Gesundheitshilfe — Krankenhilfe — Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen — Blindenhilfe — Hilfe zur Pflege — Hilfe zur Weiterführung des Haushalts — Hilfe für Gefährdete — Altenhilfe — Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Tuberkulosehilfe

Heilbehandlung (einschl. stationärer Dauerbehandlung) — Hilfe zur Eingliederung in das Arbeitsleben — Hilfe zum Lebensunterhalt (einschl. Ernährungszulagen und stationärer Dauerbehandlung) — Sonderleistungen (Beihilfen und Darlehen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Beihilfen zur Haltung von Ersatzkräften, Besuchsbeihilfen) — Vorbeugende Hilfe.

Sonstige soziale Leistungen

Krankenversorgung gemäß LAG für Zugewanderte (einschl. Tbc-Kranke) — Geschlechtskrankenfürsorge für Zugewanderte — Rückführung aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes — Rückführung von Deutschen aus dem Ausland — Krebskrankenfürsorge.

Kriegsofferfürsorge

Leistungen ohne Sonderfürsorge (verrechnungsfähig mit dem Bund — 80 %)

Berufliche Förderungsmaßnahmen (Beihilfen und Darlehen) — Erziehungsbeihilfen — Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (laufende und einmalige Leistungen) — Erholungsfürsorge — Wohnungsfürsorge (Beihilfen und Darlehen) — Sonstige Hilfen (Beihilfen und Darlehen).

Leistungen ohne Sonderfürsorge (nicht verrechnungsfähig mit dem Bund)

Berufliche Förderungsmaßnahmen (Beihilfen und Darlehen) — Erziehungsbeihilfen — Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (laufende und einmalige Leistungen) — Erholungsfürsorge — Wohnungsfürsorge (Beihilfen und Darlehen) — Sonstige Hilfen (Beihilfen und Darlehen).

Leistungen der Sonderfürsorge (verrechnungsfähig mit dem Bund — 80 %)

Leistungen, die in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes gewährt werden (verrechnungsfähig mit dem Bund — 100 %).

Einrichtungen der Sozialhilfe (einschl. Kriegsofferfürsorge) (Tabelle D 3)

Bund, ERP-Sondervermögen, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Einnahmen und Ausgaben für Anstalten der Gebietskörperschaften sowie Zuschüsse und dgl. an fremde Anstalten.

Altersheime, Bürger- und Feierabendheime (als Altersheime), Sittenheime, Heime für Straftatlassene, Blinden-, Krüppel- und Taubstummenheime.

Arbeitsstuben (Nähsstuben usw.), Ausbildungsstätten, Beschäftigungsstätten, Einrichtungen für Erwerbsbeschränkte, Erwerbslosen, Notstandsküchen, Obdachlosenheime, Rechtsberatungsstellen, Schreibstuben, soziale Gerichtshilfe, Suppenküchen, Verpflegungsstationen für Handwerksburschen, Volksküchen nebst Verteilungsstellen, Wärmehallen und -stuben, Wandererherbergen (nicht Jugendherbergen).

Zentralstelle für den Bergmannsversorgungsschein.

Einrichtungen der Kriegsfolgenhilfe, Grenzdurchgangs- und Wohnlager.

Bundeseinstellungsstelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge.

Gemeinden und Gemeindeverbände

Alten- und Siechenheime — Arbeiterkolonien — Arbeitsanstalten — Armenhäuser — Blindenheime — Erwerbsbeschränkten-Werkstätten — Erwerbslosenkurse — Erziehungs- und Bewahrungshäuser für Erwachsene — Heime der Bahnhofsmission — Heime für entlassene Strafgefangene — Körperbehindertenheime — Obdachlosenheime — Rechtsberatungsstellen — Soziale Gerichtshilfe — Taubstummeneime — Volksküchen — Wandererarbeitstätten — Wandererherbergen — Wärmestuben — Durchgangwohnheime — Wohnlager — Notunterkünfte — Erholungsheime, Sanatorien u. dgl.

Förderung der freien Wohlfahrtspflege (Tabelle D 4)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Beiträge und Zuwendungen allgemeiner Art an Organe der freien Wohlfahrtspflege, wie

Arbeiterwohlfahrt
Caritasverband
Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
Evangelisches Hilfswerk
Innere Mission
Jüdische Wohlfahrtsvereine
Wohltätigkeitsvereine.

Gemeinden und Gemeindeverbände

Beiträge und Zuwendungen an Organe der freien Wohlfahrtspflege, wie Arbeiterwohlfahrt — Caritasverband — Evangelisches Hilfswerk — Rotes Kreuz — Innere Mission — Jüdische Wohlfahrtseinrichtungen — Katastrophenfonds des Städtetages — Wohltätigkeitsvereine.

Jugendhilfe (Tabelle E 2)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Allgemeine Jugendhilfe auf den Gebieten des Jugendwohlfahrtsgesetzes.
Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung. Betreuung heimatloser Jugendlicher.
Kindererholungsfürsorge und Kinderlandverschickung, soweit nicht Gesundheitspflege.
Sonstige Maßnahmen zum Wohle der Jugend.

Gemeinden und Gemeindeverbände

Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Jugendfürsorge und Jugendpflege)

Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung

Erholungspflege und Freizeithilfen

Kinder-, Jugend- und Familienerholungspflege — Wandern, Fahrten und Lager — Maßnahmen der Freizeithilfen

Sonstige Leistungen der Jugendhilfe

Ergänzende Jugendhilfe für Kind und Familie

Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt — Pflege und Erziehung von Säuglingen, Kleinkindern und von Kindern im schulpflichtigen Alter außerhalb der Schule — Erzieherische Betreuung von Säuglingen, Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gesundheitshilfe — Unterbringung in Familien und in Einrichtungen der erzieherischen Kinder- und Jugendhilfe — Außerschulische Bildung — Kulturelle, soziale und politische Bildung —

Internationale Verständigung — Jugendberufsbeihilfen — Berufsfördernde Maßnahmen — Vormundschaftswesen — Erziehungsbeistandschaft — Jugendgerichtshilfe — Beratung in Fragen der Ehe und Familie — Adoptionswesen — Jugendschutz — Pflegekinderschutz — Fortbildung auf dem Gebiet der Jugendhilfe — Beihilfen zur Eingliederung jugendlicher Zuwanderer.

Einrichtungen der Jugendhilfe (Tabelle E 3)

Bund, ERP-Sondervermögen, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Hier sind die Einnahmen und Ausgaben eigener Einrichtungen sowie die Investitionszuschüsse an andere Träger (Gemeinden (Gv.), sonstige Körperschaften, Verbände, Vereine usw.) nachzuweisen. Sonstige Aufwendungen insbesondere für die Unterbringung (Pflegesätze usw.) in den Einrichtungen gehören zur Jugendhilfe (Tabelle E 2 bzw. Tabelle E 4).

Einrichtungen der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung.

Aluminate, Internate, Schülerheime, Jugendwohnheime, soweit sie nicht einer Schuleinrichtung angeschlossen sind.

Erziehungsheime, Findelheime, Fürsorgeerziehungsanstalten, Kindergärten, Kinderheime, Kinderhorte, Kleinkinderstuben, Korrekationsanstalten, Krippen, Landesaufnahmeheime, Lehrlingsheime, Mädchenheime (als Fürsorgeerziehungsanstalten), Schifferkinderheime, Mädchenhorte, Schulkinderspeisung, Tagesheime für in Ausbildung begriffene jugendliche Berufstätige, Waisenhäuser, Kleinkinderspeisung.

Einrichtungen der Erholungspflege und Freizeiteinrichtungen

Erholungslager, Ferienkolonien, Ferienspiele, Zeltlager, Genesungs- und Erholungsheime

Jugendheime
Jugendherbergen
Schulungslager

Übrige Einrichtungen der Jugendhilfe

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften
Jugendberatungsstellen
Jugendpfleger

Hier werden die Zuweisungen aus Mitteln des Bundesjugendplanes und ihre Verwendung nachgewiesen. Liegt jedoch ein anderer Verwendungszweck eindeutig fest, wird der Nachweis beim betreffenden Verwaltungszweig geführt (z. B. Studentenwohnheime).

Gemeinden und Gemeindeverbände

Einrichtungen der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung

Aufnahmeheime — Erziehungsheime
Einrichtungen der Erholungspflege und Freizeiteinrichtungen
Einrichtungen der Erholungspflege
Kinder-, Jugend- und Familienerholungsstätten — Zeltlager und Zeltplätze — Jugendherbergen

Freizeiteinrichtungen

Heime der offenen Tür, Nachbarschaftsheime, Jugendgruppenheime und Häuser der Jugend — Klubräume — Werk- und Bastelräume — Spielplätze für Kinder und Jugendliche.

Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe

Einrichtungen der ergänzenden Jugendhilfe für Kind und Familie — Erziehungs-, Jugend-, Ehe- und Familienberatungsstellen — Einrichtungen der Mütter- und Elternbildung — Kindertagesstätten — Kinderheime — Jugendschutzstellen

Einrichtungen der außerschulischen Bildung

Jugendbildungsstätten — Tagesstätten zur Durchführung jugendpflegerischer Bildungsmaßnahmen.

Einrichtungen der Jugendberufshilfe
Tagesstätten und Heime der berufsfördernden Jugendhilfe — Jugendwohnheime.

Förderung der freien Jugendhilfe (Tabelle E 4)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendverbände und sonstiger Träger
Beitrag zum deutsch-französischen Jugendwerk

Zuschüsse an Einrichtungen der Freien Jugendhilfe sind in Tabelle E 3 enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände

Förderung der Maßnahmen, Einrichtungen und Personalleistungen der Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände und sonstigen Träger.

Verwaltung der sozialen Angelegenheiten (Tabelle F)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Landessozialamt — Landesfürsorgeverband —

Landesfürsorgeverband — Verwaltung — (soweit in der Landesrechnung enthalten)

Landeswohlfahrtsamt

Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

Fürsorgebehörde der Stadtstaaten

Fürsorgeämter einschl. Sozialabteilungen der Bezirks- und Ortsämter der Stadtstaaten

Landesamt für Vertriebene

Amt für Vertriebene und Kriegsgeschädigte bei den Stadtstaaten

Jugendwohlfahrtsbehörden

Landesjugendamt, soweit besonders veranlagt

Jugendbehörde der Stadtstaaten

Jugendämter einschl. Jugendabteilungen der Bezirks- u. Ortsämter der Stadtstaaten

Lastenausgleichsverwaltung

Bundesausgleichsamt

Landesausgleichsämter, soweit besonders veranschlagt

Ausgleichsämter (Stadtstaaten, Bayern)

Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds bei den

Ausgleichsausschüssen,

Beschwerdeausschüssen und Verwaltungsgerichten

Vororte für den Einzelbetriebsvergleich

Heimatauskunftsstellen

Die Verwaltungskostenbeiträge des Bundes für die Lastenausgleichsverwaltung werden bei den Ländern als Zuweisungen vom Bund brutto in Einnahme und die Anteile der Gemeinden als Zuweisung an Gemeinden in Ausgabe nachgewiesen.

Gemeinden und Gemeindeverbände

Verwaltung der Sozialhilfe, Verwaltung der Kriegsopferfürsorge — Verwaltung der Vertriebenen- und Flüchtlingsangelegenheiten — Verwaltung der sonstigen sozialen Maßnahmen

Verwaltung der Jugendhilfe — Amtsvormundschaft — Fürsorgeerziehungsbehörde — Gemeindevaisenrat — Jugendamt — Jugendfürsorger(-innen) — Jugendgerichtshilfe — Pflegekinderaufsicht — Schutzaufsicht — Pflegeamt für gefährdete Jugendliche — Jugendpfleger

Lastenausgleichsverwaltung.

Kriegsopferversorgung, Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen (Tabelle G)

Bund

Versorgungsbezüge (Renten), einmalige Unterstützungen, Kosten der Heilbehandlung

Unterhaltsbeihilfen an Angehörige von Kriegsgefangenen

Versorgungsdienststellen und Einrichtungen der Kriegsopferversorgung (Tabelle G)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Versorgungsämter (ohne Einrichtungen)

Einrichtungen der Kriegsopferversorgung

In den Haushalten als selbständige Einrichtungen gesondert veranschlagt:

Versorgungskrankenhäuser

Versorgungskuranstalten

Orthopädische Versorgungsstellen

Versorgungsärztliche Untersuchungsstellen

Beschaffungsstelle für Heil- u. Hilfsmittel

Schulungsheime für Kriegsbeschädigte

Versehrtensport

Die Erstattungen des Bundes für die Heilbehandlung in den Einrichtungen der Länder sind als Gebühreneinnahmen nachgewiesen.

Versorgungsleistungen nach G 131 (Tabelle G)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und ihrer Hinterbliebenen

Hier sind auch bei den Ländern die vom Bund erstatteten Anteile an der Versorgung gem. § 42 G 131 in Einnahme nachgewiesen

Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen

Erstattungen an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung gem. § 72 (11) G 131.

Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung (Tabelle H 2)

Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe

Verwaltungskostenabgeltung an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Grundförderung und verstärkte Förderung, Zuweisungen und Darlehen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Notstandsmaßnahmen, soweit sie nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige oder Betriebe aufteilbar sind.

Förderung und Erhaltung schutzwürdiger Heimarbeit

Europäischer Sozialfonds

Berufsausbildung von Gastarbeitern

Berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittelschicht

Zinsverbilligung für Darlehen zur Existenzgründung

Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin.

Betriebliche Altersfürsorge (Tabelle H 2)

Bund

Zuschüsse zum Ausgleich von Härten, die sich daraus ergeben, daß viele der zum Zwecke der betrieblichen Altersfürsorge geschaffenen Unterstützungseinrichtungen infolge der Verluste durch Krieg und Kriegsfolgen die für die Leistungen erforderlichen Mittel nicht aufbringen können.

Zuschüsse an die Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen.

Zuschüsse an Träger der Sozialversicherung (Tabelle H 2)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten
Zuschüsse des Bundes
Knappschaftsversicherung
Zuschüsse des Bundes
Unfallversicherung
Leistungen von Bund und Ländern als Versicherungsträger
Fremdreiten in der Unfallversicherung
Krankenversicherung
Erstattung der Leistungen aufgrund des Mutterschutzgesetzes
(Bund)
Übrige Sozialversicherung
Altershilfe für Landwirte
Zuschüsse an die Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften
zur Senkung der Beiträge .

Versicherungsbehörden (Tabelle H 2)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Bundesversicherungsamt
Landesversicherungsämter
Aufsichtsämter für Sozialversicherung
Ausführungsbehörden für Unfallversicherung .

Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse (Tabelle H 3)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Unfallverhütung und Gewerbehygiene
Bundesinstitut für Arbeitsschutz
Landesinstitute für Arbeitsschutz
Jugendarbeitsschutz
Kosten der ärztlichen Untersuchungen nach § 45 des Jugend-
arbeitsschutzgesetzes
Gewerbeaufsichtsämter
Fortbildung der Gewerbebeamten
Gewerbeärzte
Technische Überwachungen
Dampfkesselrevisionen
Sonstige Maßnahmen, die den Arbeitnehmern zugute kommen,
z. B. Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohlen- und
Stahlindustrie .

Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds (Tabelle I 1)

Bund, Lastenausgleichsfonds, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Zuschüsse der Gebietskörperschaften gem. § 6 Abs. 1 und 2 LAG
(aus dem Aufkommen an Vermögensteuer)
Zuschuß des Bundes und der Länder gem. § 6 Abs. 3 und 4 LAG
Sonstige Leistungen an den Lastenausgleichsfonds
Verstärkung des Härtefonds aus Mitteln des Bundes
Liquiditätshilfe .

Wohngeld (Tabelle I 2)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz .

Gemeinden und Gemeindeverbände

Miet- und Lastenzuschüsse .

Übrige soziale Maßnahmen (Tabelle I 3)

Bund, Länder (einschl. Stadtstaaten)

Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (nur Stadtstaaten)
Umsiedlung, Auswanderung und Rückführung
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene
Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz
Kindergeld
Leistungen des Bundes bis 30. 6. 1964 nach dem Bundeskindergeldgesetz. Kindergeldzahlungen der Gebietskörperschaften als
Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

Leistungen der Gebietskörperschaften gem. § 7, Abs. 6, des Bundeskindergeldgesetzes an ihre Bediensteten, die in der Regel bei den Personalausgaben veranschlagt sind, werden auch in der Finanzstatistik entsprechend ihrer Veranschlagung nachgewiesen. Dies gilt auch soweit diese Mehraufwendungen zentral veranschlagt sind.

Eingliederungshilfen nach dem Häftlingshilfegesetz

Leistungen nach dem BVG auf Grund des Häftlingshilfegesetzes

Härtebeihilfen nach dem allgemeinen Kriegsfolgenengesetz

Einrichtungshilfe für Deutsche aus der Sowjetzone .

Gemeinden und Gemeindeverbände

Härtebeihilfen nach dem allgemeinen Kriegsfolgenengesetz

Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz

Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz

Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz

Leistungen nach dem Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetzone

Nichtaufteilbarer Sozialaufwand

Umlage der Landeswohlfahrtsverbände (Baden - Württemberg)
Landeswohlfahrtsumlage .

Ausgaben des Lastenausgleichsfonds (Tabelle J 1)

Hauptentschädigung
Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente)
Wohnraumhilfe (Darlehen an Länder)
Leistungen aus dem Härtefonds
Sparerentschädigung (Währungsausgleich, Altsparerentschädigung)
Hausratsentschädigung
Aufbaudarlehen (AD) (für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe, für die Landwirtschaft, für den Wohnungsbau)
Entschädigung nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz
Sonstige Förderungsmaßnahmen (Ausbildungshilfe, Heimförderung, Liquiditätskredite und andere Kredite nach § 303 LAG, Bürgschaften)
Sonstige Ausgaben (Kurspflege, Kosten der Vorfinanzierung, Rückzahlung der Vorfinanzierung, Sonstiges z. B. Verwaltungskosten usw.)

Einnahmen des Lastenausgleichsfonds (Tabelle J 2)

Ausgleichsabgaben (Vermögensabgabe, Gemeinschaftshilfeabgabe i. S. des § 31 Abs. 1 LA - EG - Saar, Hypothekengewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe)
Zuschüsse von Gebietskörperschaften
Schuldenaufnahmen
Darlehensrückflüsse
Zinsen
Rückflüsse aus Umwandlung gewährter Darlehen in Hauptentschädigung
Erträge aus der Wertpapierbereinigung
Übrige Einnahmen .

Inhalt des Tabellenteils

	Seite
A. Ausgaben von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern und Gemeinden (Gv.) für die soziale Sicherung insgesamt	
1. nach Aufgabenbereichen und Gebietskörperschaften	21
2. nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften	23
B. Zuweisungen und Darlehen zwischen den Gebietskörperschaften für die soziale Sicherung insgesamt	
1. Ausgaben	26
2. Einnahmen	28
C. Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für die soziale Sicherung insgesamt	
1. nach Größenklassen und Art der Ausgaben	30
2. nach Größenklassen und Ländern	32
D. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 1969	
1. Insgesamt	34
2. Sozialhilfe	36
3. Einrichtungen der Sozialhilfe	38
4. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	40
E. Ausgaben für Jugendhilfe einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Jugendhilfe nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 1969	
1. Insgesamt	42
2. Jugendhilfe	44
3. Einrichtungen der Jugendhilfe	46
4. Förderung der freien Jugendhilfe	48
F. Ausgaben für die Verwaltung der sozialen Angelegenheiten insgesamt nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 1969	50
G. Ausgaben für Kriegsopferversorgung, Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen, Versorgungsdienststellen und Einrichtungen nach Arten und Gebietskörperschaften	52
H. Ausgaben für Arbeit und Sozialversicherung nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften	
1. Insgesamt	54
2. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung, Betriebliche Altersfürsorge, Zuschüsse zur Sozialversicherung, Versicherungsbehörden	56
3. Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse	57
I. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen nach Arten und Gebietskörperschaften	
1. Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	58
2. Wohngeld	59
3. Übrige soziale Maßnahmen	60
J. Ausgaben und Einnahmen des Lastenausgleichsfonds insgesamt	
1. Ausgaben nach Arten	61
2. Einnahmen nach Arten	62

A. Ausgaben von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern und Gemeinden (Gv.)
für die soziale Sicherung insgesamt

1. nach Aufgabenbereichen und Gebietskörperschaften

1 000 DM

Gebietskörperschaft Aufgabenbereich	Rechnungsjahr			
	1966	1967	1968	1969
<u>Bund</u>				
Sozialhilfe	714 425	678 583	606 959	515 667
dar. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	52 400	61 462	58 587	54 063
Jugendhilfe	89 794	95 886	98 011	89 402
dar. Förderung der freien Jugendhilfe	34 680	34 188	33 889	30 495
Kriegsopferversorgung	5 275 554	6 100 686	5 984 242	5 918 878
Sozialversicherung	10 121 790	11 099 220	11 152 543	11 552 680
Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung ¹⁾	158 490	131 251	274 518	208 970
Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	314 382	330 093	257 281	244 635
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	31 486	25 958	20 560	16 292
Übrige Aufwendungen	3 387 961	3 100 623	3 083 977	3 287 550
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	231 568	247 125	212 159	210 136
Zusammen ...	20 325 450	21 809 425	21 690 250	22 044 210
<u>Lastenausgleichsfonds</u>				
Sozialaufwendungen	1 599 058	1 903 468	2 231 029	2 214 376
<u>ERP-Sondervermögen</u>				
Sozialaufwendungen	3 900	4 322	7 795	5 407
<u>Länder</u>				
Sozialhilfe	465 692	525 310	545 683	586 993
dar. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	22 919	17 637	16 152	16 205
Jugendhilfe	280 892	262 415	260 046	289 758
dar. Förderung der freien Jugendhilfe	10 088	10 658	10 968	13 326
Kriegsopferversorgung	295 207	308 209	302 653	324 065
Sozialversicherung	32 395	34 957	37 364	39 546
Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung ¹⁾	85 237	98 181	105 466	124 425
Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	899 181	946 458	884 910	915 032
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	835	1 581	1 076	684
Übrige Aufwendungen	177 778	213 132	252 781	291 345
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	32 705	30 410	31 739	31 704
Zusammen ...	2 269 942	2 420 653	2 421 718	2 603 552

A. Ausgaben von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern und Gemeinden (Gv.)
für die soziale Sicherung insgesamt

1. nach Aufgabenbereichen und Gebietskörperschaften

1 000 DM

Gebietskörperschaft Aufgabenbereich	Rechnungsjahr			
	1966	1967	1968	1969
<u>Stadtstaaten</u>				
Sozialhilfe	462 229	498 038	517 923	559 268
dar. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	6 319	6 640	5 610	7 116
Jugendhilfe	255 954	282 897	300 748	337 611
dar. Förderung der freien Jugendhilfe	3 757	3 270	5 150	7 080
Kriegsopferversorgung	28 009	29 287	27 744	29 104
Sozialversicherung	12 732	14 145	15 030	25 422
Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung ¹⁾	19 805	18 903	20 683	20 824
Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	115 280	123 568	113 896	118 158
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	26	13	+ 86	100
Übrige Aufwendungen	18 849	19 624	20 443	28 743
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	135 221	133 056	133 302	149 131
Zusammen ...	1 048 105	1 119 531	1 149 683	1 268 361
<u>Gemeinden (Gv.)</u>				
Sozialhilfe	2 389 062	2 609 944	2 733 831	2 972 949
dar. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	58 724	57 579	57 848	64 055
Jugendhilfe	774 532	826 351	880 676	1 020 715
dar. Förderung der freien Jugendhilfe	79 475	74 942	79 355	96 293
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	-	-	-	-
Übrige Aufwendungen	142 677	169 900	334 769	354 738
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	506 129	516 186	550 916	621 079
Zusammen ...	3 812 400	4 122 381	4 500 192	4 969 481
Insgesamt ...	29 058 855	31 379 780	32 000 667	33 105 387

1) Einschl. Arbeitslosenhilfe und betriebliche Altersfürsorge.

A. Ausgaben von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern und Gemeinden (Gv.)
für die soziale Sicherung insgesamt

2. nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften

1 000 DM

Gebietskörperschaft Art der Ausgaben	Rechnungsjahr			
	1966	1967	1968	1969
<u>Bund</u>				
Verwaltungs- und Zweckausgaben				
Personalausgaben	12 041	12 625	13 030	14 177
Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen	132	136	136	117
Zuweisungen an Zweckverbände usw.	10 568 869	11 713 175	11 674 594	11 972 889
Übrige	8 186 350	8 599 926	8 593 529	8 683 545
Zusammen ...	18 767 392	20 325 862	20 281 289	20 670 728
Ausgaben der Vermögensbewegung				
Bauten und große Instandsetzungen	262	129	565	354
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	11	61	52	22
Gewährung von Darlehen	66 333	62 968	72 386	53 684
Übrige	-	-	40	-
Zusammen ...	66 606	63 158	73 043	54 060
Unmittelbare Ausgaben	18 833 998	20 389 020	20 354 332	20 724 788
Zahlungen an Gebietskörperschaften				
anderer Ebenen	1 498 827	1 427 881	1 343 131	1 376 782
Gesamtausgaben	20 332 825	21 816 901	21 697 463	22 101 570
Nachrichtlich				
Nettoausgaben	20 325 450	21 809 425	21 690 250	22 044 210
<u>Lastenausgleichsfonds</u>				
Verwaltungs- und Zweckausgaben				
Übrige	2 965 492	3 220 455	3 466 481	3 479 630
Zusammen ...	2 965 492	3 220 455	3 466 481	3 479 630
Ausgaben der Vermögensbewegung zusammen	422	-	-	-
Unmittelbare Ausgaben	2 965 914	3 220 455	3 466 481	3 479 630
Zahlungen an Gebietskörperschaften				
anderer Ebenen	21 596	22 778	23 019	21 487
Gesamtausgaben	2 987 510	3 243 233	3 489 500	3 501 117
Nachrichtlich				
Nettoausgaben	1 599 058	1 903 468	2 231 029	2 214 376
<u>ERP-Sondervermögen</u>				
Verwaltungs- und Zweckausgaben zusammen	-	-	-	-
Ausgaben der Vermögensbewegung zusammen	-	-	-	-
Unmittelbare Ausgaben	-	-	-	-
Zahlungen an Gebietskörperschaften				
anderer Ebenen	3 900	4 322	7 803	5 421
Gesamtausgaben	3 900	4 322	7 803	5 421
Nachrichtlich				
Nettoausgaben	3 900	4 322	7 795	5 407

A. Ausgaben von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern und Gemeinden (Gv.)
für die soziale Sicherung insgesamt

2. nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften

1 000 DM

Gebietskörperschaft Art der Ausgaben	Rechnungsjahr			
	1966	1967	1968	1969
<u>Länder</u>				
Verwaltungs- und Zweckausgaben				
Personalausgaben	350 409	363 991	375 936	405 945
Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen	5 237	5 406	5 910	5 320
Zuweisungen an Zweckverbände usw.	249 512	242 579	239 385	216 837
Übrige	406 549	598 566	654 130	750 269
Zusammen ...	1 011 707	1 210 542	1 275 361	1 378 371
Ausgaben der Vermögensbewegung				
Bauten und große Instandsetzungen	20 978	16 354	17 221	16 997
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	3 886	3 761	3 265	3 881
Gewährung von Darlehen	42 152	41 163	46 308	48 210
Übrige	9	552	1 419	682
Zusammen ...	67 025	61 830	68 213	69 770
Unmittelbare Ausgaben	1 078 732	1 272 372	1 343 574	1 448 141
Zahlungen an Gebietskörperschaften anderer Ebenen	1 852 984	1 800 324	1 739 816	1 753 731
Gesamtausgaben	2 931 716	3 072 696	3 083 390	3 201 872
Nachrichtlich				
Nettoausgaben	2 269 942	2 420 653	2 421 718	2 603 552
<u>Stadtstaaten</u>				
Verwaltungs- und Zweckausgaben				
Personalausgaben	315 323	330 613	341 002	377 554
Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen	11 247	13 012	13 159	12 253
Zuweisungen an Zweckverbände usw.	107 806	63 533	123 293	128 276
Übrige	685 097	722 304	731 695	799 016
Zusammen ...	1 119 473	1 129 462	1 209 149	1 317 099
Ausgaben der Vermögensbewegung				
Bauten und große Instandsetzungen	26 717	29 219	29 294	27 504
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	3 180	4 564	5 408	3 629
Gewährung von Darlehen	36 406	27 458	21 384	23 244
Übrige	648	2 398	1 466	3 141
Zusammen ...	66 951	63 639	57 552	57 518
Unmittelbare Ausgaben	1 186 424	1 193 101	1 266 701	1 374 617
Zahlungen an Gebietskörperschaften anderer Ebenen	119 087	126 332	116 700	120 935
Gesamtausgaben	1 305 511	1 319 433	1 383 401	1 495 552
Nachrichtlich				
Nettoausgaben	1 048 105	1 119 531	1 149 683	1 268 361

A. Ausgaben von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern und Gemeinden (Gv.)
für die soziale Sicherung insgesamt

2. nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften

1 000 DM

Gebietskörperschaft Art der Ausgaben	Rechnungsjahr			
	1966	1967	1968	1969
<u>Gemeinden (Gv.)</u>				
Verwaltungs- und Zweckausgaben				
Personalausgaben	929 161	966 271	1 002 742	1 099 580
Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen	37 880	37 316	41 408	48 281
Zuweisungen an Zweckverbände usw.	300 548	283 426	327 348	386 798
Übrige	3 862 459	4 041 225	4 061 441	4 336 898
Zusammen ...	5 130 048	5 328 238	5 432 939	5 871 557
Ausgaben der Vermögensbewegung				
Bauten und große Instandsetzungen	222 997	192 958	184 298	193 717
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	25 940	21 925	23 046	23 724
Gewährung von Darlehen	58 407	64 887	74 555	61 555
Übrige	6 888	7 502	12 917	14 486
Zusammen ...	314 232	287 272	294 816	293 482
Unmittelbare Ausgaben	5 444 280	5 615 510	5 727 755	6 165 039
Zahlungen an Gebietskörperschaften anderer Ebenen	49 976	56 163	69 128	64 064
Gesamtausgaben	5 494 256	5 671 673	5 796 883	6 229 103
Nachrichtlich				
Nettoausgaben	3 812 400	4 122 381	4 500 192	4 969 481
<u>Insgesamt</u>				
Verwaltungs- und Zweckausgaben				
Personalausgaben	1 606 934	1 673 500	1 732 710	1 897 256
Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen	54 496	55 870	60 613	65 971
Zuweisungen an Zweckverbände usw.	11 226 735	12 302 713	12 364 620	12 704 800
Übrige	16 105 947	17 182 476	17 507 276	18 049 358
Zusammen ...	28 994 112	31 214 559	31 665 219	32 717 385
Ausgaben der Vermögensbewegung				
Bauten und große Instandsetzungen	270 954	238 660	231 378	238 572
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	33 017	30 311	31 771	31 256
Gewährung von Darlehen	203 720	196 476	214 633	186 693
Übrige	7 545	10 452	15 842	18 309
Zusammen ...	515 236	475 899	493 624	474 830
Unmittelbare Ausgaben	29 509 348	31 690 458	32 158 843	33 192 215
Zahlungen an Gebietskörperschaften anderer Ebenen
Gesamtausgaben	29 509 348	31 690 458	32 158 843	33 192 215
Nachrichtlich				
Nettoausgaben	29 058 855	31 379 780	32 000 667	33 105 387

**8. Zuweisungen und Darlehen zwischen den Gebietskörperschaften
für die soziale Sicherung insgesamt**

1. Ausgaben

1 000 DM

Gebietskörperschaft Art der Ausgaben	Rechnungs- jahr	Bund	Lasten- ausgleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Gemeinden (Gv.)	Zusammen
Bund							
Zuweisungen an	1966	-	314 382	-	827 664	356 585	1 498 631
	1967	-	330 093	-	769 336	328 188	1 427 617
	1968	-	257 281	-	791 847	293 444	1 342 572
	1969	-	244 635	-	759 689	368 878	1 373 202
Darlehen an	1966	-	-	-	169	27	196
	1967	-	-	-	264	-	264
	1968	-	-	-	469	90	559
	1969	-	-	-	3 281	299	3 580
Lastenausgleichsfonds							
Zuweisungen an	1966	-	-	-	-	21 596	21 596
	1967	-	-	-	-	22 778	22 778
	1968	-	-	-	-	23 019	23 019
	1969	-	-	-	-	21 487	21 487
Darlehen an	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	-	-	-
	1968	-	-	-	-	-	-
	1969	-	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen							
Zuweisungen an	1966	-	-	-	3 900	-	3 900
	1967	-	-	-	3 100	-	3 100
	1968	-	-	-	2 826	-	2 826
	1969	-	-	-	2 634	-	2 634
Darlehen an	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	785	437	1 222
	1968	-	-	-	1 967	3 010	4 977
	1969	-	-	-	1 503	1 284	2 787

B. Zuweisungen und Darlehen zwischen den Gebietskörperschaften
für die soziale Sicherung insgesamt

1. Ausgaben

1 000 DM

Gebietskörperschaft Art der Ausgaben	Rechnungs- jahr	Bund	Lasten- ausgleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Gemeinden (Gv.)	Zusammen
Länder (zusammen)							
Zuweisungen an	1966	874	899 181	-	213	937 494	1 837 762
	1967	835	946 458	-	268	834 800	1 782 361
	1968	3 716	885 036	-	555	824 779	1 714 086
	1969	4 430	915 032	-	654	816 412	1 736 528
Darlehen an	1966	-	-	-	-	14 685	14 685
	1967	-	-	-	-	17 514	17 514
	1968	-	-	-	-	25 743	25 743
	1969	-	-	-	-	17 203	17 203
Stadtstaaten							
Zuweisungen an	1966	961	116 669	-	1	1 456	119 087
	1967	1 072	123 568	-	1	1 691	126 332
	1968	890	114 018	-	2	1 790	116 700
	1969	999	118 158	-	1	1 777	120 935
Darlehen an	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	-	-	-
	1968	-	-	-	-	-	-
	1969	-	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)							
Zuweisungen an	1966	-	-	-	49 976	329 695	379 671
	1967	-	-	-	56 163	371 265	427 428
	1968	-	-	-	69 128	529 583	598 711
	1969	-	-	-	64 064	554 999	619 063
Darlehen an	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	-	-	-
	1968	-	-	-	-	-	-
	1969	-	-	-	-	-	-

B. Zuweisungen und Darlehen zwischen den Gebietskörperschaften
für die soziale Sicherung insgesamt

2. Einnahmen

1 000 DM

Gebietskörperschaft v Art der Einnahmen	Rechnungs- jahr	Bund	Lasten- ausgleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Gemeinden (Gv.)	Zusammen
Bund							
Zuweisungen von	1966	-	-	-	2 089	-	2 089
	1967	-	-	-	2 046	-	2 046
	1968	-	-	-	1 573	-	1 573
	1969	-	-	-	1 946	47 367	49 313
Darlehen von	1966	-	-	-	2 182	3 104	5 286
	1967	-	-	-	2 207	3 223	5 430
	1968	-	-	-	2 290	3 350	5 640
	1969	-	-	-	44	8 003	8 047
Lastenausgleichsfonds							
Zuweisungen von	1966	341 190	-	-	1 047 262	-	1 388 452
	1967	287 311	-	-	1 052 454	-	1 339 765
	1968	259 050	-	-	999 421	-	1 258 471
	1969	250 061	-	-	1 036 680	-	1 286 741
Darlehen von	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	-	-	-
	1968	-	-	-	-	-	-
	1969	-	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen							
Zuweisungen von	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	-	-	-
	1968	-	-	-	-	-	-
	1969	-	-	-	-	-	-
Darlehen von	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	-	-	-
	1968	-	-	-	-	8	8
	1969	-	-	-	-	14	14

B. Zuweisungen und Darlehen zwischen den Gebietskörperschaften
für die soziale Sicherung insgesamt

2. Einnahmen

1 000 DM

Gebietskörperschaft Art der Einnahmen	Rechnungs- jahr	Bund	Lasten- ausgleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Gemeinden (Gv.)	Zusammen
Länder (zusammen)							
Zuweisungen von	1966	595 245	1 299	-	1 762	57 694	656 000
	1967	589 509	626	-	504	55 954	646 593
	1968	586 997	137	-	390	69 302	656 826
	1969	529 459	227	-	407	63 162	593 255
Darlehen von	1966	-	-	-	-	5 237	5 237
	1967	-	-	-	-	5 001	5 001
	1968	-	1	-	-	4 858	4 859
	1969	-	6	-	-	5 059	5 065
Stadtstaaten							
Zuweisungen von	1966	248 895	2 035	3 900	750	1 826	257 406
	1967	193 740	564	3 001	717	1 880	199 902
	1968	227 496	844	2 723	542	2 113	233 718
	1969	221 576	499	2 572	222	2 322	227 191
Darlehen von	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	-	-	-
	1968	-	-	-	-	-	-
	1969	-	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)							
Zuweisungen von	1966	-	-	-	1 621 850	365 344	1 987 194
	1967	-	-	-	1 494 415	405 058	1 899 473
	1968	-	-	-	1 402 085	404 645	1 806 730
	1969	-	-	-	1 372 302	426 935	1 799 237
Darlehen von	1966	-	-	-	-	-	-
	1967	-	-	-	-	-	-
	1968	-	-	-	-	-	-
	1969	-	-	-	-	-	-

C. Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

1. nach Größenklassen

1 000

Gebietskörperschaft Größenklasse mit ... bis unter ... Einwohnern	Rechnungs- jahr	Verwaltungs- und Zweckausgaben				
		Personal- aus- gaben	Unter- haltung und In- standsetzung von unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweck- verbände usw.	Übrige	zusammen
Kreisfreie Städte	1966	456 207	21 678	106 880	1 306 637	1 891 402
	1967	476 838	21 081	102 259	1 329 552	1 929 730
	1968	491 343	24 100	108 854	1 332 144	1 956 441
	1969	537 885	28 802	123 573	1 402 873	2 093 133
Kreisangehörige Gemeinden						
weniger als 3 000	1966	13 345	2 378	13 802	11 867	41 392
	1967	15 193	2 293	14 713	12 220	44 419
	1968	16 834	2 546	17 010	13 831	50 221
	1969	19 993	2 957	19 253	15 281	57 484
3 000 - 10 000	1966	25 649	2 118	20 696	31 743	80 206
	1967	28 165	2 219	20 804	34 168	85 356
	1968	30 971	2 530	23 841	37 820	95 162
	1969	35 616	2 643	26 235	37 495	101 989
10 000 und mehr	1966	87 208	4 644	39 848	209 545	341 245
	1967	92 741	4 549	39 817	218 524	355 631
	1968	97 574	5 160	44 912	224 823	372 469
	1969	120 279	6 202	53 241	235 660	415 382
zusammen	1966	126 202	9 140	74 346	253 155	462 843
	1967	136 099	9 061	75 334	264 912	485 406
	1968	145 379	10 236	85 763	276 474	517 852
	1969	175 888	11 802	98 729	288 436	574 855
Ämter	1966	21 314	183	2 053	25 438	48 988
	1967	22 115	171	1 268	26 203	49 757
	1968	22 368	114	1 430	27 562	51 474
	1969	18 905	88	1 225	25 524	45 742
Landkreise	1966	261 586	5 063	58 817	1 427 083	1 752 549
	1967	271 352	5 317	59 052	1 469 956	1 805 677
	1968	281 867	5 402	63 741	1 470 979	1 821 989
	1969	308 632	6 254	75 735	1 542 913	1 933 534
Bezirksverbände	1966	63 852	1 816	58 452	850 146	974 266
	1967	59 867	1 686	45 513	950 602	1 057 668
	1968	61 785	1 556	67 560	954 282	1 085 183
	1969	58 270	1 335	87 536	1 077 152	1 224 293
Gemeinden (Gv.) insgesamt	1966	929 161	37 880	300 548	3 862 459	5 130 048
	1967	966 271	37 316	283 426	4 041 225	5 328 238
	1968	1 002 742	41 408	327 348	4 061 441	5 432 939
	1969	1 099 580	48 281	386 798	4 336 898	5 871 557

für die soziale Sicherung insgesamt

und Art der Ausgaben

DM

Ausgaben der Vermögensbewegung					Un- mittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körper- schaften	Gesamt- aus- gaben	Nachrichtlich
Bauten und große Instand- setzungen	Neuan- schaffung von be- weglichem Vermögen	Gewährung von Darlehen	übrige	zusammen				Netto- aus- gaben
86 506	11 612	5 073	2 021	105 212	1 996 614	17 288	2 013 902	1 373 331
63 382	9 257	5 587	1 641	79 867	2 009 597	16 479	2 026 076	1 437 984
55 665	9 128	5 242	7 829	77 864	2 034 305	17 800	2 052 105	1 561 892
53 106	9 264	7 094	4 578	74 042	2 167 175	18 994	2 186 169	1 699 656
23 346	1 097	74	1 199	25 716	67 108	20	67 128	63 012
25 092	1 088	79	1 415	27 674	72 093	-	72 093	69 139
29 160	1 314	63	1 181	31 718	81 939	17	81 956	78 241
29 934	1 523	47	1 471	32 975	90 459	6	90 465	84 315
22 091	1 246	339	1 076	24 752	104 958	20	104 978	83 442
19 950	1 149	385	971	22 455	107 811	4	107 815	87 076
20 642	1 168	262	760	22 832	117 994	32	118 026	94 369
24 726	1 400	190	3 198	29 514	131 503	75	131 578	107 451
33 206	2 857	1 366	1 001	38 430	379 675	114	379 789	215 271
29 651	2 702	1 132	1 441	34 926	390 557	121	390 678	226 340
27 020	3 133	1 163	1 334	32 650	405 119	76	405 195	243 889
37 949	3 673	621	1 287	43 530	458 912	145	459 057	293 650
78 643	5 200	1 779	3 276	88 898	551 741	154	551 895	361 725
74 693	4 939	1 596	3 827	85 055	570 461	125	570 586	382 555
76 822	5 615	1 488	3 275	87 200	605 052	125	605 177	416 499
92 609	6 596	858	5 956	106 019	680 874	226	681 100	485 416
124	158	70	215	567	49 555	-	49 555	27 669
60	116	25	168	369	50 126	1	50 127	28 716
431	160	86	128	805	52 279	-	52 279	30 187
-	140	1	-	141	45 883	-	45 883	24 812
35 600	5 417	3 756	1 319	46 092	1 798 641	31 566	1 830 207	1 051 673
36 809	4 716	4 905	1 837	48 267	1 853 944	36 861	1 890 805	1 157 496
34 551	5 160	4 255	1 411	45 377	1 867 366	47 966	1 915 332	1 344 602
37 782	5 919	4 088	3 884	51 673	1 985 207	43 102	2 028 309	1 488 432
22 124	3 553	47 729	57	73 463	1 047 729	968	1 048 697	998 002
18 014	2 897	52 774	29	73 714	1 131 382	2 697	1 134 079	1 115 630
16 829	2 983	63 484	274	83 570	1 168 753	3 237	1 171 990	1 147 012
10 220	1 805	49 514	68	61 607	1 285 900	1 742	1 287 642	1 271 165
222 997	25 940	58 407	6 888	314 232	5 444 280	49 976	5 494 256	3 812 400
192 958	21 925	64 887	7 502	287 272	5 615 510	56 163	5 671 673	4 122 381
184 298	23 046	74 555	12 917	294 816	5 727 755	69 128	5 796 883	4 500 192
193 717	23 724	61 555	14 486	293 482	6 165 039	64 064	6 229 103	4 969 481

Gebietskörperschaft Größenklassen mit ... bis unter ... Einwohnern	Rechnungs- jahr	Schleswig- Holstein	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen
Kreisfreie Städte	1966	66 404	143 129	570 007
	1967	68 369	144 838	614 755
	1968	71 284	158 091	646 783
	1969	77 754	169 635	696 850
Kreisangehörige Gemeinden				
weniger als 3 000	1966	5 537	4 176	4 604
	1967	6 206	4 587	4 679
	1968	6 075	5 133	6 409
	1969	6 430	7 231	4 820
3 000 - 10 000	1966	7 184	7 939	14 551
	1967	7 434	8 415	14 249
	1968	8 007	9 538	15 190
	1969	9 202	11 627	15 758
10 000 und mehr	1966	17 104	27 778	70 408
	1967	18 980	29 455	73 424
	1968	19 817	29 506	79 782
	1969	21 802	33 730	105 437
zusammen	1966	29 825	39 893	89 563
	1967	32 620	42 457	92 352
	1968	33 899	44 177	101 381
	1969	37 434	52 588	126 015
Ämter	1966	2 010	-	20 433
	1967	1 819	-	21 166
	1968	1 861	-	21 718
	1969	1 794	-	15 713
Landkreise	1966	61 843	171 214	304 699
	1967	65 277	182 672	343 133
	1968	69 418	197 188	361 465
	1969	79 708	224 987	401 385
Bezirksverbände	1966	-	-	502 376
	1967	-	-	545 581
	1968	-	-	567 841
	1969	-	-	613 756
Gemeinden (Gv.) insgesamt	1966	160 082	354 236	1 487 078
	1967	168 085	369 967	1 616 987
	1968	176 462	399 456	1 699 188
	1969	196 690	447 210	1 853 719

für die soziale Sicherung insgesamt

und Ländern

DM

Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet
160 069	70 354	144 721	209 511	9 136	1 373 331
166 565	73 366	151 185	209 921	8 985	1 437 984
175 342	78 400	200 958	219 484	11 550	1 561 892
193 074	89 305	220 319	241 562	11 157	1 699 656
7 343	7 866	23 796	8 438	1 252	63 012
7 158	8 589	25 955	10 206	1 759	69 139
8 689	8 296	30 592	11 311	1 736	78 241
9 243	8 532	33 212	12 724	2 123	84 315
10 152	6 321	22 896	12 155	2 244	83 442
13 117	6 201	22 981	12 560	2 119	87 076
12 621	7 123	25 899	13 499	2 492	94 369
15 344	6 897	30 128	15 341	3 154	107 451
17 927	6 271	62 141	8 184	5 458	215 271
19 100	6 909	64 327	8 678	5 467	226 340
20 909	8 296	69 267	8 807	7 505	243 889
24 096	9 889	79 465	9 970	9 261	293 650
35 422	20 458	108 833	28 777	8 954	361 725
39 375	21 699	113 263	31 444	9 345	382 555
42 219	23 715	125 758	33 617	11 733	416 499
48 683	25 318	142 805	38 035	14 538	485 416
-	3 422	-	-	1 804	27 669
-	3 559	-	-	2 172	28 716
-	4 105	-	-	2 503	30 187
-	4 479	-	-	2 826	24 812
114 138	79 163	166 456	128 259	25 901	1 051 673
124 934	81 213	186 523	140 175	33 569	1 157 496
129 516	89 216	305 252	150 133	42 414	1 344 602
146 954	102 110	333 726	163 055	36 507	1 488 432
139 202	58	196 978	159 388	-	998 002
156 804	41	233 431	179 773	-	1 115 630
162 267	36	228 674	188 194	-	1 147 012
179 524	43	269 989	207 853	-	1 271 165
448 831	173 455	616 988	525 935	45 795	3 812 400
487 678	179 878	684 402	561 313	54 071	4 122 381
509 344	195 472	860 642	591 428	68 200	4 500 192
568 235	221 255	966 839	650 505	65 028	4 969 481

D. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen
nach Art der Ausgaben und Gebietskörper

1. Ins

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben der	
	Personal- ausgaben	Unterhal- tung und Instandset- zung von un- beweglichem Vermögen	Zuweisungen an Zweck- verbände usw.	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen	Neuan- schaffung von beweglichem Vermögen
Bund	3 577	18	41 143	67 455	112 193	1	-
ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
Länder							
Schleswig-Holstein	17 132	1 108	5 016	165 687	188 943	6 481	554
Staat	2 501	-	1 661	41 551	45 713	-	27
Gemeinden (Gv.)	14 631	1 108	3 355	124 136	143 230	6 481	527
Niedersachsen	27 077	3 201	20 980	449 726	500 984	11 719	1 579
Staat	5 659	387	14 055	119 258	139 359	2 314	22
Gemeinden (Gv.)	21 418	2 814	6 925	330 468	361 625	9 405	1 557
Nordrhein-Westfalen	55 795	7 777	50 786	1 208 668	1 323 026	23 342	3 391
Staat	4 849	457	12 717	29 780	47 803	344	36
Gemeinden (Gv.)	50 946	7 320	38 069	1 178 888	1 275 223	22 998	3 355
Hessen	12 955	2 078	10 557	373 521	399 111	9 032	1 213
Staat	120	-	217	17 585	17 922	-	-
Gemeinden (Gv.)	12 835	2 078	10 340	355 936	381 189	9 032	1 213
Rheinland-Pfalz	5 184	370	21 363	183 361	210 278	1 676	280
Staat	1 924	-	14 905	67 202	84 031	199	171
Gemeinden (Gv.)	3 260	370	6 458	116 159	126 247	1 477	109
Baden-Württemberg	28 663	2 758	37 630	496 833	565 884	16 188	1 911
Staat	1 212	374	20 479	8 760	30 825	-	-
Gemeinden (Gv.)	27 451	2 384	17 151	488 073	535 059	16 188	1 911
Bayern	29 123	3 203	25 760	477 480	535 566	12 804	1 483
Staat	49	405	12 186	54 428	67 068	-	70
Gemeinden (Gv.)	29 074	2 798	13 574	423 052	468 498	12 804	1 413
Saarland	1 092	122	19 953	47 354	68 521	1 257	8
Staat	207	72	18 672	8 097	27 048	-	-
Gemeinden (Gv.)	885	50	1 281	39 257	41 473	1 257	8
Länder zusammen	177 021	20 617	192 045	3 402 630	3 792 313	82 499	10 419
Staat	16 521	1 695	94 892	346 661	459 769	2 857	326
Gemeinden (Gv.)	160 500	18 922	97 153	3 055 969	3 332 544	79 642	10 093
Stadtstaaten	49 284	6 111	12 211	522 115	589 721	7 770	1 585
Hamburg	30 250	3 266	4 516	157 909	195 941	5 500	652
Bremen	3 033	147	1 656	64 053	68 889	1 205	180
Berlin (West)	16 001	2 698	6 039	300 153	324 891	1 065	753
Insgesamt ...	229 882	26 746	245 399	3 992 200	4 494 227	90 270	12 004
dagegen: 1968 ...	210 531	25 417	339 644	3 661 322	4 236 914	100 475	14 399
1967 ...	200 568	22 886	329 063	3 577 523	4 130 040	111 028	11 025
1966 ...	196 293	22 826	354 188	3 304 374	3 877 681	117 050	11 783

und Förderung der freien wohlfahrtspflege
schaften im Rechnungsjahr 1969

gesamt

DM

Vermögensbewegung			Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körper- schaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
Gewährung von Darlehen	Ubrige	zusammen				Netto- ausgaben	dagegen		
							1968	1967	1966
37 602	-	37 603	149 796	413 238	563 034	515 667	606 959	678 583	714 425
-	-	-	-	1 284	1 284	1 270	4 142	737	-
1 561	2	8 598	197 541	41 712	239 253	190 953	172 722	162 644	146 972
1 406	-	1 433	47 146	25 289	72 435	66 286	61 213	55 915	47 472
155	2	7 165	150 395	16 423	166 818	124 667	111 509	106 729	99 500
13 785	204	27 287	528 271	113 842	642 113	454 408	419 070	382 101	341 193
12 446	-	14 782	154 141	95 084	249 225	190 942	179 741	165 784	142 143
1 339	204	12 505	374 130	18 758	392 888	263 466	239 329	216 317	199 050
33 650	4 436	64 819	1 387 845	18 356	1 406 201	1 245 356	1 181 035	1 150 167	1 026 628
8 602	-	8 982	56 785	18 356	75 141	69 870	70 064	75 144	40 719
25 048	4 436	55 837	1 331 060	-	1 331 060	1 175 486	1 110 971	1 075 023	965 909
10 403	247	20 895	420 006	13 235	433 241	379 265	353 373	348 986	321 280
-	-	-	17 922	13 220	31 142	29 684	40 250	41 784	40 237
10 403	247	20 895	402 084	15	402 099	349 581	313 123	307 202	281 043
1 432	393	3 781	214 059	43 889	257 948	195 897	173 160	162 793	157 577
1 418	-	1 788	85 819	23 107	108 926	70 023	59 823	59 844	59 373
14	393	1 993	128 240	20 782	149 022	125 874	113 337	102 949	98 204
5 693	1 099	24 891	590 775	18 244	609 019	511 796	446 744	432 302	396 225
-	-	-	30 825	16 839	47 664	44 764	35 467	32 855	42 787
5 693	1 099	24 891	559 950	1 405	561 355	467 032	411 277	399 447	353 438
11 870	452	26 609	562 175	28 225	590 400	511 095	462 893	435 991	410 003
10 281	-	10 351	77 419	27 927	105 346	83 252	74 439	67 548	65 216
1 589	452	16 258	484 756	298	485 054	427 843	388 454	368 443	344 787
721	-	1 986	70 507	12 212	82 719	71 172	70 517	60 270	54 876
721	-	721	27 769	9 071	36 840	32 172	24 686	26 436	27 745
-	-	1 265	42 738	3 141	45 879	39 000	45 831	33 834	27 131
79 115	6 833	178 866	3 971 179	289 715	4 260 894	3 559 942	3 279 514	3 135 254	2 854 754
34 874	-	38 057	497 826	228 893	726 719	586 993	545 683	525 310	465 692
44 241	6 833	140 809	3 473 353	60 822	3 534 175	2 972 949	2 733 831	2 609 944	2 389 062
2 636	885	12 876	602 597	1 770	604 367	559 268	517 923	498 038	462 229
1 925	837	8 914	204 855	390	205 245	192 020	185 509	182 589	160 935
284	22	1 691	70 580	57	70 637	64 904	57 995	56 316	49 250
427	26	2 271	327 162	1 323	328 485	302 344	274 419	259 133	252 044
119 353	7 718	229 345	4 723 572	.	4 728 603	4 636 147	4 408 538	4 312 612	4 031 408
126 944	7 093	248 911	4 485 825	.	4 485 825				
134 104	3 201	259 358	4 389 398	.	4 389 398				
125 175	2 743	256 751	4 134 432	.	4 134 432				

D. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen
nach Art der Ausgaben und Gebietskörper

2. Sozial

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben			Ausgaben der Vermögensbewegung		
	Zuweisungen an Zweckverbände usw.	Übrige	zusammen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen
Bund	-	67 053	67 053	28 602	-	28 602
Länder						
Schleswig-Holstein	856	154 516	155 372	1 408	-	1 408
Staat	323	40 696	41 019	1 406	-	1 406
Gemeinden (Gv.)	533	113 820	114 353	2	-	2
Niedersachsen	216	430 223	430 439	12 562	-	12 562
Staat	216	115 895	116 111	12 446	-	12 446
Gemeinden (Gv.)	-	314 328	314 328	116	-	116
Nordrhein-Westfalen	4 760	1 164 712	1 169 472	19 715	-	19 715
Staat	4 754	26 935	31 689	5 532	-	5 532
Gemeinden (Gv.)	6	1 137 777	1 137 783	14 183	-	14 183
Hessen	809	343 925	344 734	10 010	-	10 010
Staat	217	1 040	1 257	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	592	342 885	343 477	10 010	-	10 010
Rheinland-Pfalz	84	179 018	179 102	1 431	-	1 431
Staat	84	65 764	65 848	1 418	-	1 418
Gemeinden (Gv.)	-	113 254	113 254	13	-	13
Baden-Württemberg	9 190	467 889	477 079	3 462	-	3 462
Staat	8 317	2 292	10 609	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	873	465 597	466 470	3 462	-	3 462
Bayern	390	450 904	451 294	6 493	-	6 493
Staat	387	51 535	51 922	5 498	-	5 498
Gemeinden (Gv.)	3	399 369	399 372	995	-	995
Saarland	16 550	46 608	63 158	721	-	721
Staat	16 485	7 958	24 443	721	-	721
Gemeinden (Gv.)	65	38 650	38 715	-	-	-
Länder zusammen	32 855	3 237 795	3 270 650	55 802	-	55 802
Staat	30 783	312 115	342 898	27 021	-	27 021
Gemeinden (Gv.)	2 072	2 925 680	2 927 752	28 781	-	28 781
Stadtstaaten	71	485 805	485 876	2 336	-	2 336
Hamburg	-	141 275	141 275	1 925	-	1 925
Bremen	-	61 745	61 745	284	-	284
Berlin (West)	71	282 785	282 856	127	-	127
Insgesamt ...	32 926	3 790 653	3 823 579	86 740	-	86 740
dagegen: 1968 ...	118 020	3 482 439	3 600 459	88 516	-	88 516
1967 ...	103 404	3 406 823	3 510 227	96 634	-	96 634
1966 ...	120 615	3 132 937	3 253 552	89 031	-	89 031

und Förderung der freien Wohlfahrtspflege
schaften im Rechnungsjahr 1969

hilfe

DM

Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
			Netto- ausgaben	dagegen		
				1968	1967	1966
95 655	402 545	498 200	450 833	513 480	564 463	592 088
156 780	41 294	198 074	151 690	137 598	127 659	113 504
42 425	24 964	67 389	61 551	56 201	49 577	42 426
114 355	16 330	130 685	90 139	81 397	78 082	71 078
443 001	113 239	556 240	372 552	341 367	311 244	274 595
128 557	94 516	223 073	165 711	156 097	143 750	122 139
314 444	18 723	333 167	206 841	185 270	167 494	152 456
1 189 187	13 233	1 202 420	1 062 395	996 421	979 716	831 534
37 221	13 233	50 454	46 303	47 048	56 834	14 430
1 151 966	-	1 151 966	1 016 092	949 373	922 882	817 104
354 744	5 694	360 438	312 437	286 301	272 038	251 488
1 257	5 680	6 937	5 781	7 425	7 124	7 660
353 487	14	353 501	306 656	278 876	264 914	243 828
180 533	43 301	223 835	162 434	147 436	138 324	130 789
67 266	22 528	89 794	50 892	46 383	45 876	43 192
113 267	20 773	134 040	111 542	101 053	92 448	87 597
480 541	18 012	498 553	404 376	343 005	332 991	287 435
10 609	16 607	27 216	24 316	9 081	4 531	5 579
469 932	1 405	471 337	380 060	333 924	328 460	281 856
457 787	22 708	480 495	404 642	364 182	334 151	311 689
57 420	22 410	79 830	57 912	48 146	39 841	38 738
400 367	298	400 665	346 730	316 036	294 310	272 951
63 879	12 212	76 091	64 645	63 938	54 698	48 836
25 164	9 071	34 235	29 581	22 069	23 187	24 054
38 715	3 141	41 856	35 064	41 869	31 511	24 782
3 326 452	269 693	3 596 145	2 935 170	2 680 248	2 550 821	2 249 870
369 919	209 009	578 928	442 047	392 450	370 720	298 218
2 956 533	60 684	3 017 217	2 493 123	2 287 798	2 180 101	1 951 652
488 212	1 770	489 982	445 104	406 740	395 409	364 316
143 200	390	143 590	130 450	120 785	123 490	106 196
62 029	57	62 086	56 489	51 926	49 381	42 394
282 983	1 323	284 306	258 165	234 029	222 538	215 726
3 910 319	.	3 910 319	3 831 107	3 600 468	3 510 693	3 206 274
3 688 975	.	3 688 975				
3 606 861	.	3 606 861				
3 342 583	.	3 342 583				

D. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen
nach Art der Ausgaben und Gebietskörper

3. Einrichtungen

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben der	
	Personal- ausgaben	Unterhal- tung und Instandset- zung von un- beweglichem Vermögen	Zuweisungen an Zweck- verbände usw.	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen	Neuan- schaffung von beweglichem Vermögen
Bund	3 577	18	100	402	4 097	1	-
ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
Länder							
Schleswig-Holstein	17 132	1 108	1 714	10 971	30 925	6 361	554
Staat	2 501	-	755	855	4 111	-	27
Gemeinden (Gv.)	14 631	1 108	959	10 116	26 814	6 361	527
Niedersachsen	27 077	3 201	17 657	19 503	67 438	11 719	1 579
Staat	5 659	387	13 456	3 363	22 865	2 314	22
Gemeinden (Gv.)	21 418	2 814	4 201	16 140	44 573	9 405	1 557
Nordrhein-Westfalen	55 795	7 777	13 981	43 724	121 277	23 148	3 382
Staat	4 849	457	302	2 845	8 453	344	36
Gemeinden (Gv.)	50 946	7 320	13 679	40 879	112 824	22 804	3 346
Hessen	12 955	2 078	2 887	27 657	45 577	9 004	1 213
Staat	120	-	-	14 832	14 952	-	-
Gemeinden (Gv.)	12 835	2 078	2 887	12 825	30 625	9 004	1 213
Rheinland-Pfalz	5 184	370	17 741	4 252	27 547	1 676	280
Staat	1 924	-	13 941	1 416	17 281	199	171
Gemeinden (Gv.)	3 260	370	3 800	2 836	10 266	1 477	109
Baden-Württemberg	28 663	2 758	15 431	28 313	75 165	16 188	1 911
Staat	1 212	374	8 479	6 468	16 533	-	-
Gemeinden (Gv.)	27 451	2 384	6 952	21 845	58 632	16 188	1 911
Bayern	29 123	3 203	12 935	26 309	71 570	12 804	1 483
Staat	49	405	11 227	2 893	14 574	-	70
Gemeinden (Gv.)	29 074	2 798	1 708	23 416	56 996	12 804	1 413
Saarland	1 092	122	1 864	634	3 712	1 257	8
Staat	207	72	1 479	139	1 897	-	-
Gemeinden (Gv.)	885	50	385	495	1 815	1 257	8
Länder zusammen	177 021	20 617	84 210	161 363	443 211	82 157	10 410
Staat	16 521	1 695	49 639	32 811	100 666	2 857	326
Gemeinden (Gv.)	160 500	18 922	34 571	128 552	342 545	79 300	10 084
Stadtstaaten	49 284	6 111	5 198	36 135	96 728	7 770	1 585
Hamburg	30 250	3 266	3 355	16 632	53 503	5 500	652
Bremen	3 033	147	88	2 135	5 403	1 205	180
Berlin (West)	16 001	2 698	1 755	17 368	37 822	1 065	753
Insgesamt ...	229 882	26 746	89 508	197 900	544 036	89 928	11 995
dagegen: 1968 ...	210 528	25 417	104 414	174 654	515 013	100 402	14 399
1967 ...	200 568	22 886	103 500	167 259	494 213	110 549	11 024
1966 ...	196 293	22 824	110 543	168 064	497 724	117 034	11 783

und Förderung der freien Wohlfahrtspflege
schaften im Rechnungsjahr 1969

der Sozialhilfe

DM

Vermögensbewegung			Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körper- schaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
Gewährung von Darlehen	Ubrige	zusammen				Netto- ausgaben	dagegen		
							1968	1967	1966
-	-	1	4 098	6 673	10 771	10 771	34 892	52 658	69 937
-	-	-	-	1 284	1 284	1 270	4 142	737	-
153	2	7 070	37 995	418	38 413	36 497	32 631	32 688	31 402
-	-	27	4 138	325	4 463	4 152	4 392	5 857	4 493
153	2	7 043	33 857	93	33 950	32 345	28 239	26 831	26 909
1 214	204	14 716	82 154	603	82 757	78 782	74 597	67 873	62 801
-	-	2 336	25 201	568	25 769	24 848	23 249	21 549	19 354
1 214	204	12 380	56 953	35	56 988	53 934	51 348	46 324	43 447
10 715	4 436	41 681	162 958	5 123	168 081	149 832	156 731	141 181	157 723
3 070	-	3 450	11 903	5 123	17 026	15 906	16 409	12 064	16 068
7 645	4 436	38 231	151 055	-	151 055	133 926	140 322	129 117	141 655
392	247	10 856	56 433	7 541	63 974	57 939	57 361	67 532	60 670
-	-	-	14 952	7 540	22 492	22 190	29 561	31 321	29 014
392	247	10 856	41 481	1	41 482	35 749	27 800	36 211	31 656
1	393	2 350	29 897	588	30 485	29 925	22 207	21 488	23 502
-	-	370	17 651	579	18 230	18 229	12 590	13 041	14 903
1	393	1 980	12 246	9	12 255	11 696	9 617	8 447	8 599
1 403	1 099	20 601	95 766	232	95 998	92 909	89 703	86 435	96 959
-	-	-	16 533	232	16 765	16 765	23 299	25 271	34 280
1 403	1 099	20 601	79 233	-	79 233	76 144	66 404	61 164	62 679
5 348	402	20 037	91 607	5 517	97 124	93 750	87 109	89 797	88 159
4 783	-	4 853	19 427	5 517	24 944	24 768	25 762	27 176	25 848
565	402	15 184	72 180	-	72 180	68 982	61 347	62 621	62 311
-	-	1 265	4 977	-	4 977	4 878	4 927	2 223	2 025
-	-	-	1 897	-	1 897	1 883	1 819	674	595
-	-	1 265	3 080	-	3 080	2 995	3 108	1 549	1 430
19 226	6 783	118 576	561 787	20 022	581 809	544 512	525 266	509 217	523 241
7 853	-	11 036	111 702	19 884	131 586	128 741	137 081	136 953	144 555
11 373	6 783	107 540	450 085	138	450 223	415 771	388 185	372 264	378 686
300	885	10 540	107 268	-	107 268	107 048	105 573	95 989	91 594
-	837	6 989	60 492	-	60 492	60 407	63 688	58 165	53 834
-	22	1 407	6 810	-	6 810	6 675	5 357	5 174	5 298
300	26	2 144	39 966	-	39 966	39 966	36 528	32 650	32 462
19 526	7 668	129 117	673 153	.	673 153	663 601	669 873	658 601	684 772
19 434	7 043	141 278	656 291	.	656 291				
19 476	3 065	144 114	638 327	.	638 327				
23 430	2 743	154 990	652 714	.	652 714				

D. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen
nach Art der Ausgaben und Gebietskörper

4. Förderung der

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben			Ausgaben der Vermögensbewegung		
	Zuweisungen an Zweckverbände usw.	Ubrige	zusammen	Gewährung von Darlehen	Ubrige	zusammen
Bund	41 043	-	41 043	9 000	-	9 000
Länder						
Schleswig-Holstein	2 446	200	2 646	-	120	120
Staat	583	-	583	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	1 863	200	2 063	-	120	120
Niedersachsen	3 107	-	3 107	9	-	9
Staat	383	-	383	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	2 724	-	2 724	9	-	9
Nordrhein-Westfalen	32 045	232	32 277	3 220	203	3 423
Staat	7 661	-	7 661	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	24 384	232	24 616	3 220	203	3 423
Hessen	6 861	1 939	8 800	1	28	29
Staat	-	1 713	1 713	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	6 861	226	7 087	1	28	29
Rheinland-Pfalz	3 538	91	3 629	-	-	-
Staat	880	22	902	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	2 658	69	2 727	-	-	-
Baden-Württemberg	13 009	631	13 640	828	-	828
Staat	3 683	-	3 683	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	9 326	631	9 957	828	-	828
Bayern	12 435	267	12 702	29	50	79
Staat	572	-	572	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	11 863	267	12 130	29	50	79
Saarland	1 539	112	1 651	-	-	-
Staat	708	-	708	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	831	112	943	-	-	-
Länder zusammen	74 980	3 472	78 452	4 087	401	4 488
Staat	14 470	1 735	16 205	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	60 510	1 737	62 247	4 087	401	4 488
Stadtstaaten	6 942	175	7 117	-	-	-
Hamburg	1 161	2	1 163	-	-	-
Bremen	1 568	173	1 741	-	-	-
Berlin (West)	4 213	-	4 213	-	-	-
Insgesamt ...	122 965	3 647	126 612	13 087	401	13 488
dagegen: 1968 ...	117 210	4 232	121 442	18 994	123	19 117
1967 ...	122 159	3 441	125 600	17 994	616	18 610
1966 ...	123 030	3 375	126 405	12 714	16	12 730

und Förderung der freien Wohlfahrtspflege
schaften im Rechnungsjahr 1969

freien Wohlfahrtspflege

DM

Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
			Netto- ausgaben	dagegen		
				1968	1967	1966
50 043	4 020	54 063	54 063	58 587	61 462	52 400
2 766	-	2 766	2 766	2 493	2 297	2 066
583	-	583	583	620	481	553
2 183	-	2 183	2 183	1 873	1 816	1 513
3 116	-	3 116	3 074	3 106	2 984	3 797
383	-	383	383	395	485	650
2 733	-	2 733	2 691	2 711	2 499	3 147
35 700	-	35 700	33 129	27 883	29 270	37 371
7 661	-	7 661	7 661	6 607	6 246	10 221
28 039	-	28 039	25 468	21 276	23 024	27 150
8 829	-	8 829	8 889	9 711	9 416	9 122
1 713	-	1 713	1 713	3 264	3 339	3 563
7 116	-	7 116	7 176	6 447	6 077	5 559
3 629	-	3 629	3 538	3 517	2 981	3 286
902	-	902	902	850	927	1 278
2 727	-	2 727	2 636	2 667	2 054	2 008
14 468	-	14 468	14 511	14 036	12 876	11 831
3 683	-	3 683	3 683	3 087	3 053	2 928
10 785	-	10 785	10 828	10 949	9 823	8 903
12 781	-	12 781	12 703	11 602	12 043	10 155
572	-	572	572	531	531	630
12 209	-	12 209	12 131	11 071	11 512	9 525
1 651	-	1 651	1 649	1 652	3 349	4 015
708	-	708	708	798	2 575	3 096
943	-	943	941	854	774	919
82 940	-	82 940	80 260	74 000	75 216	81 643
16 205	-	16 205	16 205	16 152	17 637	22 919
66 735	-	66 735	64 055	57 848	57 579	58 724
7 117	-	7 117	7 116	5 610	6 640	6 319
1 163	-	1 163	1 163	1 036	934	905
1 741	-	1 741	1 740	712	1 761	1 558
4 213	-	4 213	4 213	3 862	3 945	3 856
140 100	.	140 100	141 439	138 197	143 318	140 362
140 559	.	140 559				
144 210	.	144 210				
139 135	.	139 135				

E. Ausgaben für Jugendhilfe einschl. Einrichtungen
nach Art der Ausgaben und Gebietskörper

1. Ins

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben der	
	Personal- ausgaben	Unterhal- tung und Instandset- zung von un- beweglichem Vermögen	Zuweisungen an Zweck- verbände usw.	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen	Neuan- schaffung von beweglichem Vermögen
Bund	88	-	71 961	5 568	77 617	-	-
ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
Länder							
Schleswig-Holstein	12 700	1 040	15 644	22 473	51 857	3 543	480
Staat	2 971	-	10 177	1 781	14 929	616	76
Gemeinden (Gv.)	9 729	1 040	5 467	20 692	36 928	2 927	404
Niedersachsen	20 420	2 278	25 162	73 507	121 367	5 350	922
Staat	2 422	43	8 635	32 092	43 192	19	-
Gemeinden (Gv.)	17 998	2 235	16 527	41 415	78 175	5 331	922
Nordrhein-Westfalen	59 037	7 565	153 769	251 966	472 337	18 959	2 642
Staat	-	-	7 161	258	7 419	-	-
Gemeinden (Gv.)	59 037	7 565	146 608	251 708	464 918	18 959	2 642
Hessen	35 505	3 645	13 613	87 876	140 639	9 162	1 422
Staat	623	53	-	10 980	11 656	8	16
Gemeinden (Gv.)	34 882	3 592	13 613	76 896	128 983	9 154	1 406
Rheinland-Pfalz	7 051	706	27 043	34 066	68 866	3 122	262
Staat	403	-	15 038	10 793	26 234	96	-
Gemeinden (Gv.)	6 648	706	12 005	23 273	42 632	3 026	262
Baden-Württemberg	35 691	3 036	77 485	112 567	228 779	16 087	1 208
Staat	597	19	49 087	2 975	52 678	2 481	35
Gemeinden (Gv.)	35 094	3 017	28 398	109 592	176 101	13 606	1 173
Bayern	28 759	2 281	38 090	72 505	141 635	4 212	762
Staat	621	28	21 240	477	22 366	216	12
Gemeinden (Gv.)	28 138	2 253	16 850	72 028	119 269	3 996	750
Saarland	1 686	95	7 881	8 690	18 352	161	28
Staat	797	30	5 449	405	6 681	36	-
Gemeinden (Gv.)	889	65	2 432	8 285	11 671	125	28
Länder zusammen	200 849	20 646	358 687	663 650	1 243 832	60 596	7 726
Staat	8 434	173	116 787	59 761	185 155	3 472	139
Gemeinden (Gv.)	192 415	20 473	241 900	603 889	1 058 677	57 124	7 587
Stadtstaaten	129 975	5 616	14 378	167 109	317 078	19 572	1 947
Hamburg	53 087	2 364	4 985	45 591	106 027	1 669	1 470
Bremen	10 260	358	1 647	21 254	33 519	2 130	298
Berlin (West)	66 628	2 894	7 746	100 264	177 532	15 773	179
Insgesamt ...	330 912	26 262	445 026	836 327	1 638 527	80 168	9 673
dagegen: 1968 ...	287 519	23 329	419 009	727 914	1 457 771	68 564	9 357
1967 ...	271 368	22 065	386 336	681 825	1 361 594	70 435	10 597
1966 ...	249 852	21 137	391 926	588 535	1 251 450	92 041	11 408

und Förderung der freien Jugendhilfe
schaften im Rechnungsjahr 1969

gesamt

DM

Vermögensbewegung			Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körper- schaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
Gewährung von Darlehen	Ubrige	zusammen				Netto- ausgaben	dagegen		
							1968	1967	1966
-	-	-	77 617	11 829	89 446	89 402	98 011	95 886	89 794
-	-	-	-	1 503	1 503	1 503	827	485	-
11	329	4 363	56 220	2 866	59 086	53 243	46 997	46 585	41 995
-	-	692	15 621	2 848	18 469	15 821	13 447	15 180	12 153
11	329	3 671	40 599	18	40 617	37 422	33 550	31 405	29 842
4	328	6 604	127 971	1 632	129 603	124 903	111 011	110 706	106 330
-	-	19	43 211	1 566	44 777	43 148	38 252	36 892	32 926
4	328	6 585	84 760	66	84 826	81 755	72 759	73 814	73 404
8 515	503	30 619	502 956	82 159	585 115	502 171	426 573	400 468	388 760
-	-	-	7 419	82 159	89 578	85 381	83 548	84 897	99 546
8-515	503	30 619	495 537	-	495 537	416 790	343 025	315 571	289 214
9	938	11 531	152 170	22 022	174 192	160 620	139 900	136 877	124 892
-	-	24	11 680	22 007	33 687	31 515	23 950	31 020	28 360
9	938	11 507	140 490	15	140 505	129 105	115 950	105 857	96 532
185	-	3 569	72 435	3 769	76 204	70 046	61 339	58 592	62 761
-	-	96	26 330	1 087	27 417	24 018	22 788	22 551	27 911
185	-	3 473	46 105	2 682	48 787	46 028	38 551	36 041	34 850
518	432	18 245	247 024	2 990	250 014	236 890	209 764	197 030	192 139
-	-	2 516	55 194	2 990	58 184	54 746	48 174	41 402	49 528
518	432	15 729	191 830	-	191 830	182 144	161 590	155 628	142 611
1 762	261	6 997	148 632	6 739	155 371	144 909	129 842	123 518	122 439
1 547	-	1 775	24 141	6 738	30 879	28 612	23 776	23 089	21 833
215	261	5 222	124 491	1	124 492	116 297	106 066	100 429	100 606
-	1	190	18 542	462	19 004	17 691	15 296	14 990	16 108
-	-	36	6 717	462	7 179	6 517	6 111	7 384	8 635
-	1	154	11 825	-	11 825	11 174	9 185	7 606	7 473
11 004	2 792	82 118	1 325 950	122 639	1 448 589	1 310 473	1 140 722	1 088 766	1 055 424
1 547	-	5 158	190 313	119 857	310 170	289 758	260 046	262 415	280 892
9 457	2 792	76 960	1 135 637	2 782	1 138 419	1 020 715	880 676	826 351	774 532
-	1 705	23 224	340 302	913	341 215	337 611	300 748	282 897	255 954
-	898	4 037	110 064	300	110 364	109 200	95 919	92 431	82 790
-	45	2 473	35 992	76	36 068	35 521	31 215	30 269	26 467
-	762	16 714	194 246	537	194 783	192 890	173 614	160 197	146 697
11 004	4 497	105 342	1 743 869	.	1 743 869	1 738 989	1 540 308	1 468 034	1 401 172
30 334	5 269	113 524	1 571 295	.	1 571 295				
4 070	4 381	89 483	1 451 077	.	1 451 077				
19 775	2 303	125 527	1 376 977	.	1 376 977				

E. Ausgaben für Jugendhilfe einschl. Einrichtungen
nach Art der Ausgaben und Gebietskörper

2. Jugend

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben			Ausgaben der Vermögensbewegung		
	Zuweisungen an Zweckverbände usw.	Übrige	zusammen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen
Bund	-	-	-	-	-	-
Länder						
Schleswig-Holstein	7 165	16 466	23 631	-	-	-
Staat	6 347	685	7 032	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	818	15 781	16 599	-	-	-
Niedersachsen	1 863	62 888	64 751	4	-	4
Staat	-	30 454	30 454	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	1 863	32 434	34 297	4	-	4
Nordrhein-Westfalen	29 688	211 598	241 286	3	-	3
Staat	1 124	-	1 124	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	28 564	211 598	240 162	3	-	3
Hessen	1 840	59 871	61 711	-	-	-
Staat	-	1 597	1 597	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	1 840	58 274	60 114	-	-	-
Rheinland-Pfalz	2 273	30 621	32 894	-	-	-
Staat	1 088	10 483	11 571	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	1 185	20 138	21 323	-	-	-
Baden-Württemberg	4 237	95 765	100 002	-	-	-
Staat	3 747	650	4 397	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	490	95 115	95 605	-	-	-
Bayern	904	60 371	61 275	-	-	-
Staat	876	206	1 082	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	28	60 165	60 193	-	-	-
Saarland	3 739	7 952	11 691	-	-	-
Staat	2 854	81	2 935	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	885	7 871	8 756	-	-	-
Länder zusammen	51 709	545 532	597 241	7	-	7
Staat	16 036	44 156	60 192	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	35 673	501 376	537 049	7	-	7
Stadtstaaten	622	113 470	114 092	-	-	-
Hamburg	-	25 212	25 212	-	-	-
Bremen	121	6 697	6 818	-	-	-
Berlin (West)	501	81 561	82 062	-	-	-
Insgesamt ...	52 331	659 002	711 333	7	-	7
dagegen: 1968 ...	55 624	590 700	646 324	282	-	282
1967 ...	41 341	540 403	581 744	5	16	21
1966 ...	41 747	465 295	507 042	-	-	-

und Förderung der freien Jugendhilfe
schaften im Rechnungsjahr 1969

hilfe

DM

Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
			Netto- ausgaben	dagegen		
				1968	1967	1966
-	-	-	-	7 008	6 398	3 802
23 631	542	24 173	23 610	20 865	20 011	16 952
7 032	541	7 573	7 552	6 201	6 077	4 971
16 599	1	16 600	16 058	14 664	13 934	11 981
64 755	63	64 818	60 924	52 857	49 949	44 398
30 454	-	30 454	30 430	25 652	24 000	21 062
34 301	63	34 364	30 494	27 205	25 949	23 336
241 289	13 791	255 080	236 539	206 044	178 422	157 765
1 124	13 791	14 915	14 915	10 987	10 096	15 783
240 165	-	240 165	221 624	195 057	168 326	141 982
61 711	2 461	64 172	58 438	56 358	51 733	39 116
1 597	2 456	4 053	4 053	6 873	6 805	6 038
60 114	5	60 119	54 385	49 485	44 928	33 078
32 894	2 752	35 646	31 171	27 900	25 911	23 440
11 571	73	11 644	9 415	9 027	9 206	8 309
21 323	2 679	24 002	21 756	18 873	16 705	15 131
100 002	61	100 063	91 012	80 529	80 795	67 315
4 397	61	4 458	4 458	4 407	3 541	3 497
95 605	-	95 605	86 554	76 122	77 254	63 818
61 275	5 549	66 824	59 306	54 954	51 910	46 794
1 082	5 548	6 630	6 630	6 581	6 297	2 807
60 193	1	60 194	52 676	48 373	45 613	43 987
11 691	412	12 103	11 383	9 811	8 771	8 940
2 935	412	3 347	3 292	3 184	3 648	4 164
8 756	-	8 756	8 091	6 627	5 123	4 776
597 248	25 631	622 879	572 383	509 318	467 502	404 720
60 192	22 882	83 074	80 745	72 912	69 670	66 631
537 056	2 749	539 805	491 638	436 406	397 832	338 089
114 092	912	115 004	112 023	97 304	89 437	79 715
25 212	300	25 512	24 583	21 029	17 889	15 710
6 818	75	6 893	6 733	6 062	5 513	5 392
82 062	537	82 599	80 707	70 213	66 035	58 613
711 340	.	711 340	684 406	613 630	563 337	488 237
646 606	.	646 606				
581 765	.	581 765				
507 042	.	507 042				

E. Ausgaben für Jugendhilfe einschl. Einrichtungen
nach Art der Ausgaben und Gebietskörper

3. Einrichtungen

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben der	
	Personal- ausgaben	Unterhal- tung und Instandset- zung von un- beweglichem Vermögen	Zuweisungen an Zweck- verbände usw.	Ubrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen	Neuan- schaffung von beweglichem Vermögen
Bund	88	-	46 961	73	47 122	-	-
ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
Länder							
Schleswig-Holstein	12 700	1 040	5 913	5 784	25 437	3 538	476
Staat	2 971	-	3 830	1 096	7 897	616	76
Gemeinden (Gv.)	9 729	1 040	2 083	4 688	17 540	2 922	400
Niedersachsen	20 420	2 278	19 570	9 967	52 235	5 350	922
Staat	2 422	43	8 635	990	12 090	19	-
Gemeinden (Gv.)	17 998	2 235	10 935	8 977	40 145	5 331	922
Nordrhein-Westfalen	59 037	7 565	44 033	40 244	150 879	18 959	2 642
Staat	-	-	441	258	699	-	-
Gemeinden (Gv.)	59 037	7 565	43 592	39 986	150 180	18 959	2 642
Hessen	35 505	3 635	7 355	23 883	70 378	9 162	1 421
Staat	623	53	-	6 068	6 744	8	16
Gemeinden (Gv.)	34 882	3 582	7 355	17 815	63 634	9 154	1 405
Rheinland-Pfalz	7 027	706	21 354	3 260	32 347	3 019	261
Staat	403	-	13 866	310	14 579	96	-
Gemeinden (Gv.)	6 624	706	7 488	2 950	17 768	2 923	261
Baden-Württemberg	35 624	2 903	56 624	16 025	111 176	15 530	1 144
Staat	597	19	42 475	2 325	45 416	2 481	35
Gemeinden (Gv.)	35 027	2 884	14 149	13 700	65 760	13 049	1 109
Bayern	28 759	2 278	21 706	11 955	64 698	4 212	762
Staat	621	28	20 364	271	21 284	216	12
Gemeinden (Gv.)	28 138	2 250	1 342	11 684	43 414	3 996	750
Saarland	1 686	95	3 221	628	5 630	161	28
Staat	797	30	2 297	324	3 448	36	-
Gemeinden (Gv.)	889	65	924	304	2 182	125	28
Länder zusammen	200 758	20 500	179 776	111 746	512 780	59 931	7 656
Staat	8 434	173	91 908	11 642	112 157	3 472	139
Gemeinden (Gv.)	192 324	20 327	87 868	100 104	400 623	56 459	7 517
Stadtstaaten	129 975	5 616	7 503	52 685	195 779	19 572	1 947
Hamburg	53 087	2 364	3 963	20 379	79 793	1 669	1 470
Bremen	10 260	358	1 526	13 603	25 747	2 130	298
Berlin (West)	66 628	2 894	2 014	18 703	90 239	15 773	179
Insgesamt ...	330 821	26 116	234 240	164 504	755 681	79 503	9 603
dagegen: 1968 ...	287 421	23 171	201 186	133 425	645 203	68 012	9 352
1967 ...	271 296	21 964	201 995	139 436	634 691	70 227	10 578
1966 ...	249 771	21 066	227 145	121 215	619 197	91 460	11 393

und Förderung der freien Jugendhilfe
schaften im Rechnungsjahr 1969

der Jugendhilfe

DM

Vermögensbewegung			Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körper- schaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen				Netto- ausgaben	dagegen		
							1968	1967	1966
-	-	-	47 122	11 829	58 951	58 907	57 114	55 300	51 312
-	-	-	-	1 503	1 503	1 503	827	485	-
11	329	4 354	29 791	2 324	32 115	26 785	23 752	24 281	22 755
-	-	692	8 589	2 307	10 896	8 269	7 246	9 103	7 175
11	329	3 662	21 202	17	21 219	18 516	16 506	15 178	15 580
-	328	6 600	58 835	1 569	60 404	59 642	53 982	57 533	58 727
-	-	19	12 109	1 566	13 675	12 070	11 843	12 285	11 342
-	328	6 581	46 726	3	46 729	47 572	42 139	45 248	47 385
8 260	503	30 364	181 243	68 368	249 611	211 591	179 414	181 556	190 120
-	-	-	699	68 368	69 067	64 870	65 682	67 812	78 399
8 260	503	30 364	180 544	-	180 544	146 721	113 732	113 744	111 721
9	938	11 530	81 908	18 536	100 444	92 917	79 116	80 965	80 181
-	-	24	6 768	18 526	25 294	23 122	16 904	24 055	22 106
9	938	11 506	75 140	10	75 150	69 795	62 212	56 910	58 075
180	-	3 460	35 807	1 017	36 824	35 373	28 010	27 329	35 062
-	-	96	14 675	1 014	15 689	14 519	13 673	13 246	19 489
180	-	3 364	21 132	3	21 135	20 854	14 337	14 083	15 573
-	389	17 063	128 239	2 827	131 066	126 433	111 145	99 819	108 104
-	-	2 516	47 932	2 827	50 759	47 321	40 934	35 304	43 355
-	389	14 547	80 307	-	80 307	79 112	70 211	64 515	64 749
1 747	261	6 982	71 680	1 190	72 870	69 926	60 900	58 804	60 817
1 547	-	1 775	23 059	1 190	24 249	21 982	17 195	16 792	19 026
200	261	5 207	48 621	-	48 621	47 944	43 705	42 012	41 791
-	1	190	5 820	50	5 870	5 804	4 762	5 377	5 375
-	-	36	3 484	50	3 534	3 534	2 689	3 490	3 281
-	1	154	2 336	-	2 336	2 270	2 073	1 887	2 094
10 207	2 749	80 543	593 323	95 881	689 204	628 471	541 081	535 664	561 141
1 547	-	5 158	117 315	95 848	213 163	195 687	176 166	182 087	204 173
8 660	2 749	75 385	476 008	33	476 041	432 784	364 915	353 577	356 968
-	1 705	23 224	219 003	1	219 004	218 508	198 294	190 190	172 482
-	898	4 037	83 830	-	83 830	83 722	74 149	73 787	66 278
-	45	2 473	28 220	1	28 221	27 834	24 213	24 756	21 075
-	762	16 714	106 953	-	106 953	106 952	99 932	91 647	85 129
10 207	4 454	103 767	859 448	.	859 448	907 389	797 316	781 639	784 935
29 269	5 269	111 902	757 105	.	757 105				
3 499	4 172	88 476	723 167	.	723 167				
17 460	2 301	122 614	741 811	.	741 811				

E. Ausgaben für Jugendhilfe einschl. Einrichtungen
nach Art der Ausgaben und Gebietskörper

4. Förderung der

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben			Ausgaben der Vermögensbewegung		
	Zuweisungen an Zweckverbände usw.	übrige	zusammen	Gewährung von Darlehen	übrige	zusammen
Bund	25 000	5 495	30 495	-	-	-
Länder						
Schleswig-Holstein	2 566	223	2 789	-	9	9
Staat	-	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	2 566	223	2 789	-	9	9
Niedersachsen	3 729	652	4 381	-	-	-
Staat	-	648	648	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	3 729	4	3 733	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	80 048	124	80 172	252	-	252
Staat	5 596	-	5 596	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	74 452	124	74 576	252	-	252
Hessen	4 418	4 132	8 550	-	1	1
Staat	-	3 315	3 315	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	4 418	817	5 235	-	1	1
Rheinland-Pfalz	3 416	209	3 625	5	104	109
Staat	84	-	84	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	3 332	209	3 541	5	104	109
Baden-Württemberg	16 624	977	17 601	518	664	1 182
Staat	2 865	-	2 865	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	13 759	977	14 736	518	664	1 182
Bayern	15 480	182	15 662	15	-	15
Staat	-	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	15 480	182	15 662	15	-	15
Saarland	921	110	1 031	-	-	-
Staat	298	-	298	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	623	110	733	-	-	-
Länder zusammen	127 202	6 609	133 811	790	778	1 568
Staat	8 843	3 963	12 806	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	118 359	2 646	121 005	790	778	1 568
Stadtstaaten	6 253	954	7 207	-	-	-
Hamburg	1 022	-	1 022	-	-	-
Bremen	-	954	954	-	-	-
Berlin (West)	5 231	-	5 231	-	-	-
Insgesamt ...	158 455	13 058	171 513	790	778	1 568
dagegen: 1968 ...	162 199	4 045	166 244	783	557	1 340
1967 ...	143 000	2 159	145 159	566	420	986
1966 ...	123 034	2 177	125 211	2 315	598	2 913

und Förderung der freien Jugendhilfe
schaften im Rechnungsjahr 1969

freien Jugendhilfe

DM

Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
			Netto- ausgaben	dagegen		
				1968	1967	1966
30 495	-	30 495	30 495	33 889	34 188	34 680
2 798	-	2 798	2 848	2 380	2 293	2 288
-	-	-	-	-	-	7
2 798	-	2 798	2 848	2 380	2 293	2 281
4 381	-	4 381	4 337	4 172	3 224	3 205
648	-	648	648	757	607	522
3 733	-	3 733	3 689	3 415	2 617	2 683
80 424	-	80 424	54 041	41 115	40 490	40 875
5 596	-	5 596	5 596	6 879	6 989	5 364
74 828	-	74 828	48 445	34 236	33 501	35 511
8 551	1 025	9 576	9 265	4 426	4 179	5 595
3 315	1 025	4 340	4 340	173	160	216
5 236	-	5 236	4 925	4 253	4 019	5 379
3 734	-	3 734	3 502	5 429	5 352	4 259
84	-	84	84	88	99	113
3 650	-	3 650	3 418	5 341	5 253	4 146
18 783	102	18 885	19 445	18 090	16 416	16 720
2 865	102	2 967	2 967	2 833	2 557	2 676
15 918	-	15 918	16 478	15 257	13 859	14 044
15 677	-	15 677	15 677	13 988	12 804	14 828
-	-	-	-	-	-	-
15 677	-	15 677	15 677	13 988	12 804	14 828
1 031	-	1 031	504	723	842	1 793
298	-	298	+ 309	238	246	1 190
733	-	733	813	485	596	603
135 379	1 127	136 506	109 619	90 323	85 600	89 563
12 806	1 127	13 933	13 326	10 968	10 658	10 088
122 573	-	122 573	96 293	79 355	74 942	79 475
7 207	-	7 207	7 080	5 150	3 270	3 757
1 022	-	1 022	895	741	755	802
954	-	954	954	940	-	-
5 231	-	5 231	5 231	3 469	2 515	2 955
173 081	.	173 081	147 194	129 362	123 058	128 000
167 584	.	167 584				
146 145	.	146 145				
128 124	.	128 124				

F. Ausgaben für die Verwaltung der
nach Art der Ausgaben und Gebiets

1 000

Gebietskörperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben der	
	Personal- ausgaben	Unterhal- tung und Instandset- zung von un- beweglichem Vermögen	Zuweisungen an Zweck- verbände usw.	übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen	Neuan- schaffung von beweglichem Vermögen
Bund	3 766	39	-	12 481	16 286	60	8
Länder							
Schleswig-Holstein	35 854	67	208	3 399	39 528	42	94
Staat	4 702	4	102	255	5 063	-	-
Gemeinden (Gv.)	31 152	63	106	3 144	34 465	42	94
Niedersachsen	105 585	422	270	11 929	118 206	103	440
Staat	12 010	76	-	1 581	13 667	24	13
Gemeinden (Gv.)	93 575	346	270	10 348	104 539	79	427
Nordrhein-Westfalen	245 627	1 671	35	22 623	269 956	13	873
Staat	2 601	2	-	265	2 868	-	-
Gemeinden (Gv.)	243 026	1 669	35	22 358	267 088	13	873
Hessen	76 903	228	55	7 897	85 083	63	350
Staat	4 569	6	-	1 051	5 626	-	2
Gemeinden (Gv.)	72 334	222	55	6 846	79 457	63	348
Rheinland-Pfalz	38 244	339	44	4 035	42 658	-	257
Staat	4 112	-	18	590	4 720	-	22
Gemeinden (Gv.)	34 128	339	26	3 445	37 938	-	235
Baden-Württemberg	103 826	390	473	12 057	116 746	2 037	540
Staat	1 715	-	463	161	2 339	-	6
Gemeinden (Gv.)	102 111	390	10	11 896	114 407	2 037	534
Bayern	112 454	441	251	11 429	124 575	44	436
Staat	24 693	334	248	4 110	29 385	36	-
Gemeinden (Gv.)	87 761	107	3	7 319	95 190	8	436
Saarland	8 940	67	-	769	9 776	-	42
Staat	876	5	-	176	1 057	-	8
Gemeinden (Gv.)	8 064	62	-	593	8 719	-	34
Länder zusammen	727 429	3 625	1 336	74 138	806 528	2 302	3 032
Staat	55 278	427	831	8 189	64 725	60	51
Gemeinden (Gv.)	672 151	3 198	505	65 949	741 803	2 242	2 981
Stadtstaaten	163 230	444	13	12 931	176 618	152	52
Hamburg	50 691	401	13	4 950	56 055	-	18
Bremen	17 961	43	-	1 072	19 076	137	34
Berlin (West)	94 578	-	-	6 909	101 487	15	-
Insgesamt ...	894 425	4 108	1 349	99 550	999 432	2 514	3 092
dagegen: 1968 ...	827 192	3 233	13 602	82 835	926 862	998	2 686
1967 ...	810 296	3 136	13 497	84 572	911 501	680	2 843
1966 ...	788 771	2 947	13 925	86 343	891 986	698	3 761

sozialen Angelegenheiten insgesamt
 Körperschaften im Rechnungsjahr 1969

DM

Vermögensbewegung			Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körper- schaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich			
Gewährung von Darlehen	Ubrige	zusammen				Netto- ausgaben	dagegen		
							1968	1967	1966
-	-	68	16 354	193 782	210 136	210 136	212 159	247 125	231 568
10	192	338	39 866	7 865	47 731	29 009	26 133	24 990	26 130
-	-	-	5 063	7 798	12 861	2 070	1 886	1 820	2 082
10	192	338	34 803	67	34 870	26 939	24 247	23 170	24 048
6	-	549	118 755	20 591	139 346	93 899	83 832	76 175	79 419
-	-	37	13 704	20 581	34 285	9 600	8 887	8 148	8 153
6	-	512	105 051	10	105 061	84 299	74 945	68 027	71 266
-	-	886	270 842	41 185	312 027	223 562	199 303	185 358	177 471
-	-	-	2 868	41 185	44 053	+ 1 079	+ 1 099	+ 1 073	+ 832
-	-	886	267 974	-	267 974	224 641	200 402	186 431	178 303
-	-	413	85 496	14 887	100 383	67 590	61 570	57 688	57 159
-	-	2	5 628	14 886	20 514	2 624	2 413	2 439	2 577
-	-	411	79 868	1	79 869	64 966	59 157	55 249	54 582
-	-	257	42 915	3 719	46 634	38 601	32 840	31 097	30 533
-	-	22	4 742	3 684	8 426	4 010	3 749	3 761	3 658
-	-	235	38 173	35	38 208	34 591	29 091	27 336	26 875
2	-	2 579	119 325	22 628	141 953	96 650	83 874	78 870	76 487
-	-	6	2 345	22 628	24 973	+ 144	+ 268	+ 521	+ 446
2	-	2 573	116 980	-	116 980	96 794	84 142	79 391	76 933
-	-	480	125 055	15 576	140 631	94 444	86 782	84 576	83 504
-	-	36	29 421	15 517	44 938	13 863	15 440	15 210	16 490
-	-	444	95 634	59	95 693	80 581	71 342	69 366	67 014
-	-	42	9 818	2	9 820	9 028	8 321	7 842	8 131
-	-	8	1 065	2	1 067	760	731	626	1 023
-	-	34	8 753	-	8 753	8 268	7 590	7 216	7 108
18	192	5 544	812 072	126 453	938 525	652 783	582 655	546 596	538 834
-	-	111	64 836	126 281	191 117	31 704	31 739	30 410	32 705
18	192	5 433	747 236	172	747 408	621 079	550 916	516 186	506 129
-	551	755	177 373	-	177 373	149 131	133 302	133 056	135 221
-	258	276	56 331	-	56 331	50 127	45 542	43 327	43 598
-	-	171	19 247	-	19 247	11 634	11 601	11 997	11 998
-	293	308	101 795	-	101 795	87 370	76 159	77 732	79 625
18	743	6 367	1 005 799	.	1 005 799	1 012 050	928 116	926 777	905 623
27	4	3 715	930 577	.	930 577				
35	27	3 585	915 086	.	915 086				
72	-	4 531	896 517	.	896 517				

G. Ausgaben für Kriegsoferversorgung, Unterhaltsbeihilfen

Versorgungsdienststellen

nach Arten und Gebiets

1 000

Gebietskörperschaft	Kriegsoferversorgung, Unterhalts- beihilfen für Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen				Versorgungsdienststellen			
	1966	1967	1968	1969	Dienst- stellen	Einrich- tungen	Dienst- stellen	Einrich- tungen
					1966		1967	
Bund	5 250 378	6 075 484	5 948 103	5 891 917	217	24 959	215	24 987
Länder								
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	11 361	10	12 244	10
Niedersachsen	-	-	-	-	30 272	13 343	30 798	13 661
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	67 264	250	70 108	4 891
Hessen	-	-	-	65	26 731	3 353	25 726	3 150
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	15 121	1 020	15 652	1 054
Baden-Württemberg	-	-	-	642	31 569	10 516	34 072	9 756
Bayern	-	-	-	-	44 153	34 484	47 315	33 959
Saarland	-	-	-	-	5 129	631	5 485	328
Länder zusammen	-	-	-	707	231 600	63 607	241 400	66 809
Stadtstaaten								
Hamburg	-	-	-	-	6 792	1 800	7 640	1 859
Bremen	-	-	-	-	3 733	-	3 801	-
Berlin (West)	-	-	-	-	15 584	100	15 838	149
Stadtstaaten zusammen	-	-	-	-	26 109	1 900	27 279	2 008
Insgesamt ...	5 250 378	6 075 484	5 948 103	5 892 624	257 926	90 466	268 894	93 804

für Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen,
und Einrichtungen
körperschaften

DM

und Einrichtungen der Kriegsoferversorgung				Nachrichtlich			
Dienst- stellen	Einrich- tungen	Dienst- stellen	Einrich- tungen	Versorgungsleistungen nach G 131 öffentlicher Dienst und Berufssoldaten			
1968		1969		1966	1967	1968	1969
230	35 909	236	26 725	2 397 607	2 744 759	2 917 452	3 119 575
12 124	10	13 245	13	+ 40 930	+ 47 427	+ 43 851	+ 47 010
30 949	7 313	32 381	15 344	+ 41 172	+ 113 735	+ 98 138	+ 99 232
66 897	5 697	70 008	5 155	+ 18 745	+ 25 621	+ 55 445	+ 55 249
26 496	3 351	28 707	3 490	+ 26 866	+ 27 323	+ 26 881	+ 32 061
15 800	1 134	16 509	1 212	+ 22 409	+ 14 877	+ 15 819	+ 13 428
34 041	10 309	35 341	9 644	+ 36 807	+ 49 696	+ 50 160	+ 57 191
45 582	37 112	49 646	36 364	+ 40 154	+ 48 748	+ 55 641	+ 58 892
5 584	254	6 031	268	+ 2 889	+ 3 331	+ 1 772	+ 2 085
237 473	65 180	251 868	71 490	+ 229 972	+ 330 758	+ 347 707	+ 365 148
6 873	1 903	7 153	2 051	1 397	1 373	1 341	1 365
3 870	-	4 174	-	+ 2 371	+ 1 319	+ 1 274	+ 2 577
14 966	132	15 601	125	+ 44 217	+ 30 277	+ 40 010	+ 42 129
25 709	2 035	26 928	2 176	+ 45 191	+ 30 223	+ 39 943	+ 43 341
263 412	103 124	279 032	100 391	2 122 444	2 383 778	2 529 802	2 711 066

H. Ausgaben für Arbeit
nach Art der Ausgaben und

1. Ins

1 000

Gebietskörperschaft	Rechnungs						
	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben der	
	Personal- ausgaben	Unterhal- tung und Instandset- zung von un- beweglichem Vermögen	Zuweisungen an Zweck- verbände usw.	Ubrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen	Neuan- schaffung von beweglichem Vermögen
Bund	6 746	60	11 477 621	181 125	11 665 552	293	14
ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
Länder							
Schleswig-Holstein	2 143	-	491	3 855	6 489	-	31
Niedersachsen	5 374	-	7	9 526	14 907	-	14
Nordrhein-Westfalen	20 394	62	508	16 978	37 942	608	295
Hessen	15 151	98	587	10 783	26 619	3 188	265
Rheinland-Pfalz	3 409	-	30	5 281	8 720	-	150
Baden-Württemberg	9 315	10	989	12 614	22 928	98	370
Bayern	9 975	58	758	11 670	22 461	442	113
Saarland	461	-	302	2 160	2 923	-	-
Länder zusammen ...	66 222	228	3 672	72 867	142 989	4 336	1 238
Stadtstaaten							
Hamburg	4 996	22	-	7 877	12 895	-	1
Bremen	1 222	6	1	92	1 321	-	.
Berlin (West)	3 690	2	101 503	20 910	126 105	-	-
Stadtstaaten zusammen ...	9 908	30	101 504	28 879	140 321	-	1
Insgesamt ...	82 876	318	11 582 797	282 871	11 948 862	4 629	1 253

und Sozialversicherung

Gebietskörperschaften

gesamt

DM

jahr 1969						Nachrichtlich			
Vermögensbewegung			Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebietskörperschaften	Gesamtausgaben	Nettoausgaben	dagegen		
Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					1968	1967	1966
1 927	-	2 234	11 667 786	101 867	11 769 653	11 761 650	11 427 061	11 230 471	10 280 280
-	-	-	-	2 634	2 634	2 634	2 826	3 100	3 900
-	-	31	6 520	206	6 726	5 576	6 026	5 067	2 983
-	-	14	14 921	-	14 921	14 768	14 281	14 026	12 593
11 445	-	12 348	50 290	8 662	58 952	56 618	41 729	37 737	32 871
-	682	4 135	30 754	-	30 754	29 460	27 963	24 410	21 890
-	-	150	8 870	-	8 870	8 824	7 774	7 996	7 394
-	-	468	23 396	65	23 461	23 446	21 536	21 016	17 974
-	-	555	23 016	-	23 016	22 249	20 806	19 437	19 081
-	-	-	2 923	107	3 030	3 030	2 715	3 449	2 846
11 445	682	17 701	160 690	9 040	169 730	163 971	142 830	133 138	117 632
-	-	1	12 896	-	12 896	12 895	12 740	12 103	10 898
10 000	-	10 000	11 321	-	11 321	11 321	1 248	1 160	1 117
-	-	-	126 105	-	126 105	22 030	21 725	19 785	20 522
10 000	-	10 001	150 322	-	150 322	46 246	35 713	33 048	32 537
23 372	682	29 936	11 978 798	-	11 978 798	11 974 501	11 608 430	11 399 757	10 434 349

H. Ausgaben für Arbeit und Sozialversicherung
nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften

2. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung, Betriebliche Altersfürsorge,
Zuschüsse zur Sozialversicherung, Versicherungsbehörden

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1966	1967	1968	1969
---------------------	------	------	------	------

Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung

Bund	100 193	53 101	95 014	112 626
ERP-Sondervermögen	3 900	3 100	2 826	2 634
Länder	+ 4 966	+ 3 054	+ 2 470	2 370
Stadtstaaten	11 521	10 178	12 297	11 891
Insgesamt ...	110 648	63 325	107 667	129 521

Betriebliche Altersfürsorge

Bund	36 179	34 910	39 264	44 485
Länder	-	-	-	-
Stadtstaaten	-	-	-	-
Insgesamt ...	36 179	34 910	39 264	44 485

Zuschüsse zur Sozialversicherung

Bund	10 116 106	11 093 308	11 146 054	11 545 863
Länder	28 560	30 923	32 971	34 816
Stadtstaaten	10 325	11 679	12 515	22 885
Insgesamt ...	10 154 991	11 135 910	11 191 540	11 603 564

Versicherungsbehörden

Bund	5 684	5 912	6 489	6 817
Länder	3 835	4 034	4 393	4 730
Stadtstaaten	2 407	2 466	2 515	2 537
Insgesamt ...	11 926	12 412	13 397	14 084

H. Ausgaben für Arbeit und Sozialversicherung
nach Art der Ausgaben und Gebietskörperschaften

3. Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht und sonstige Maßnahmen
zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1966	1967	1968	1969
Bund	22 118	43 240	140 240	51 859
Länder				
Schleswig-Holstein	3 058	3 457	3 508	3 595
Niedersachsen	8 260	9 320	8 967	9 159
Nordrhein-Westfalen	30 829	35 248	38 821	48 699
Hessen	17 905	19 848	22 501	23 900
Rheinland-Pfalz	4 723	5 093	4 754	5 673
Baden-Württemberg	11 744	14 027	14 317	15 623
Bayern	12 616	13 047	14 043	14 246
Saarland	1 068	1 195	1 025	1 160
Länder zusammen ...	90 203	101 235	107 936	122 055
Stadtstaaten				
Hamburg	4 309	4 376	4 418	4 670
Bremen	731	734	803	862
Berlin (West)	3 244	3 615	3 165	3 401
Stadtstaaten zusammen ...	8 284	8 725	8 386	8 933
Insgesamt ...	120 605	153 200	256 562	182 847

I. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen
nach Arten und Gebietskörperschaften

1. Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1966	1967	1968	1969
Bund	314 382	330 093	257 281	244 635
Länder				
Schleswig-Holstein	23 646	27 249	24 588	25 205
Niedersachsen	87 364	91 473	85 219	91 489
Nordrhein-Westfalen	332 532	319 291	305 210	308 543
Hessen	109 491	116 463	109 163	116 595
Rheinland-Pfalz	43 325	43 282	42 366	42 691
Baden-Württemberg	135 186	175 389	155 518	162 150
Bayern	159 621	162 921	152 998	160 184
Saarland	8 016	10 390	9 848	8 175
Länder zusammen ...	899 181	946 458	884 910	915 032
Stadtstaaten				
Hamburg	67 317	71 417	65 602	66 941
Bremen	16 341	15 597	15 606	16 011
Berlin (West)	31 622	36 554	32 688	35 206
Stadtstaaten zusammen ...	115 280	123 568	113 896	118 158
Insgesamt ...	1 328 843	1 400 119	1 256 087	1 277 825

I. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen
nach Arten und Gebietskörperschaften

2. Wohngeld

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1966	1967	1968	1969
Bund	212 288	209 429	261 659	289 435
Länder				
Schleswig-Holstein	12 325	12 997	17 147	18 963
Staat	12 331	12 923	17 091	18 862
Gemeinden (Gv.)	+ 6	74	56	101
Niedersachsen	28 490	34 799	42 280	46 740
Staat	28 982	34 782	43 251	46 596
Gemeinden (Gv.)	+ 492	17	+ 971	144
Nordrhein-Westfalen	22 222	59 014	77 450	90 866
Staat	31 177	59 933	77 611	91 129
Gemeinden (Gv.)	+ 8 955	+ 919	+ 161	+ 263
Hessen	16 339	18 080	19 610	21 848
Staat	16 463	17 305	19 292	21 393
Gemeinden (Gv.)	+ 124	775	318	455
Rheinland-Pfalz	8 695	9 198	9 862	10 471
Staat	8 625	9 273	9 820	10 441
Gemeinden (Gv.)	70	+ 75	42	30
Baden-Württemberg	26 387	27 603	29 555	29 888
Staat	26 211	26 973	28 900	29 988
Gemeinden (Gv.)	176	630	655	+ 100
Bayern	29 567	33 246	39 763	41 785
Staat	36 357	32 880	39 677	44 115
Gemeinden (Gv.)	+ 6 790	366	86	+ 2 330
Saarland	5 705	4 653	4 837	4 482
Staat	5 970	4 713	4 877	4 356
Gemeinden (Gv.)	+ 265	+ 60	+ 40	126
Länder zusammen	149 730	199 590	240 504	265 043
Staat	166 116	198 782	240 519	266 880
Gemeinden (Gv.)	+ 16 386	808	+ 15	+ 1 837
Stadtstaaten	16 269	17 316	18 307	25 854
Hamburg	4 846	6 981	7 378	10 109
Bremen	947	2 144	2 807	5 442
Berlin (West)	10 476	8 191	8 122	10 303
Insgesamt ...	378 287	426 335	520 470	580 332

I. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen
nach Arten und Gebietskörperschaften

3. Übrige soziale Maßnahmen

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1966	1967	1968	1969
Bund	3 207 159 ¹⁾	2 917 152 ¹⁾	2 842 878 ¹⁾	3 014 407 ¹⁾
Länder				
Schleswig-Holstein	7 516	8 351	9 069	10 331
Staat	818	1 644	1 969	2 770
Gemeinden (Gv.)	6 698	6 707	7 100	7 561
Niedersachsen	13 310	14 278	15 816	20 450
Staat	2 302	2 486	2 422	2 904
Gemeinden (Gv.)	11 008	11 792	13 394	17 546
Nordrhein-Westfalen	42 846	41 083	45 095	37 284
Staat	239	202	144	219
Gemeinden (Gv.)	42 607	40 881	44 951	37 065
Hessen	20 048	20 717	22 504	35 101
Staat	3 250	2 122	1 708	10 973
Gemeinden (Gv.)	16 798	18 595	20 796	24 128
Rheinland-Pfalz	13 895	14 461	14 754	15 863
Staat	439	834	303	1 131
Gemeinden (Gv.)	13 456	13 627	14 451	14 732
Baden-Württemberg	47 270	52 791	206 119	224 379
Staat	3 440	3 485	3 141	3 410
Gemeinden (Gv.)	43 830	49 306	202 978	220 969
Bayern	23 291	27 709	29 028	31 823
Staat	2 973	5 000	3 548	3 709
Gemeinden (Gv.)	20 318	22 709	25 480	28 114
Saarland	3 404	5 633	5 737	6 493
Staat	+ 944	158	103	33
Gemeinden (Gv.)	4 348	5 475	5 634	6 460
Länder zusammen	171 580	185 023	348 122	381 724
Staat	12 517	15 931	13 338	25 149
Gemeinden (Gv.)	159 063	169 092	334 784	356 575
Stadtstaaten	2 606	2 321	2 050	2 989
Hamburg	2 236	2 136	1 798	2 301
Bremen	+ 435	+ 316	+ 200	+ 25
Berlin (West)	805	501	452	713
Insgesamt ...	3 381 345	3 104 496	3 193 050	3 399 120

1) Darunter Kindergeld: 1966 = 2 980 647 Tsd.DM, 1967 = 2 694 155 Tsd.DM, 1968 = 2 635 095 Tsd.DM, 1969 = 2 731 609 Tsd.DM.

J. Ausgaben und Einnahmen des Lastenausgleichsfonds insgesamt

1. Ausgaben nach Arten

Mill.DM

Ausgabeart	1966	1967	1968	1969
1. Hauptentschädigung				
a) in bar	794,1	1 207,0	1 489,1	1 576,2
b) Barerfüllung im Rj. anstelle bewilligter Aufbaudarlehen	18,8	13,4	4,7	2,9
c) Durch Umwandlung früher gewährter Darlehen	91,8	72,2	51,2	40,1
d) Erfüllung durch Verrechnung von LA-Abgaben	0,7	0,7	0,6	0,2
2. Kriegsschadenrente				
a) Unterhaltshilfe	1 404,5	1 299,3	1 319,7	1 276,0
b) Entschädigungsrente	329,7	313,8	318,9	299,7
3. Wohnraumhilfe (Darlehen an Länder)	9,6	5,4	0,1	0,0
4. Leistungen aus dem Härtefonds	85,0	72,3	67,8	65,0
5. Sparerechtschädigung				
a) Währungsausgleich	8,1	6,4	5,3	4,8
b) Altsparerechtschädigung	203,7	201,7	202,7	208,8
6. Hausratentschädigung	60,6	45,0	32,2	29,6
7. Aufbaudarlehen (AD)				
a) für die gewerbl. Wirtschaft und die freien Berufe	6,5	4,1	2,9	3,2
b) für die Landwirtschaft	38,8	28,1	28,2	25,9
c) für den Wohnungsbau	170,6	105,4	68,2	77,9
8. Entschädigung n.d. Wertpapierbereinigungs- schlußgesetz	2,4	17,4	0,9	0,7
9. Sonstige Förderungsmaßnahmen				
a) Ausbildungshilfe	18,4	15,0	12,0	10,0
b) Heimförderung	0,4	-	-	-
c) Liquiditätskredite und andere Kredite nach § 303 LAG	8,3	- 7,1	4,0	11,3
d) Bürgschaften	0,1	0,2	0,1	0,1
10. Sonstige Ausgaben				
a) Kurspflege	21,2	- 1)	7,2	121,0
b) Kosten der Vorfinanzierung	160,3	181,1	184,6	195,3
c) Rückzahlung der Vorfinanzierung	259,1	395,2	193,6	156,5
d) Sonstiges (Verwaltungskosten usw.)	33,3	31,0	28,2	26,1
Zusammen ...	3 726,1	4 007,3	4 022,1	4 131,4

1) ./.. 4,0 Mill.DM Kurspflege enthalten in Ausgabeart Kosten der Vorfinanzierung.

J. Ausgaben und Einnahmen des Lastenausgleichsfonds insgesamt

2. Einnahmen nach Arten

Mill.DM

Einnahmeart	1966	1967	1968	1969
1. Ausgleichsabgaben				
a) Vermögensabgabe	1 266,4	1 300,7	1 278,7	1 241,4
b) Gemeinschaftshilfeabgabe i.S. des § 31 Abs. 1 LA-EG-Saar	1,3	0,6	0,4	0,3
c) Hypothekengewinnabgabe	191,4	193,6	201,8	187,0
d) Kreditgewinnabgabe	74,0	71,4	98,7	64,9
2. Zuschüsse von Gebietskörperschaften				
a) gem. § 6 Abs. 2 LAG	490,5	605,3	565,3	614,5
b) gem. § 6 Abs. 3 u. 4 LAG	833,9	674,5	651,1	634,3
c) Verstärkung des Härtefonds aus Mitteln des Bundes	64,0	60,0	42,0	38,0
3. Schuldenaufnahmen, Lastenausgleichsanleihen und andere Darlehen	230,9	515,4	400,0	400,0
4. Darlehensrückflüsse				
a) von Gebietskörperschaften	284,3	254,5	258,7	264,2
b) von Sonstigen	309,4	355,4	361,5	350,7
5. Zinsen	21,3	19,6	17,6	15,1
6. Rückflüsse aus Umwandlung gewährter Darlehen in Hauptentschädigung				
a) gewerbliche Wirtschaft	14,3	10,4	6,6	5,1
b) Landwirtschaft	22,4	17,3	12,3	9,8
c) Wohnungsbau (einschl. aus Saardarlehen)	52,0	42,4	30,9	24,4
d) Flüchtlingssiedlung	3,1	2,1	1,4	0,8
7. Erträge aus der Wertpapierbereinigung	42,4	65,6	39,5	42,4
8. Übrige Einnahmen	10,4	7,2	6,7	6,4
Zusammen ...	3 912,1	4 196,0	3 973,4	3 899,4